

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

14–15/2007 · 2. April 2007



## Nationalsozialismus

*Peter Longerich*

Tendenzen und Perspektiven der Täterforschung

*Saul Friedländer*

Eine integrierte Geschichte des Holocaust

*Hans Mommsen*

Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus

*Harald Welzer*

Die Deutschen und ihr „Drittes Reich“

*Beate Kosmala*

Stille Helden

*Rüdiger Fleiter*

Kommunen und NS-Verfolgungspolitik

*Astrid Irrgang*

Feldpost eines Frontsoldaten

## Editorial

Die Auseinandersetzung mit Hitler und der Zeit des Nationalsozialismus hat Konjunktur. Spielfilme („Der Untergang“) und „Dokudramen“ („Speer und Er“), Komödien („Mein Führer“ von Dani Levy) und Romane (zuletzt Norman Mailers „The Castle in the Forest“ über die Kinderjahre Hitlers) finden ein internationales Publikum, Fernsehdokumentationen „machen Quote“ zur besten Sendezeit.

In der Zeitgeschichtsforschung schreitet die in den 1980er Jahren von Martin Broszat geforderte Historisierung des Nationalsozialismus voran. Es werden bald kaum noch Zeitzeugen am Leben sein. Mit der TV-Serie „Holocaust“ und der späten Entfaltung der Holocaustforschung ist der Völkermord an den europäischen Juden in den Mittelpunkt der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus gerückt. Die Täterforschung hat zu verstehen versucht, wie aus „ganz normalen Männern“ gewissenlose Massenmörder wurden. Die fortschreitende Entrechtung der Juden und ihre Ausplünderung in Deutschland und im besetzten Europa sind gründlich analysiert worden, ebenso die Frage, was die Deutschen über das „offene Geheimnis“ des Holocaust wissen konnten und wollten.

Es ist eine bittere Erkenntnis, dass nur ein kleiner Teil der deutschen Bevölkerung schon früh den barbarischen Charakter des Regimes erkannte. Die Mobilisierungsbereitschaft der „Volksgenossen“ war hoch. Zur Ingangsetzung der Vernichtungsmaschinerie während des Krieges war kein „Führerbefehl“ notwendig. Nur ganz wenige leisteten den Verfolgten couragiert Hilfe. Diese „stillen Helden“ sollen künftig in einer Gedenkstätte in Berlin gewürdigt werden.

*Hans-Georg Golz*

Peter Longerich

# Tendenzen und Perspektiven der Täterforschung

## Essay

Die große Debatte zwischen Intentionalisten und Funktionalisten, welche die Täterforschung seit den 1970er Jahren beschäftigt, ist zwar nicht beendet, hat aber an

**Peter Longerich**

Dr. phil. habil., geb. 1955;  
Professor of Modern German  
History, Director of the Research  
Centre for the Holocaust and  
Twentieth-Century History,  
Royal Holloway, University of  
London, Egham, Surrey  
TW20 0EX, England/UK.  
p.longerich@rhul.ac.uk

Strahlkraft verloren. Tatsächlich sind in den vergangenen Jahren eine große Anzahl von Arbeiten erschienen, die unterschiedliche Aspekte des Täterhandelns beleuchten. Dabei lassen sich Tendenzen erkennen, die Forschungsdebatte nach dem Vorbild der Intentionalisten-

Funktionalisten-Diskussion anhand von einander ausschließenden Gegensatzpaaren auszurichten. Dies soll an drei Beispielen skizziert werden.

*Erstens* hat die in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre geführte Kontroverse zwischen Daniel Goldhagen und Christopher Browning dazu geführt, dass Motive und Handlungsweise der Täter im Rahmen einer Debatte um „Disposition“ und „Situation“ erörtert werden. *Zweitens* ist mit der intensiven Erforschung des Holocaust in den Gebieten unter deutscher Kontrolle – man denke etwa an die bahnbrechenden Arbeiten von Christian Gerlach über Weißrussland oder von Dieter Pohl über Galizien – die Einsicht gewachsen, dass die Handlungsspielräume der deutschen Funktionseliten in den besetzten Gebieten weitaus größer waren als bisher angenommen; diese Erkenntnis hat eine anhaltende Diskussion über das Verhältnis von „Peripherie“ und „Zentrum“ innerhalb der Maschinerie der Verfolgung ausgelöst. *Drit-*

*tens* haben die zahlreichen Bemühungen, neue thematische Zugänge zum Thema Holocaust zu finden, zu einer Debatte darüber geführt, wie hoch man die unmittelbaren materiellen Interessen an der Verfolgung der Juden veranschlagen soll (Raub, Ausbeutung von Arbeitskraft, Hungerpolitik): „Utilitäre“ versus „ideologische“ Tätermotivation lauten die Schlagworte dieser Diskussion, die maßgeblich von Götz Aly angestoßen wurde.

Meines Erachtens sind wir in der Holocaustforschung an einen Punkt gelangt, an dem eine Strukturierung der Debatten in Form solcher Dichotomien nicht mehr sinnvoll ist, da die Konfrontation jeweils eindimensionaler Erklärungen der Komplexität unseres Forschungsgegenstand nicht gerecht werden kann. Der Forschungsgegenstand, daran sei erinnert, ist der systematische Massenmord an den europäischen Juden.

Schaut man mit zeitlicher Distanz auf die Debatte zwischen Strukturalisten und Intentionalisten, so wird ihre Begrenztheit deutlich. Beide Schulen haben unterschiedliche Aspekte desselben Phänomens betont, die sich bei näherem Hinsehen gar nicht ausschließen: Menschen, die beabsichtigen, einen Massenmord durchzuführen, sind auf Strukturen angewiesen; die Strukturen handeln nicht von sich aus, sondern durch Menschen, die ihr Tun mit Absichten verbinden. Ähnlich verhält es sich mit dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie: Die Initiative von Nazi-Potentaten in den Regionen war unabdingbarer Bestandteil einer zentral gesteuerten Politik. Die Führungsrolle des Zentrums war aber erst durch den Wettbewerb der verschiedenen Funktionsträger gesichert. Und letztlich wurden die „pragmatischen“ Begründungen für die Verfolgung der Juden – Arierisierung, Wohnraumbeschlagnahme, Ausbeutung von Arbeitskraft – mit ideologischen Rechtfertigungsstrategien zur Deckung gebracht, während die Ideologie wiederum aus den „Erfolgen“ dieser pragmatischen Vorgehensweise eine zusätzliche Absicherung erfuhr. Weiter könnte man anfügen, dass sich

*Der Autor hat zahlreiche Arbeiten zur Geschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust veröffentlicht, zuletzt: „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006. Dieser Essay basiert auf der Einleitung der überarbeiteten Fassung seines Buches „Politik der Vernichtung“, das 2008 bei Pantheon erscheinen wird.*

menschliches Handeln nur sehr unzureichend mit Hilfe der Pole Disposition und Situation erklären lässt, wie Harald Welzer in einem viel beachteten Buch über „Täter“ aus sozialpsychologischer Sicht gezeigt hat. Menschen handeln vor allem im Rahmen von sozialen Rollen; diese verändern sich mit den Anforderungen, und damit verändert sich auch die für das Handeln entscheidende Wahrnehmung von Situationen.

Je mehr sich die Forschung entfaltet, umso deutlicher wird, dass sich Gegensatzpaare wie Intention und Funktion, Rationalität und Ideologie, Disposition oder Situation, Zentrum und Peripherie nicht ausschließen, sondern dass sie unterschiedliche Aspekte der historischen Wirklichkeit beleuchten und sich ergänzen, ja sich gegenseitig bedingen. Sie stehen in einem dialektischen Verhältnis zueinander, das sich nur aufheben lässt, wenn man den Widerspruch als Ansatzpunkt betrachtet, eine übergeordnete und weitaus komplexere historische Wirklichkeit herauszuarbeiten. Begreift man ein Gegensatzpaar als dialektisch, so erscheint es als geradezu sinnlos, immer wieder zu versuchen, ein Element gegen das andere auszuspielen; eine solche Debatte muss in der Sackgasse enden. Stattdessen werden wir uns daran gewöhnen müssen, eindimensionale Erklärungen als unbefriedigend hinter uns zu lassen und die systematische Ermordung der europäischen Juden als vielschichtigen, komplexen Vorgang zu begreifen, der im Kontext der Gesamtgeschichte des Regimes gesehen werden muss.

Komplexität und Kontextualisierung – mit diesen Stichworten lassen sich die Herausforderungen beschreiben, vor denen die Holocaustforschung heute steht. Zunehmende Einsicht in die Komplexität des historischen Geschehens und in seinen historischen Kontext muss aber nicht notwendigerweise dazu führen, dass die Forschung künftig nur noch Erklärungsmodelle anbieten wird, die so kompliziert sind, dass sie etwa im Rahmen pädagogischer Arbeit nicht mehr vermittelbar sind. Im Gegenteil, diese Einsicht wird dazu führen, dass weitaus umfassendere und nachvollziehbarere Erklärungen für das Geschehen angeboten werden können, als dies bis dato der Fall war. Unter den Stichworten Komplexität und Kontextualisierung möchte ich fünf Punkte benennen, die mir für die

Strukturierung künftiger Holocaustforschung besonders wichtig zu sein scheinen.

1. Zunächst kommt es darauf an, den Stellenwert der Judenverfolgung innerhalb der Gesamtpolitik des Regimes angemessen zu bestimmen. Damit stellen sich Grundfragen der Interpretation des Nationalsozialismus. Wesentlich für die Analyse des Gesamtkomplexes scheint mir zu sein, dass die Ausschließung der Juden von Anfang an für die nationalsozialistische Bewegung zentral war, ja, dass diese Zielsetzung Einzigartigkeit und Besonderheit des Nationalsozialismus als historisches Phänomen ausmacht. Im Kern des Nazi-„Projektes“ ging es doch darum, eine rassisch homogene Volksgemeinschaft zu schaffen, in der das deutsche Volk sich quasi selbst verwirklichen sollte. In der Harmonie dieser angestrebten Volksgemeinschaft, so die Auffassung der Nationalsozialisten, ließen sich alle wesentlichen Probleme der Zeit (seien sie außen-, innen-, sozial-, wirtschafts- oder kulturpolitischer Art) lösen. Da die Errichtung einer solchen rassisch homogenen Volksgemeinschaft schon aufgrund der ihr zugrundeliegenden rassistischen Irrlehre nicht möglich war, konnte die auf Reinhaltung der Rasse setzende Politik nur auf eine Weise funktionieren: durch Negativmaßnahmen, durch die Diskriminierung, Entfernung, Ausschaltung und Beseitigung von Fremden, wobei aus historischen Gründen die antijüdischen Maßnahmen den zentralen Stellenwert einnahmen. Im Zuge dieses Ausschaltungsprozesses sollte es der NSDAP gelingen, diejenigen Lebensgebiete unter ihren Einfluss zu bringen, die „entjudet“ werden sollten. Damit wurde die antisemitische Politik für die NSDAP zum Schlüssel für die Beherrschung zunächst der deutschen Gesellschaft, später fast ganz Europas. Die antisemitische Ideologie war nicht nur „Weltanschauung“, ein Sammelsurium abwegiger Ideen, sondern in ihr war der totale Herrschaftsanspruch des Nationalsozialismus begründet.

2. Die gesellschaftliche Ausgrenzung der Juden, ihre Entrechtung, Enteignung, Vertreibung bzw. Deportation, ihr Einsatz als Sklavenarbeiter und schließlich ihre systematische Ermordung: Diese Etappen der Judenverfolgung stellen sich als komplexe Vorgänge dar, ihre Durchsetzung – zunächst in Deutschland, dann im besetzten Europa – erforderte Maßnahmen, die eine Vielzahl von Institutio-

nen involvierten. Die Etappen der Verfolgung hatten – über die katastrophalen Konsequenzen für den jüdischen Lebensbereich hinaus – weit reichende Folgen und nicht kalkulierbare Rückwirkungen ökonomischer, innenpolitischer, außenpolitischer und kulturpolitischer Art. Die Täter bewegten sich weitgehend auf Neuland, sie unternahmen Experimente, verwarfen bereits eingeschlagene Lösungsansätze, sie improvisierten und entwickelten Initiativen, um das übergeordnete Ziel einer Beseitigung der Juden durchzusetzen. Es kam zu Friktionen und Kompetenzkonflikten. Die Judenverfolgung erschöpfte sich nicht in der Durchsetzung bestimmter Maßnahmen, sondern sie entwickelte sich – unter dem Einfluss dieser unterschiedlichen Faktoren – zur „Judenpolitik“. Diese bildete innerhalb des Nationalsozialismus ein eigenes Politikfeld, vergleichbar mit konventionellen Politikbereichen wie der Außen-, Wirtschafts- oder der Sozialpolitik.

3. Die Judenpolitik entwickelte sich nicht autonom, sondern stand im Kontext anderer Politikfelder; ja, sie durchdrang diese und veränderte sie von Grund auf. Die Nationalsozialisten gingen mit einem rassistischen Ansatz an traditionelle Politikfelder heran und definierten sie teilweise um. So gingen sie davon aus, dass es tatsächlich so etwas wie ein „internationales Judenproblem“ gebe, auf das sich die Außenpolitik zu konzentrieren habe; sie gingen davon aus, dass die Sozialpolitik im nationalsozialistischen Staat als „Volkspflege“ nur „Ariern“ und nicht „rassisch Minderwertigen“ gelten sollte, und veränderten damit den Charakter der Sozialpolitik im „volksbiologischen“ Sinn; sie unterstellten, dass jüdische Arbeit per se unproduktiv und parasitär sei, und zogen jüdische Menschen grundsätzlich nur zu besonders schweren und erniedrigenden körperlichen Arbeiten heran. In ähnlicher Weise ordneten sie die Ernährungs-, Wohnungs-, Wissenschafts- und Besatzungspolitik sowie andere Politikbereiche rassistischen Hierarchien und Denkschemata unter, in denen der Antisemitismus stets ein Hauptmotiv bildete.

4. Schließlich veränderten sich im Laufe der nur zwölf Jahre währenden NS-Herrschaft die allgemeinen Rahmenbedingungen der rassistischen Politik während des Krieges mit rasender Geschwindigkeit. Die Judenpolitik nahm in verschiedenen Phasen des

„Dritten Reiches“ sehr unterschiedliche Formen an. Sie wurde aus taktischen Gründen modifiziert, zurückgenommen oder beschleunigt; in kritischen Phasen vollzog sich ihre Entwicklung sprunghaft und in sich selbst dynamisierenden Handlungssequenzen. Diese Entwicklung lässt sich mit einem konventionellen Modell politischer Entscheidungsbildung (Formulierung der politischen Ziele, Entscheidungsbildung, Durchführung der Entscheidung) nicht mehr ausreichend fassen. Die Durchführung der Judenpolitik nahm vielmehr eine solche Dynamik an, dass die Entscheidungsbildung selbst, ja die Formulierung der politischen Vorgaben hiervon erfasst wurden.

5. Die abrupten Veränderungen unterworfen, widersprüchlich verlaufende, in komplexen Zusammenhängen eingebundene und vollkommen präzedenzlose Judenpolitik ließ sich nicht mit Hilfe bloßer Befehlsempfänger durchführen, sondern es bedurfte solcher Akteure, die Eigeninitiative entwickelten und intuitiv verstanden, was die Führung von ihnen wollte. Charakteristisch für die Judenpolitik sind große Handlungsspielräume der ausführenden Organe. Dieses System konnte nur funktionieren, wenn die Judenpolitik in ihren wichtigsten Aspekten unter den beteiligten Akteuren konsensfähig war. Sie konnte aber auch nur dann funktionieren, wenn sie zumindest von einem Teil der Bevölkerung, der aktiven Anhängerschaft des Nationalsozialismus, aktiv unterstützt wurde. Es war daher notwendig, Mittel und Ziele der Judenpolitik beständig, in unterschiedlichen Abstufungen der Offenheit, zu kommunizieren. Die Judenpolitik wurde – wenn auch häufig in verdeckter Form – öffentlich propagiert, debattiert und legitimiert. Gerade in der letzten Phase der Judenpolitik, in der Phase der „Endlösung“, entstand eine sehr schwer nachzuvollziehende Ambivalenz zwischen Geheimhaltung und Propagierung.

Die Einsicht in die Komplexität der nationalsozialistischen Judenpolitik lässt es als wenig sinnvoll erscheinen, weiterhin den Versuch unternemen zu wollen, aus der Fülle des historischen Materials eine einzelne Entscheidung oder auch eine Reihe von Entscheidungen herauszufiltern, die letztlich zur „Endlösung“, zum millionenfachen Massenmord geführt habe. Sinnlos erscheint diese Vorgehensweise nicht nur, weil diese Debatte

ganz offensichtlich an die Grenzen des aus den Quellen Beweisbaren gestoßen ist, sondern vor allem deswegen, weil die Festlegung eines Zeitpunktes der Komplexität der Vorgänge nicht angemessen ist. Vielmehr gab es einen durch die politisch Verantwortlichen schrittweise vorangetriebenen, höchst vielschichtigen Entscheidungsprozess, in dem sich deutlich eine Reihe von Eskalationsstufen nachweisen lassen. Das hat für die Darstellung der Entwicklung, die zur „Endlösung“ geführt hat, einer Reihe von Konsequenzen.

*Erstens:* Wenn wir das Modell aufgeben, nach dem *ein* europäischer Juden in Gang gesetzt habe, wenn wir weiter die Vorstellung eines außer Kontrolle geratenen und ungesteuerten, kumulativen Radikalisierungsprozesses hinter uns lassen, dann erhalten die verschiedenen Phasen der Judenpolitik ein neues Gewicht: Zum einen eröffnen sich neue Perspektiven auf die Jahre 1939 bis 1941, die nun als eine Phase erscheinen, in denen das Regime bereits genozidale Projekte gegenüber den Juden erwog, die als besonders sinister erscheinen, wenn man in Betracht zieht, dass das Regime zur selben Zeit rassistisch motivierte Massenmordprogramme gegen die polnische Bevölkerung und so genannte Erbkrankte durchführte. Zum anderen tritt deutlicher ins Bewusstsein, dass auch im Zeitraum ab Frühjahr 1942 das Leben von mehreren Millionen jüdischer Menschen von politischen Entscheidungen, von der weiteren Entwicklung der Judenpolitik abhing. Große jüdische Gemeinschaften konnten überwiegend gerettet werden (wie in Frankreich, Italien, Dänemark, Alt-Rumänien oder in Bulgarien), oder sie gingen unter (wie in Ungarn oder Griechenland); um das Schicksal der jüdischen Zwangsarbeiter wurden erbitterte Konflikte ausgetragen. Es ist deutlich zu machen, dass auch nach der Inangsetzung der europaweiten „Endlösung“ die Judenpolitik aus einer Kette fortgesetzter Entscheidungen bestand (und nicht als „Durchführung“ einmal gefällter Beschlüsse anzusehen ist).

Wenn wir den Zeitraum von 1939 bis 1945 als einen fortgesetzter Entscheidungen in der Judenpolitik betrachten und die Analyse nicht auf einen Entscheidungszeitraum von einigen Monaten beschränken, dann kommen wir schließlich nicht darum herum, auch die

Jahre 1933 bis 1939 als unmittelbare Vorgeschichte der Phase der Vernichtung verstärkt in die Analyse einzubeziehen. In der Vorkriegszeit waren die Institutionen entstanden, die in der Kriegszeit die Vernichtungspolitik organisierten; in diesem Zeitraum hatte sich die Judenpolitik entfaltet und radikalisiert. Das Regime lernte, den neuen Politikbereich auf vielfältige Weise für seine Zwecke einzusetzen.

*Zweitens:* Die Erschließung neuer thematischer Zugänge macht es notwendig, die Judenpolitik systematisch mit anderen zentralen Themenfeldern zunächst der deutschen Innenpolitik, schließlich der deutschen Herrschaft auf dem europäischen Kontinent zu vernetzen. Für die Kriegszeit bedeutet dies, dass wir die deutsche Bündnispolitik, die Politik europaweiter innerer Repression, die Themen Arbeit, Ernährung und Kriegsfinanzierung in die Analyse einbeziehen müssen. Es müsste deutlich werden, wie diese Themenfelder in einem rassistischen und antisemitischen Sinn umdefiniert wurden. Es müsste gezeigt werden, wie das NS-System den Versuch unternahm, noch während des Krieges die Grundlagen für ein rassistisches Imperium zu errichten, in dem die Ermordung der Juden zum kleinsten gemeinsamen Nenner der von Deutschland geführten Allianz wurde.

*Drittens:* Wenn wir die Geschichte der „Endlösung“ als Kette fortgesetzter Entscheidungen betrachten, die sich zum Gesamtzusammenhang einer „Judenpolitik“ verdichten lässt, dann müssen wir das Schicksal der übrigen durch die Nationalsozialisten verfolgten Gruppen zumindest so weit in die Analyse einbeziehen, als sich unmittelbare Aufschlüsse und Vergleichsansätze ergeben.

*Viertens:* Wenn wir davon ausgehen, dass der Entscheidungsprozess in der Judenpolitik nach dem grundsätzlichen Entschluss zur „Endlösung“ keineswegs zu Ende war, sondern auch ab 1942 fortlaufend Entscheidungen getroffen wurden, die das Leben von Millionen Menschen betrafen, dann wird deutlich, dass die Durchführung der Judenpolitik nicht nur auf Prioritätensetzungen der deutschen Führung zurückzuführen, sondern in zunehmendem Maße abhängig war vom Verhalten der Bündnispartner, der einheimischen Verwaltungen in den besetzten Gebieten und

nicht zuletzt auch von der Einstellung der einheimischen Bevölkerung, aber auch von dem Verhalten der Kriegsgegner.

Es kommt ein weiterer, wichtiger Faktor hinzu: Die jüdische Seite, die 1941 der Ingangsetzung der „Endlösung“ völlig unvorbereitet und ohnmächtig gegenüberstand, kommt in der zweiten Kriegshälfte zunehmend als ein Faktor ins Spiel, der die Vorgehensweise der Täter beeinflusste: durch Flucht, durch den Versuch, sich durch ein Leben im Versteck oder Untergrund der Verfolgung zu entziehen, aber auch durch Bemühungen, durch Verhandlung oder Bestechung das Räderwerk der Vernichtung zumindest zu verlangsamen und – wenn auch nur ansatzweise – das Verhalten der Täter zu beeinflussen.

Mit der Berücksichtigung aller dieser Faktoren stößt die reine Täterforschung an ihre Grenzen, das heißt, es wird mit Fortschreiten des Krieges immer schwieriger, den Verlauf der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden ausschließlich mit Blick auf die Täter und ihr Handeln zu rekonstruieren. Damit ist nicht gesagt, dass die Konzentration auf die Täter für die Zeit nach 1942 historiographisch unmöglich oder sinnlos ist, sondern es geht darum, deutlich zu machen, wo präzise die Grenzen lagen, innerhalb derer die Täter einigermaßen autonom handeln konnten. Dies erfordert aber eine enge Vernetzung mit den anderen Zweigen der Holocaustforschung, die sich mit der Geschichte der Opfer, mit den verschiedenen Kräften in den besetzten und verbündeten Ländern sowie mit der Haltung der alliierten und neutralen Staaten befassen.

Diese notwendige Vernetzung zwischen den Forschungsrichtungen wird nichts daran ändern, dass innerhalb der verschiedenen Zweige der Holocaustforschung nach wie vor ganz unterschiedliche Fragestellungen verfolgt werden. Der Beitrag der Täterforschung besteht vor allem darin, Erklärungen für das Jahrhundertverbrechen anzubieten. Einen Einblick in die Forschungsdebatte zu geben, die hinter der Formulierung solcher Erklärungsansätze steht, war der Sinn dieser Skizze.

*Saul Friedländer*

# Eine integrierte Geschichte des Holocaust

Das eine integrierte Geschichte des Holocaust notwendig ist, wurde mir erstmals im Laufe der Mitte und Ende der 1980er Jahre geführten Debatten klar. Ausschlaggebend war insbesondere die Auseinandersetzung mit Martin Broszat über das 1985 von ihm vorgelegte „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus“. Eines der Argumente Broszats richtete sich gegen die traditionelle Schwarzweißdarstellung des Dritten Reiches, an deren Stelle ein Bild in abgestuften Grautönen treten sollte. Broszats kaum verhüllter Subtext, der im Zuge unseres 1988 geführten Briefwechsels zutage trat, besagte, die Wahrnehmung der jüdischen Überlebenden von dieser Vergangenheit sei ebenso wie die ihrer Nachkommen zwar „achtenswert“, aber sie stelle doch eine mythische Erinnerung dar, die einer rationalen deutschen Geschichtsschreibung ein Hindernis in den Weg lege, das zu einer Vergrößerung führe.

**Saul Friedländer**

Dr. phil., geb. 1932; Professor für Geschichte (emeritus) an der Universität Tel Aviv/Israel und an der University of California, Los Angeles/USA.  
friedlan@history.ucla.edu

Diese Auffassung verewigte die intellektuelle Abtrennung der Geschichte der Juden während der NS-Zeit und überließ ihre Bearbeitung bestenfalls jüdischen Historikern. Meine Arbeit,<sup>1</sup> mit der ich 1990 begann, sollte zeigen, dass im Hinblick auf den professionellen Umgang mit diesem Gegenstand eine Unterscheidung zwischen Historikern unterschiedlicher Herkunft nicht gerechtfertigt ist; *sämtliche* Historiker, die sich mit die-

*Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Martin Pfeiffer, Berlin.*

<sup>1</sup> Vgl. Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden*. Erster Band: Die Jahre der Verfolgung. 1933–1939; zweiter Band: Die Jahre der Vernichtung. 1939–1945, München 1998/2006.

sem Thema befassen, müssen sich über ihre unvermeidlich subjektive Herangehensweise im Klaren sein und genügend selbstkritische Einsicht aufbringen können, um diese Subjektivität unter Kontrolle zu halten. Mir kam es in erster Linie darauf an, auch die jüdische Dimension in eine integrierte historische Erzählung einzubeziehen.

In dieser kurzen Darstellung befaße ich mich zunächst mit dem Begriff einer integrierten Geschichte des Holocaust, wende mich dann einigen Entscheidungen hinsichtlich der Erzählweise und der Interpretation zu, die ein derartiger Ansatz erforderlich macht, und schildere schließlich einige Probleme, die bei dieser Form der Geschichtsdarstellung auftreten können.

## Integrierte Geschichte

David Moffie wurde am 18. September 1942 an der Universität Amsterdam zum Doktor der Medizin promoviert. Auf einer anlässlich dieses Ereignisses aufgenommenen Photographie stehen Professor Ariens Kappers, Moffies Doktorvater, und Professor H. T. Deelman zur Rechten des frisch gebackenen Doktors der Medizin, der Assistent D. Granaat zu seiner Linken. Ein weiteres Mitglied des Lehrkörpers, das von hinten zu sehen ist, möglicherweise der Dekan der Medizinischen Fakultät, steht ihnen gegenüber auf der anderen Seite eines großen Schreibtisches. Im un- deutlich auszumachenden Hintergrund erkennt man mit Mühe die Gesichter eines Teils der Menschen, die sich in dem ziemlich kargen Saal versammelt haben und bei denen es sich zweifellos um Familienmitglieder und Freunde handelt. Die Angehörigen des Lehrkörpers sind in ihre akademischen Festgewänder gekleidet, während Moffie und Assistent Granaat einen Smoking und einen weißen Schlips tragen. Auf der linken Seite seiner Smokingjacke trägt Moffie einen handteller- großen Judenstern, auf dem das Wort „Jood“ geschrieben steht. Moffie war der letzte jüdische Student an der Universität Amsterdam in der Zeit der deutschen Besatzung. Kurze Zeit später wurde er nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Er gehörte schließlich zu den 20 Prozent der niederländischen Juden, die überlebten; derselben Statistik zufolge kam der größte Teil der bei der Zeremonie anwesenden Juden nicht mit dem Leben davon.

Das Bild wirft einige Fragen auf. Wie war es möglich, dass die Zeremonie am 18. September 1942 stattfand, obgleich jüdische Studenten mit Wirkung von diesem Datum an aus den niederländischen Universitäten ausgeschlossen wurden? Die Herausgeber des Bandes „Photography and the Holocaust“ fanden die Antwort: Der letzte Tag des akademischen Jahres 1941/42 war Freitag, der 18. September 1942; das Semester 1942/43 begann am Montag, dem 21. September 1942. Die dreitägige Unterbrechung machte es möglich, dass Moffie die Doktorwürde verliehen bekam, bevor der Ausschluss jüdischer Studenten obligatorisch wurde. Mit anderen Worten: Die Universitätsbehörden erklärten sich bereit, den administrativen Kalender entgegen den Intentionen des deutschen Erlasses anzuwenden. Diese Entscheidung signalisierte eine Haltung, die an niederländischen Universitäten seit Herbst 1940 weit verbreitet war; die Photographie dokumentiert einen Akt des Trotzes, des Umgehens von Gesetzen und Verfügungen des Besatzers.

Es gibt noch mehr zu sagen. Die Deportationen aus den Niederlanden begannen am 14. Juli 1942. Fast jeden Tag verhafteten die Deutschen und die einheimische Polizei auf den Straßen niederländischer Städte Juden, um ihr wöchentliches Soll zu erfüllen. Moffie hätte an dieser öffentlichen akademischen Zeremonie nicht teilnehmen können, wenn er nicht eine der speziellen (und zeitlich beschränkten) 17 000 Ausnahmebescheinigungen erhalten hätte, welche die Deutschen dem Judenrat zuteilten. Indirekt erinnert das Bild somit an die Kontroverse um die Methoden, welche die Oberhäupter des Rates anwandten, um zumindest vorübergehend einige der Juden Amsterdams zu schützen und die große Mehrheit der niederländischen und ausländischen Juden ihrem Schicksal zu überlassen.

Das auf Moffies Jackett aufgenähte „Jood“, das dem frischgebackenen Dr. med. die Ermordung verhieß, erscheint, wie wir alle wissen, nicht in Blockbuchstaben oder in irgendeiner anderen gebräuchlichen Schrift. Die Schriftzeichen waren eigens für diesen Zweck entworfen worden (und in den Sprachen der Länder, aus denen die Deportationen vorgenommen wurden, ähnlich gezeichnet: „Jude“, „Juif“, „Jood“ usw.); sie hatten eine krumme, abstoßende und unbestimmt bedrohliche

Form, die an das hebräische Alphabet erinnern und doch leicht entzifferbar bleiben sollte. Diese Aufschrift mit ihrer eigentümlichen Gestaltung lässt die auf der Photographie abgebildete Situation in ihrer Quintessenz sichtbar werden; die Deutschen waren versessen darauf, die Juden als Individuen auszurotten und das auszulöschen, was der Stern und seine Inschrift repräsentierten: „den Juden“.

So vermittelt ein einziger Schnappschuss dem Betrachter eine Ahnung von einer Vielzahl von Interaktionen zwischen deutschen ideologischen Halluzinationen und Verwaltungsmaßnahmen, niederländischen Institutionen und individuellen Entscheidungen, jüdischen Institutionen und, im Mittelpunkt von alledem, dem Schicksal eines einzelnen Juden. In Worte übersetzt, in seinem Kontext erzählt, auf unterschiedlichen Bedeutungsebenen interpretiert, lässt sich das Bild als metonymische Repräsentation einer Geschichte mit vielen Facetten ansehen, eines Unternehmens, das sich als eine integrierte Geschichte des Holocaust definieren ließe.

Eine integrierte Geschichte des Holocaust ist aus mehreren Gründen notwendig. *Erstens* lässt sich diese Geschichte nicht auf deutsche Entscheidungen und Maßnahmen beschränken, sie muss vielmehr diejenigen von Behörden, Institutionen und den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen der besetzten Länder und der Satellitenstaaten im von Deutschen kontrollierten Europa einbeziehen. *Zweitens* ist es offenkundig, dass in jedem Stadium jüdische Wahrnehmungen und Reaktionen (ob kollektiv oder individuell) ein untrennbarer Bestandteil dieser Geschichte waren und man sie somit im Hinblick auf eine allgemeine historische Darstellung nicht als separaten Bereich ansehen kann. Und schließlich *drittens* verbessert eine gleichzeitige Darstellung von Ereignissen, die sich auf allen Ebenen und an verschiedenen Orten abgespielt haben, die Wahrnehmung der Größe, der Komplexität und wechselseitigen Verflochtenheit der gewaltigen Zahl von Komponenten dieser Geschichte. Ich will diese drei Punkte näher skizzieren.

Die Tatsache, dass die Geschichte der Vernichtung der Juden Europas nicht an den Grenzen des Deutschen Reiches Halt macht und sich nicht nur auf deutsche Entscheidun-

gen beschränkt, brauchen wir nicht näher auszuführen. Von Bedeutung im Rahmen des großen Netzwerks aus Initiativen, Unterstützung und Hinnahme ist jedoch möglicherweise das Ausmaß der Informationen über die Vernichtung der Juden, die schon früh in ganz Europa (einschließlich Deutschlands natürlich) zur Verfügung standen. Am 18. Juni 1942 schrieb der Zahlmeister der Reserve H. K. aus Brest-Litowsk nach Hause: „In Bereza-Kartuska, wo ich Mittagstation machte, hatte man gerade am Tage vorher etwa 1300 Juden erschossen. (. . .) Männer, Frauen und Kinder mussten sich dort völlig ausziehen und wurden durch Genickschuss erledigt. Die Kleider wurden desinfiziert und wieder verwendet. Ich bin der Überzeugung: Wenn der Krieg noch länger dauert, wird man die Juden auch noch zu Wurst verarbeiten und den russischen Kriegsgefangenen oder den gelernten jüdischen Arbeitern vorsetzen müssen.“ Einige Monate später schrieb Soldat S. M., der auf dem Weg zur Front war, aus der Stadt Auschwitz: „Juden kommen hier, das heißt in Auschwitz, wöchentlich 7–8000 an, die nach kurzem den ‚Heldentod‘ sterben.“ Und er fügte hinzu: „Es ist doch gut, wenn man einmal in der Welt umher kommt (. . .).“

In Minden hatten die Einwohner das Schicksal der aus ihrer Stadt Deportierten schon im Dezember 1941 erörtert und öffentlich davon gesprochen, dass Juden, die nicht arbeitsfähig seien, erschossen würden. Einige Wochen später, im Februar 1942, notierte Bischof Wilhelm Berning aus Osnabrück, es gebe einen Plan, sämtliche Juden zu vernichten. Schon sehr bald erreichte diese Information nicht nur die Bevölkerung der osteuropäischen Länder, sondern auch Behörden in neutralen Staaten, vor allem in der Schweiz und in Schweden, sowie zentrale religiöse und humanitäre Institutionen. Solches Wissen zu einem frühen Zeitpunkt verleiht der Reaktion staatlicher Stellen im neutralen Europa ebenso wie der des Vatikans oder des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz gerade zu dem Zeitpunkt, als die Vernichtung ihr volles Ausmaß erreichte – im Frühsommer 1942 –, eine zusätzliche Dimension.

Bislang ist die jüdische Dimension kaum in allgemeine Untersuchungen über diese Epoche einbezogen worden. Und wenn in der hauptsächlich nichtjüdisch orientierten Geschichtsschreibung auf diese Dimension an-

gespielt wird, gibt es die Tendenz, dabei vorwiegend auf institutionell-kollektives jüdisches Verhalten einzugehen: auf die Entscheidungen jüdischer Führungsgruppen oder auf einige der bekanntesten Widerstandsversuche. Doch von ihrer grundlegenden historischen Bedeutung her spielte sich die Interaktion zwischen den Juden in den besetzten Ländern und den Satellitenstaaten Europas, den Deutschen und der umwohnenden Bevölkerung hauptsächlich auf einer weit elementareren Ebene ab. Von Anfang an stellten alle Schritte, die von einzelnen Juden oder jüdischen Gruppen unternommen wurden, um die Bemühungen der Nazis zu stören, ein Hindernis, wie geringfügig es auch immer gewesen sein mag, auf dem Weg zur vollständigen Vernichtung dar: ob es darum ging, Beamte, Polizisten oder Denunzianten zu bestechen, Familien dafür zu bezahlen, dass sie Kinder oder Erwachsene verstecken, in die Wälder oder ins Gebirge zu fliehen, sich in kleine Dörfer oder in große Städte zurückzuziehen, zu konvertieren, sich Widerstandsgruppen anzuschließen, Lebensmittel zu stehlen oder sonst etwas zu tun, das zum Überleben führte. Auf dieser Mikroebene müssen jüdische Reaktionen und Initiativen untersucht und in die umfassenderen Bereiche dieser Geschichte integriert werden. Auf dieser Mikroebene ist ein großer Teil der Geschichte eine von Individuen.

Die Geschichte der Vernichtung des europäischen Judentums auf der individuellen Ebene lässt sich aus der Perspektive der Opfer nicht nur auf Grund von Aussagen vor Gericht, Interviews und Memoiren rekonstruieren, sondern auch mit Hilfe der ungewöhnlich großen Zahl von Tagebüchern (und Briefen), die während der Ereignisse geschrieben und im Laufe der nachfolgenden Jahrzehnte aufgefunden wurden. Diese Tagebücher und Briefe schrieben Juden aller Länder, aller Lebensbereiche, aller Altersgruppen, die entweder unter unmittelbarer deutscher Herrschaft oder mittelbar in der Sphäre der Verfolgung lebten. Selbstverständlich muss man die Tagebücher mit derselben kritischen Aufmerksamkeit benutzen wie jedes andere Dokument. Als Quellen für die Geschichte jüdischen Lebens während der Jahre der Verfolgung und Vernichtung bleiben sie jedoch unersetzlich. Hunderte, wahrscheinlich Tausende von Zeugen vertrauten ihre Beobachtungen der Verschwiegenheit ihrer privaten

Aufzeichnungen an. Diese Zeugnisse schildern in allen Einzelheiten die Initiativen und die alltägliche Brutalität der Täter, die Reaktionen der Bevölkerung, das Leben und die Vernichtung ihrer Gemeinden, aber sie halten auch die Welt ihres Alltags fest, die von Verzweiflung, Gerüchten, Illusionen und Hoffnung bestimmt ist, welche sich fortwährend abwechseln, meist bis zum Ende.

„Mein lieber Papa, traurige Nachrichten. Nach meiner Tante bin ich an der Reihe fortzugehen.“ So begann die hastig mit Bleistift geschriebene Postkarte, die die 17-jährige Louise Jacobson am 12. Februar 1943 aus Drancy an ihren Vater schickte, der sich noch in Paris aufhielt. „Ich bin sehr zuversichtlich“, fuhr sie fort, „so wie alle hier. Mach Dir bitte keine Sorgen, Papa. Erstens fahren wir unter sehr guten Bedingungen los. Ich habe in dieser Woche sehr, sehr gut gegessen. Ich habe nämlich eine Berechtigung für zwei weitere Pakete erhalten. Das erste stammt von einer Freundin, die schon deportiert worden ist, und das zweite von Tante Rachel. Und dann kam ja auch noch eins von Dir, genau im richtigen Moment. (. . .) Wir fahren morgen früh ab. Ich bin mit Freunden zusammen, denn morgen werden sehr viele abgeholt. Ich habe meine Uhr und den Rest meiner Sachen bei zuverlässigen Leuten auf meinem Zimmer hinterlassen. Lieber Papa, ich küsse Dich hunderttausendmal von ganzem Herzen. *Courage et à bientôt*, Deine Tochter Louise.“ Am 13. Februar 1943 fuhr Louise in Transport Nr. 48 zusammen mit 1 000 anderen französischen Juden nach Auschwitz. Eine überlebende Freundin, eine Chemieingenieurin, war während der Selektion mit ihr zusammen. „Sag, du bist Chemikerin“, hatte Irma geflüstert. Als Louise an der Reihe war und sie nach ihrem Beruf gefragt wurde, antwortete sie: „Studentin“; sie wurde nach links, in die Gaskammer, geschickt.

Solche persönlichen Chroniken, solche individuellen jüdischen Stimmen sind die unmittelbarsten Zeugnisse von Dimensionen laufender Ereignisse, die in anderen Quellen gewöhnlich nicht wahrgenommen werden. Wie Blitzlichter, die Teile einer Landschaft erhellen, bestätigen sie Ahnungen, sie warnen uns vor vorschnellen Verallgemeinerungen, sie durchbrechen die Selbstgefälligkeit wissenschaftlicher Distanziertheit. Häufig wiederholen sie nur das, was bekannt war, aber

sie drücken es mit unvergleichlicher Eindringlichkeit aus. So brachte im Rahmen ihrer Erinnerungen an die Ermordung von etwa 12 000 Juden in Stanislawow am 12. Oktober 1941 die junge Tagebuchschreiberin Elsa Binder das Schicksal ihrer beiden Freundinnen Tamarczyk und Esterka zur Sprache: „Ich hoffe“, schrieb Elsa, „dass der Tod gut zu Tamarczyk war und sie gleich geholt hat. Und dass sie nicht leiden musste wie ihre Gefährtin Esterka, bei der man mit ansehen musste, wie sie erwürgt wurde.“

Schließlich erweitert die integrierte Darstellung – das ist der dritte Punkt – die historische Wahrnehmung des Holocaust um eine wesentliche Dimension; sie braucht nicht transnational zu sein. Sie kann sich auf verschiedene Ereignisse beziehen, die gewöhnlich nicht miteinander verknüpft werden und die sich zu gleicher Zeit und in ein und demselben Land abspielten. Ende Dezember 1941 war die Entscheidung zur Vernichtung aller Juden Europas gefällt worden. Zur gleichen Zeit gab die Hauptvertretung der Deutschen Evangelischen Kirche, die Kirchenkanzlei, als Reaktion auf eine stark antisemitische Erklärung einer Reihe deutschchristlicher Kirchen eine Verlautbarung heraus, in der sie getauften Juden jegliche Solidarität versagte: „Der Durchbruch des rassistischen Bewusstseins in unserem Volk, verstärkt durch die Erfahrungen des Krieges und entsprechende Maßnahmen der politischen Führung, haben die Ausscheidung der Juden aus der Gemeinschaft mit uns Deutschen bewirkt. Dies ist eine unbestreitbare Tatsache, an welcher die deutschen Evangelischen Kirchen nicht achtlos vorübergehen können. Wir bitten daher im Einvernehmen mit dem Geistlichen Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche die obersten Behörden, geeignete Vorkehrungen zu treffen, dass die getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinde fernbleiben.“

Die Bekennende Kirche protestierte, aber ihr Protest war der einer Minderheit und machte keine Gegenmaßnahmen erforderlich. Wenige Wochen zuvor hatten mehrere katholische Bischöfe einen Text kursieren lassen, in dem Unterstützung für konvertierte deutsche Juden, die man in den „Osten“ geschickt hatte, zum Ausdruck kommen sollte. Die Mehrheit der Bischofskonferenz lehnte jeden derartigen Schritt, mochte er auch noch so

zaghafte formuliert sein, ab. Selbstverständlich gingen weder Protestanten noch Katholiken auf das Schicksal der nicht getauften Juden ein. Mit anderen Worten: Als die Deportationen aus Deutschland begannen und vor allem, als die ersten Vernichtungsstätten in Betrieb genommen wurden, konnten sich Hitler und seine Helfer auf die Passivität der einzigen Gegenkraft verlassen, die einst das Regime wegen seiner verbrecherischen Politik herausgefordert hatte.

Die Gleichzeitigkeit der Entscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, und des erklärten Nichteingreifens der christlichen Kirchen zugunsten getaufter Juden stellt die Frühphase der „Endlösung“ in ihren umfassenderen deutschen Kontext. Eben dieser Kontext nimmt eine weitere sowohl tragische als auch ironische Bedeutung an, denn zur selben Zeit feierten Juden im Reich und im gesamten besetzten Europa ihre bevorstehende Befreiung, weil die sowjetischen Armeen vor Moskau erste Erfolge verzeichneten. Nur in Wilna und etwas später in Warschau wurde winzigen Gruppen klar, dass die allgemeine Vernichtung gerade erst anließ.

## Erzählung und Interpretation

Es mag ungewöhnlich sein, bei der Erörterung eines historischen Projekts, bei dem per Definition alle Aufmerksamkeit der Begriffsbildung und Interpretation gelten sollte, Problemen der Erzählung Raum zu geben. Tatsächlich aber haben diese Probleme mein Unternehmen beinahe zum Scheitern gebracht. Wir haben es mit Ereignissen zu tun, die sich in Deutschland, in sämtlichen besetzten Ländern und Satellitenstaaten Europas und darüber hinaus abgespielt haben. Wir haben es mit Institutionen und individuellen Stimmen, mit Ideologien und religiösen Traditionen zu tun. Keine allgemeine Geschichte des Holocaust kann der Interaktion dieser Vielfalt von Elementen gerecht werden, wenn sie sie nach Art eines Lehrbuchs isoliert nebeneinander darstellt. Wenn man das Schicksal einzelner Juden, hauptsächlich Verfasser von Tagebüchern, verfolgt, also eine Zeitspanne darstellt, die sich vom Kriegsbeginn in den meisten Fällen bis zu ihrem Lebensende erstreckt, wird eine chronologische Entfaltung des Gesamtprozesses unvermeidlich.

Plötzliche Schnitte in der Erzählung, gefolgt von abrupten Perspektivwechseln, sind Verfahrensweisen, die im Film, aber kaum in der Geschichtsschreibung üblich sind. Ich habe mich jedoch entschlossen, diese Methoden in meiner Arbeit zu verwenden, weil sie die einzig mögliche Lösung für ein anders nicht zu lösendes Dilemma darstellen. Mein Projekt erzwang überdies eine teilweise Rückkehr zur Chronik, aber, darauf hat der Historiker Dan Diner hingewiesen, nicht zu einer Form, die der Begriffsbildung vorausgegangen wäre; die Chronik blieb die einzige Zuflucht, nachdem ich andere Interpretationsrahmen ausprobiert und für unzulänglich befunden hatte. Allerdings schließt eine derartige Form der chronologisch berichtenden Darstellung parteiische Interpretationen nicht aus, und ebenso wenig können Annahmen über den allgemeinen historischen Kontext des Holocaust – etwa die Krise des Liberalismus in Europa – oder, pointierter, allgemeine Thesen über den historischen Ort der Vernichtung der Juden im breiten Spektrum der Zielsetzungen der Nazis ausgeschlossen werden.

Dieser Punkt führt mich zum Hauptproblem der Interpretation: zur zentralen Stellung des Holocaust in der Geschichte des Nationalsozialismus. Die Verfechter des Historisierungskonzepts betonten, die Verbrechen der Nazis seien zunächst deswegen in den Mittelpunkt der Geschichte des Dritten Reiches gerückt, um den Erfordernissen der Kriegsverbrecherprozesse zu genügen. Später seien, derselben Argumentation zufolge, die Konzentration auf die verbrecherische Dimension des Dritten Reiches und seine Schwarzweißdarstellung für eine volkspädagogische Geschichtsschreibung unabdingbar geworden; außerdem sei diese Schwerpunktsetzung das Ergebnis der mythischen Erinnerung der Überlebenden. Aus dieser Sicht war 40 Jahre nach Kriegsende die Zeit reif, die verbrecherische Politik des Regimes in einen umfassenderen und differenzierteren Kontext zu stellen, in dem die Juden nicht mehr notwendigerweise im Mittelpunkt standen. Im Sinne dieses historischen Trends war die Verfolgung und Vernichtung der Juden Europas nur ein sekundärer Aspekt von Maßnahmen, mit denen ganz andere Ziele verfolgt wurden, etwa die Herstellung eines neuen wirtschaftlichen und demographischen Gleichgewichts im besetzten Europa durch die Ermordung

überschüssiger Bevölkerungsteile, die Neuverteilung und Dezimierung von Bevölkerungsgruppen zur Erleichterung der deutschen Kolonisierung im Osten oder, wie kürzlich ausgeführt, die systematische Ausplünderung der Juden Europas, um das Führen des Krieges zu ermöglichen, ohne die deutsche Gesellschaft allzu sehr zu belasten, oder, genauer gesagt, um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ziele von Hitlers *Volksstaat* nicht zu gefährden. Eine Reihe dieser Interpretationen, insbesondere die letztgenannte, haben in Deutschland ein großes Echo gefunden.

Ein derartiger Ansatz kann jedoch keine Antwort auf grundlegende Fragen geben: Warum entschloss sich Hitler, die Juden zu vernichten, während er sie aller Besitztümer beraubte? Warum entschied er persönlich im Herbst 1943, die Deportation der Juden Dänemarks und Roms zu forcieren, obgleich beide Operationen mit großen Risiken behaftet waren (es bestand die Möglichkeit, dass es in Dänemark zu Unruhen kommen und dass der Papst öffentlich Protest einlegen würde) und ihr „Nutzen“ gleich Null war? Warum schlug Himmler die wiederholten Bitten der Wehrmacht ab, jüdische Facharbeiter von der Vernichtung auszunehmen? Die sekundäre Funktion, die der antijüdischen Politik zugeschrieben wird, passt auch nicht zu scheinbar marginalen, aber bezeichnenden anderen Vorgängen: der Reichsführer SS verlangte persönlich von Finnlands Ministerpräsidenten, sein Land möge seine 30 bis 40 ausländischen Juden an die Deutschen ausliefern; im Juli 1944 wurden die kleinen, verarmten sephardischen jüdischen Gemeinden auf den Ägäischen Inseln deportiert; noch wenige Tage vor der Befreiung von Paris wurden Hunderte von jüdischen Kindern festgenommen und aus Frankreich nach Auschwitz abtransportiert.

Der einzige Ansatz, der mir in einer integrierten Geschichte des Holocaust möglich erscheint, muss die Behandlung der Juden unmittelbar ins Zentrum der Weltanschauung des Regimes und seiner Strategien rücken. „Im großen und ganzen kann man sagen“, notierte Goebbels Ende April 1944 nach einem langen Gespräch mit Hitler, „dass eine langfristige Politik in diesem Krieg nur möglich ist, wenn man von der Judenfrage ausgeht.“ Diese Wahnvorstellung wurde von

Hitlers engsten Mitarbeitern, von Dienststellen der Partei und des Staates, von Beamten und Technokraten auf allen Ebenen des Systems sowie von bedeutenden Teilen der Bevölkerung begeistert unterstützt und umgesetzt. Die „Logik“, die hinter dieser jüdenfeindlichen Leidenschaft stand, wurde von der Propaganda ständig wiederholt. Wie Jeffrey Herf gezeigt hat, zeichnete diese Propaganda ein immer bedrohlicheres Bild „des Juden“ als tödlichen und unbarmherzigen Feind des Reiches, der zu dessen Vernichtung entschlossen war. So entschied sich Hitler im Rahmen eben dieser halluzinatorischen Logik, als das Reich an beiden Fronten, im Osten wie im Westen, kämpfen musste, ohne dass Hoffnung auf einen raschen Sieg bestand und als erste Andeutungen der Niederlage erkennbar wurden, für die sofortige Vernichtung. Sonst würden, so sah er es, die Juden ebenso wie 1917/1918 Deutschland und das neue Europa von innen heraus zerstören. Als sich die militärische Lage zuspitzte, wurde die Vernichtung bis zum Äußersten beschleunigt.

## Beantwortbare und unbeantwortbare Fragen

Eine integrierte Geschichte führt zu vergleichenden Fragestellungen sowie zu allgemeineren Zusammenhängen, die man sonst nur undeutlich wahrnimmt. Ein wichtiges Beispiel könnte die Frage nach der jüdischen Solidarität angesichts der Katastrophe sein. Die deutsche jüdische Führung versuchte Ende 1939 und Anfang 1940, gefährdeten polnischen Juden die Emigration aus dem Reich nach Palästina zu versperren, um alle Auswanderungsmöglichkeiten deutschen Juden vorzubehalten; die alteingesessene französische jüdische Führung (das *Consistoire*) forderte von der Vichy-Regierung unablässig eine klare Unterscheidung zwischen einheimischen und ausländischen Juden hinsichtlich ihres Status und der ihnen zustehenden Behandlung. Die Judenräte in Polen – insbesondere in Warschau – gestanden Angehörigen der einheimischen Mittelklasse, die sich Bestechungsgelder leisten konnten, ein Bündel von Privilegien zu, während die Armen, die Flüchtlinge aus den Provinzen und die Masse derer, die über keinerlei Einfluss verfügten, zunehmend gezwungen waren, Sklavenarbeit zu verrichten, oder in Hunger und Tod ge-

trieben wurden. Nachdem die Deportationen begonnen hatten, machten ortsansässige Juden in Lodz Front gegen Deportierte aus dem Westen. In Westerbork schützten sich deutsche Juden, die Elite des Lagers, die eng mit den deutschen Kommandanten zusammenarbeitete, damit, dass sie niederländische Juden auf die Abgangslisten setzten, während sich zuvor die niederländische jüdische Elite sicher gefühlt hatte und davon überzeugt gewesen war, dass nur Flüchtlinge (vor allem deutsche Juden) in die inländischen Lager geschickt und dann deportiert werden würden. Der Hass der getauften Juden auf ihre jüdischen Brüder im Warschauer Ghetto ist be-  
rechtigt.

Es sollte jedoch erwähnt werden, dass ungeachtet aller Spannungen weit verbreitete Wohlfahrtsanstrengungen sowie Bildungs- und Kulturaktivitäten in vielen jüdischen Gemeinden allen offen standen. Überdies zeigte sich eine Festigung der Bindungen innerhalb kleiner Gruppen, denen ein bestimmter politischer oder religiöser Hintergrund gemeinsam war. Typische Fälle waren politische Jugendgruppen in den Ghettos, jüdische Pfadfinder in Frankreich und natürlich die eine oder andere Gruppe orthodoxer Juden. Wenn wir uns das große Bild ansehen, können wir zu dem Schluss kommen, dass meist spezifische ethnisch-kulturelle, politische oder religiöse Bindungen, die Untergruppen miteinander teilten, Vorrang vor allen Verpflichtungen hatten, die von einer gemeinsamen *Jewishness* herrührten.

Während Vergleiche, die zum Wesen einer integrierten Geschichte gehören, in einer Reihe von Fällen unsere Wahrnehmung grundsätzlicher Probleme fördern, werfen sie gelegentlich auch Fragen auf, die keine eindeutige Antwort zulassen. So schrieb am 27. Juni 1945 die jüdisch-österreichische Chemikerin Lise Meitner, die 1939 von Deutschland nach Schweden emigriert war, an ihren ehemaligen Kollegen und Freund Otto Hahn, der seine Arbeit im Reich fortgesetzt hatte. Nach der Feststellung, er und die wissenschaftliche Gemeinschaft in Deutschland hätten vieles über die sich verschärfende Verfolgung der Juden gewusst, fuhr Meitner fort: „Ihr habt auch alle für Nazi-Deutschland gearbeitet und habt nie auch nur passiven Widerstand versucht. Gewiss, um Euer Gewissen loszukaufen, habt Ihr hier und da einem

bedrängten Menschen geholfen, aber Millionen Unschuldiger hinhängen lassen, und keinerlei Protest wurde laut.“ Meitners *cri de cœur*, der an Hahn und damit an die prominentesten Naturwissenschaftler Deutschlands gerichtet war, von denen keiner ein aktives Parteimitglied, keiner in verbrecherische Aktivitäten verwickelt gewesen war, hätte ebensogut der gesamten intellektuellen und geistlichen Elite des Reiches (selbstverständlich mit einigen Ausnahmen) sowie weiten Teilen der Eliten in den besetzten Ländern und den Satellitenstaaten Europas gelten können.

Ein noch beunruhigenderer Aspekt derselben Frage zeichnet sich mit Blick auf die Haltung der christlichen Kirchen ab. In Deutschland hat – wiederum mit Ausnahme weniger, von denen keiner den höheren Rängen der evangelischen oder der katholischen Kirche angehörte – kein protestantischer Bischof, kein katholischer Prälat öffentlich gegen die Vernichtung der Juden protestiert. Als Männer guten Willens wie Bischof Konrad Preysing aus Berlin oder der württembergische Bischof Theophil Wurm, die Stimme der Bekennenden Kirche, angewiesen wurden, ihre Versuche des vertraulichen Protestes einzustellen, fügten sie sich.

Und wenn wir berücksichtigen, dass sich im Allgemeinen – sieht man von begrenzten Protesten in den Niederlanden und von denjenigen mehrerer französischer Bischöfe ab, die in einigen Fällen widerrufen wurden – die deutsche Situation in den meisten Ländern des besetzten Europas wiederholte, dann erhält diese Frage ihr volles Gewicht. Dass keine nennenswerte Anzahl von Persönlichkeiten, die zur intellektuellen oder geistlichen Elite Europas zählten, öffentlich ihre Stimme gegen die Ermordung der Juden erhob, lässt sich leicht verstehen. Dass auf der gesamten europäischen Bühne nicht einmal einige wenige Stimmen in diesem Sinne laut wurden, ist verwirrend. Dass in Deutschland nicht eine einzige Persönlichkeit von Format bereit war, sich zu Wort zu melden, bleibt ebenso wie zahlreiche andere Aspekte dieser Geschichte eine fortwährende Quelle der Faszinationslosigkeit.

Hans Mommsen

## Forschungs- kontroversen zum National- sozialismus

Seit einigen Jahren steht die Geschichte der nationalsozialistischen Zeit weniger stark im Mittelpunkt der historischen Forschung, während der Geschichte der Bundesrepublik und der DDR zunehmende Aufmerksamkeit gewidmet wird, ja als Reaktion auf die Wiedervereinigung geradezu ein Übergewicht der DDR-Forschung zu verzeichnen ist. Dabei scheint die historische Perspektive des Diktaturvergleichs den Blick auf das Alltagsleben und die soziale Lage der Bevölkerung der DDR eher unterbelichtet zu haben, obwohl vor allem Lutz Niethammer und seine Mitstreiter mit der Entfaltung der Oral History wesentlich dazu beigetragen haben, diese Lücke im bislang stark von Westdeutschland her geprägten Bild der DDR auszufüllen.<sup>1</sup>

### Hans Mommsen

Dr. phil., geb. 1930; em. O. Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum; korrespondierendes Mitglied der British Academy und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften; Mitglied der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historiker-Kommission sowie der Weiße Rose-Stiftung e.V.; Possenhofener Straße 14, 82340 Feldafing. hans.mommsen@t-online.de

Bei der NS-Forschung hingegen ist eine deutliche Schwerpunktverschiebung zu konstatieren. Sie hängt einerseits damit zusammen, dass seit einer Reihe von Jahren die Judenverfolgung und der Holocaust zum zentralen Paradigma der Behandlung des Dritten Reiches geworden sind. Zwar hat sich die so genannte „Täterforschung“ auch auf andere

<sup>1</sup> Vgl. Lutz Niethammer, *Drei Fronten, ein Fehlschlag und das Unbewusste der Aufklärung*, in: Norbert Frei (Hrsg.), *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Göttingen 2006, S. 113 ff.

verfolgte Gruppen, etwa die Sinti und Roma, ausgeweitet, aber im Mittelpunkt steht die Frage nach der direkten und indirekten Beteiligung von Funktionsträgern des Regimes an der Judenvernichtung. Dabei tritt die individuelle Schuld und weltanschauliche Indoktrination in den Vordergrund und wird tendenziell von den politischen Prozessen, die zur „Endlösung“ geführt haben, abgekoppelt. Daraus ergibt sich eine Ex-Post-Sicht, welche die einzelnen Verläufe in einen stufenförmigen Prozess rassenpolitischer Radikalisierung einordnet, der notwendig in der Shoah endet.

Parallel dazu hat sich die Zahl der Studien zur nationalsozialistischen Lagergesellschaft, insbesondere zur Geschichte der Konzentrationslager vervielfacht. Zugleich konzentriert sich die Forschung auf die Instrumente des Terrors. Neben der bahnbrechenden Studie von Michael Wildt über das Personal des Reichsicherheitshauptamtes liegt eine Fülle von Studien zu den einzelnen Apparaten im Bereich von SS und Polizei vor, die eingehende Informationen über die politisch-weltanschauliche Indoktrination der an der Vernichtungspolitik des Regimes aktiv beteiligten Tätergruppen vermitteln. Den Anfang machte die verdienstvolle Untersuchung von Christopher Browning.<sup>12</sup> Zugleich haben sich die verfügbaren Daten über die Repression gegen die Arbeiterschaft, in erster Linie die Zwangsarbeiter, darunter das System der Arbeitserziehungslager, entscheidend erweitert.<sup>13</sup>

Eine ähnliche Ausweitung der Forschung ist auch für andere Politikbereiche zu verzeichnen, so für den Komplex der Euthanasie und der Eugenik. Davon ausgehend liegen aufschlussreiche Studien über die privilegierte Stellung der Ärzte und ihre aktive Unterstützung der Rassenpolitik vor. In den vergangenen Jahren ist auch der bis dahin eher vernachlässigte Bereich der Wissenschaftspolitik als Bestandteil der NS-Politik berücksichtigt worden. Einerseits stellt sich immer klarer heraus, dass sich große Teile der Hochschullehrer und Akademiker, auch wenn sie nicht immer den vorgegebenen Linien der NS-Wis-

<sup>12</sup> Vgl. Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 191 und die „Endlösung“ in Polen*, Reinbek 1993.

<sup>13</sup> Vgl. Gabriele Lotfi, *KZ der Gestapo. Arbeitserziehungslager im Dritten Reich*, Frankfurt/M. 2003.

senschaftspolitik zustimmten, in den Dienst der Ostraumexpansion gestellt oder mit dem Programm rassistischer Homogenisierung sympathisiert haben.<sup>14</sup>

Die Vorstellung, dass die Wehrmacht sich bis in die letzten Kriegsmonate hinein eine gewisse Autonomie bewahrt und von der verbrecherischen Politik des Regimes freigehalten hat, ist nicht erst durch die Hamburger Wehrmachtsausstellung vollständig widerlegt worden. Von der jüngeren Forschung ist die Mitverantwortung namentlich der Armeeführung im Einzelnen nachgewiesen worden. Auch wohlmeinende Bestrebungen, die Angehörigen der Militäropposition von dem Vorwurf freizusprechen, jedenfalls zunächst die von Hitler proklamierte Linie des „Rassenvernichtungskrieges“ unterstützt und die Tätigkeit der Einsatzgruppen gebilligt zu haben, erwiesen sich als unhaltbar.<sup>15</sup> Vielmehr zeigen jüngste Forschungen, dass die Generalität aus unterschiedlichen Motiven heraus die Vernichtungspolitik gegenüber der Sowjetunion gedeckt und bejaht hat. Prominente Vertreter des „Anderen Deutschland“ waren zumindest anfänglich in die kriminellen Zielsetzungen des Regimes verstrickt, wenngleich sie – allerdings erst sehr spät – den Entschluss zum Bruch mit Hitler und dem Führerstaat fassten.

## Funktionalismus vs. Ideengeschichte

Bereits seit den 1960er Jahren hatten sich die zeitgeschichtliche Forschung und Publizistik in Deutschland zunehmend dem Schicksal der Opfer des Regimes zugewandt, wobei dieser Begriff eine zunehmend moralische Färbung gewann und in einem sehr breiten, nicht näher definierten Sinn verwandt wurde. Die Fokussierung des Erkenntnisinteresses auf die vom NS-Regime verfolgten und ideologisch ausgegrenzten Gruppen war mit einer

<sup>14</sup> Vgl. Doris Kaufmann, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), *Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung*, Bd. I,1, Göttingen 2000, S. 9–20, sowie Michael Grüttner, *Wissenschaftspolitik im Nationalsozialismus*, in: ebd., Bd. I, 2, S. 557–584.

<sup>15</sup> Vgl. Johannes Hürter, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, München 2006; ders./Felix Römer, *Alte und neue Geschichtsbilder vom Widerstand im Ostkrieg*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 54 (2006), S. 301–322.

Tendenz zur Ausblendung der politischen Prozesse verknüpft. Die Inflation des Opferbegriffs schlug seit den 1990er Jahren in verstärktes Interesse an den verantwortlichen Akteuren um. Den Einsatzpunkt stellte die monumentale Biographie von Ulrich Herbert über Werner Best dar. Fragen zur vergleichenden Typologie und Motivation der Täter traten zunehmend in den Mittelpunkt der Forschung.<sup>16</sup>

Zahlreiche jüngere Studien, angeregt von den Arbeiten Herberts, zielen darauf ab, mittels der Aufschlüsselung der Rolle und Motivation der „Täter“ gleichsam das Bewegungsgesetz der NS-Diktatur erfassen zu können.<sup>17</sup> Diese Bestrebungen verknüpfen sich häufig mit einer Kritik an der funktionalistischen Schule, die durch die Hervorhebung struktureller Faktoren dazu tendiere, die schuldhaftige Verstrickung der Handelnden zu verdecken. Dies reicht bis zu dem Vorwurf, die „Funktionalisten“ hätten die Person Adolf Hitler nicht durch benennbare Personen oder Gruppen, sondern durch abstrakte Strukturen ersetzt und Täter und Opfer in gleicher Weise anonymisiert.<sup>18</sup> Damit verbindet sich die Unterstellung, der Funktionalismus sei durch „eine Tendenz zur Entsubstantialisierung der realen Geschichte“ und „eine ostentative Vernachlässigung von Weltanschauung und Ideologie“ gekennzeichnet.<sup>19</sup> Die Kontroverse reicht bis zu dem Vorwurf einer „zweiten Entnazifizierung“ und der zugespitzten Polemik, es dränge sich der Eindruck auf, dass die Schuld Hitlers begrenzt werden solle<sup>10</sup> und dass die Akteure des „Verwaltungsmassensmords“ als „willenlose Objekte“ und „hilflose Befehlsempfänger“ gezeichnet würden.<sup>11</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989*, Bonn 2001.

<sup>17</sup> Vgl. Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, Darmstadt 2004.

<sup>18</sup> Vgl. Ulrich Herbert, *The Holocaust in German History. Some Introductory Remarks*, in: Moshe Zimmermann (Hrsg.), *On Germans and Jews under the Nazi Regime*, Jerusalem 2006, S. 74.

<sup>19</sup> Vgl. Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2003, S. 513.

<sup>10</sup> Vgl. U. Herbert (Anm. 8), S. 74; N. Berg (Anm. 9), S. 513.

<sup>11</sup> Gerhard Paul (Hrsg.), *Die Täter der Shoah im Spiegel der Forschung*, in: ders. (Hrsg.), *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz nor-*

Nimmt man die überschüssige Polemik weg, bleibt die Behauptung, die Funktionalisten hätten einer Beschönigung der NS-Verbrechen in die Hände gearbeitet und der Exkulpierung zahlreicher Funktionsträger des Regimes Vorschub geleistet. Die Zuspitzung von Dan Diner, die Funktionalisten hätten „Verantwortung“ durch „Struktur“ ersetzt,<sup>12</sup> ist jedoch absurd und endet in historischem Personalismus. Der tiefere Grund des Dissenses liegt in der ausgeprägt ideengeschichtlichen Tendenz der von Herbert ins Leben gerufenen Schule, die zugleich moralischen Gesichtspunkten verpflichtet ist.<sup>13</sup> Doch die zeitgeschichtliche Forschung in Deutschland ist nur in untergeordnetem Maße dafür verantwortlich zu machen, dass die Verfolgung von NS-Verbrechen nur schleppend erfolgte und die Initiative dazu bei der Justiz lag.

Bei allen Verdiensten des biographiegeschichtlichen Zugriffs für ein tieferes Verständnis der Funktionsweise des NS-Herrschaftssystems stößt dieser auf methodische und sachliche Grenzen. Das gilt zunächst für die nur beschränkte Verfügbarkeit biographischer Quellen schon bei Angehörigen der Mittelklasse, während politische Einstellungen und Haltungen von Vertretern der Unterschichten nur ausnahmsweise mit individuellen Zeugnissen rekonstruiert werden können. Wichtiger erscheint, dass der größere Teil gerade der an der Gewaltentfesselung im Regime unmittelbar Beteiligten biographiegeschichtlich kaum erfassbar ist und ihre Handlungen in die Trivialität des Unsagbaren absinken, was exemplarisch in der Studie Karin Orths über die Konzentrationslager zum Ausdruck kommt.<sup>14</sup> Die Täterforschung – etwa in der grundlegenden Untersuchung von Michael Wildt<sup>15</sup> – orientiert sich an

male Deutsche (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 2), Göttingen 2002, S. 20 ff.; Ulrich Herbert, *Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des „Holocaust“*, in: ders. (Hrsg.), *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945*, Frankfurt/M. 1998, S. 21.

<sup>12</sup> Vgl. N. Berg (Anm. 9), S. 566.

<sup>13</sup> Herbert verweist nachdrücklich auf die Ursprünge Bests im völkischen Lager, um dessen Rolle im SS-Apparat zu erklären.

<sup>14</sup> Vgl. Karin Orth, *Die Konzentrationslager der SS. Sozialstrukturelle Analysen und biographische Studien*, Göttingen 2000.

<sup>15</sup> Vgl. Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002.

einem bestimmten Typus des NS- und SS-Funktionärs, der in der Regel einen akademischen oder doch intellektuellen Hintergrund hat. In der Masse der Fälle lassen sich über politisch-weltanschauliche Handlungsmotive jedoch keine hinreichenden Aussagen machen,<sup>16</sup> und es stellt sich ohnehin die Frage, welche Relevanz ihnen zukommen würde.

Ungeachtet der beträchtlichen Leistungen, welche die „Täterforschung“ aufzuweisen hat, ist doch unverkennbar, dass sie an Grenzen stößt, die nicht dem Mangel an biographischen Informationen zuzuschreiben sind. Schon der Begriff des „Täters“ umgreift einen Typus, der in den weltanschaulich aufgeladenen bürokratischen Apparaten des Regimes anzutreffen ist, aber auf die „Macher“ im engeren Sinne – die hohen NS-Chargen – kaum angewandt werden kann, deren intellektuelle und menschliche Mediokrität sich einer sinnvollen biographischen Darstellung entzieht. Das Medium der historischen Biographie erscheint daher nur bedingt geeignet, die politisch-gesellschaftlichen Strukturen des Dritten Reiches aufzuschlüsseln, die durch eine systematische Erosion der Autonomie der Individuen zugunsten von deren instrumenteller Verfügbarkeit für die Zwecke des Regimes gekennzeichnet sind. Für die NS-Herrschaft ist es gerade charakteristisch, dass Täter durchweg als Kollektive, jedenfalls stets in bürokratischen oder kameradenhaften Zusammenhängen handeln, hinter denen die individuellen Charaktere zurücktreten.

Als ursprünglich primär juristisch determinierte Kategorie zielt der Täterbegriff auf ein sachlich abgrenzbares und individuell verantwortliches Handeln. Neben der Ermordung von Juden, Sinti und Roma stehen die Euthanasie, Menschenversuche und die Verbrechen in den Konzentrationslagern und den Repressionsapparaten des Sicherheitsdienstes, der Ordnungspolizei und der Zivilverwaltung im Vordergrund. Die zahlreichen neueren Arbeiten zu diesem Bereich<sup>17</sup> haben dazu beigetragen, das extreme Ausmaß der Kriminalisierung der NS-Gesellschaft aufzudecken und

<sup>16</sup> Vgl. Dieter Pohl, Die Ermordung der Juden im Generalgouvernement, in: U. Herbert (Anm. 11), S. 110 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Gerhard Paul, Einleitung, in: ders. (Anm. 11); Michael Mallmann/Gerhard Paul, Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung, in: dies. (Anm. 7), S. 1–32.

der älteren Vorstellung den Boden zu entziehen, nach der die Verbrechen des Regimes nur von kleinen Minderheiten im Umfeld der SS begangen worden seien. Sie zeigen zugleich, dass von einem einheitlichen Tätertypus nicht gesprochen werden kann und dass die politische Sozialisation der Vollstrecker in den Apparaten der SS, Polizei und NSDAP den maßgeblichen Faktor für die Bereitschaft darstellte, sich in den Dienst der Vernichtungspolitik zu stellen, während die völkisch-ideologische Vorprägung in der Weimarer Zeit nur von untergeordneter Bedeutung ist. In seiner Untersuchung des Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes gelangt Michael Wildt zu dem Resultat, dass der strukturelle Einfluss der „SS-Weltanschauungsbürokratie“ maßgebend war, um die Täter zum ihnen abverlangten Mordhandwerk zu motivieren.<sup>18</sup>

Der methodische Zugriff, mittels einer vergleichenden Biographieforschung und eines wie auch immer differenzierten Täterbegriffs die für die NS-Diktatur charakteristische Gewalteskalation und Entgrenzung des Verbrechens zu erklären, ist daher nur begrenzt ergebnisreich. Die Dynamik des Prozesses kumulativer Radikalisierung, die für das NS-System kennzeichnend ist, gerät dabei nicht in den Blick, und die Analyse der engeren Führungsgruppe ergibt ein eher einförmiges Bild. Insofern bietet die Täterforschung keine Alternative, sondern nur eine Ergänzung der funktionalistischen Methode, die die zerstörerische Dynamik des NS-Herrschaftssystems strukturell und nicht allein ideologisch zu erklären sucht.

Die Täterforschung ist in der Regel mit einer Hervorhebung der weltanschaulichen Faktoren verbunden, und sie hat das Verdienst, nachgewiesen zu haben, dass gerade in den Verfolgungsapparaten extrem antisemitische Einstellungen handfest gewirkt haben, wie umgekehrt die Funktionalisten dazu neigten, in der Gegenbewegung zur herrschenden Meinung den ideologischen Faktor gegenüber den systemischen und bürokratischen Bedingungen zu gering einzuschätzen. Mittlerweile haben sich in der Forschung die Standpunkte angenähert, denn es ist evident, dass weltanschauliche Motive für sich nicht ausreichen, die Eskalation der Vernichtung

<sup>18</sup> Vgl. M. Wildt (Anm. 15), S. 856 ff.

voranzutreiben. Um die tödliche Interaktion zu beschreiben, die sich seit 1941 zwischen den lokalen Machthabern und dem Reichssicherheitshauptamt vollzog, bedarf es einer Analyse des komplexen Zusammenwirkens rivalisierender Instanzen, auch wenn sich vor Ort ein Zusammengehen aufdrängte.<sup>19</sup>

## Kumulative Radikalisierung

Michael Wildt hat in seiner eindrucksvollen Analyse der „Generation des Unbedingten“ ein faszinierendes Psychogramm der Führungsgruppe des Reichssicherheitshauptamtes erstellt. Im Unterschied zu den politischen „Hoheitsträgern“, also der engeren Funktionselite der Partei, zeichnet sich der in den Apparaten der SS herangezüchtete Tätertypus durch technokratische Effizienz und bürokratische Disziplin aus. Er arbeitet den Typus einer spezifischen „Weltanschauungsbürokratie“ heraus, deren besondere Mentalität dem kontinuierlichen Radikalisierungsprozess sowohl bezüglich der Herrschaftsmethoden wie der langfristigen Zielsetzungen zugrunde liegt, und erhebt den Anspruch, damit die „Kontroverse um Intention und Funktion“ auflösen zu können.<sup>20</sup> Doch handelt es sich bei der Mentalität des SS-Führungskorps um einen Sonderfall der sich in den NS-Führungsgruppen durchsetzenden Bindungslosigkeit und Amoralität, die in den von Hitler gefeierten neuen Führertypen im Osten kulminierte.<sup>21</sup>

Die diversifizierte Forschung des vergangenen Jahrzehnts vermittelt den Eindruck einer gewissen inneren Kompaktheit des NS-Regimes, dem es gelang, fast alle Politikbereiche ideologisch zu durchdringen. Dabei tritt der hochgradig fluktuierende Charakter der NS-Politik unterhalb der ideologischen Fernziele allzu leicht in den Hintergrund. Denn der inneren Stabilisierung des NS-Herrschaftssystems bis 1938/39 folgt mit dem Ausbruch und der Ausweitung des Zweiten Weltkrieges eine schleichende Auflösung des zentralen Regierungsapparates, der in der letzten Phase

<sup>19</sup> Vgl. D. Pohl (Anm. 16), S. 113 f.

<sup>20</sup> M. Wildt (Anm. 15), S. 856 f.

<sup>21</sup> Vgl. Hans Mommsen, Der Krieg gegen die Sowjetunion und die deutsche Gesellschaft, in: Bianka Pietrow-Ennker (Hrsg.), Präventivkrieg. Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion, Frankfurt/M. 2000, S. 65 f.

des Krieges in eine zunehmende Überschneidung der Kompetenzen zwischen innerer und allgemeiner Verwaltung, Parteiapparat, Reichssicherheitshauptamt und Sonderverwaltungen überging.<sup>22</sup> Abgesehen davon ist das Ausmaß von Improvisation, von unkontrolliertem Wildwuchs der Sonderverwaltungen und der allenthalben um sich greifenden ungeheuren Korruption schwerlich zu unterschätzen.<sup>23</sup> Von den unerhörten zerstörerischen und verbrecherischen Auswirkungen der NS-Politik darf nicht auf deren innere Rationalität und Konsistenz geschlossen werden, wie überhaupt deren kurzfristig ephemerer Charakter allzu leicht übersehen wird.

Mit der Fokussierung der Forschungsdiskussion auf die Implementierung des Holocaust und die Vernichtungspolitik gegen „Fremdvölkische“ ist die Frage nach den Ursachen der sich ständig steigernden Dynamik des Herrschaftssystems eher in den Hintergrund getreten. Die nach und nach alle Politikfelder erfassende weltanschauliche Durchdringung erklärt zwar, warum sich gegen die Vernichtungspolitik des Regimes keine signifikanten Widerstände bei den traditionellen Eliten wie bei den gemäßigt eingestellten Mitgliedern der NSDAP und ihrer angegliederten Verbände einstellten. Aber die Ursachen des kumulativen Radikalisierungsprozesses, der das NS-System kennzeichnet, sind nicht einfach auf ideologische Fanatisierung zu reduzieren. Damit sich die Propaganda „beim Wort nehmen“ konnte, also ideologische Fernziele in reales politisches Handeln umgesetzt wurden, bedurfte es spezifischer, im politischen System selbst angelegter Faktoren.<sup>24</sup>

In den vergangenen Jahren ist diese Radikalisierung überwiegend auf Hitlers weltanschaulichen Fanatismus und auf dessen direkte und indirekte Eingriffe zurückgeführt worden. Dies ist die Quintessenz zweier sonst so unterschiedlich ausgerichteter Ge-

<sup>22</sup> Vgl. den Überblick bei Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1989, S. 499 ff., S. 533 ff.

<sup>23</sup> Vgl. vor allem Frank Bajohr, Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt/M. 2004.

<sup>24</sup> Diese Formel findet sich bei Martin Broszat, Soziale Motivation und Führerbindung im Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte, München 1988, S. 32 f.

samtanalysen wie Saul Friedländers ein-drucksvollem Werk zur Geschichte des Ho-locaust und Richard Evans Geschichte des Dritten Reiches.<sup>125</sup> In beiden Darstellungen geht die Triebkraft des Geschehens primär von Hitler aus, wenn auch ideologische bzw. antisemitische Voreinstellungen in der Bevöl-kerung komplementär einwirkten. Der ent-scheidende Faktor liegt nach Friedländer in der „persönlichen Wirkung“ Hitlers und des-sen „zwanghaftem Antisemitismus“, der auf eine in Deutschland schon länger herausgebil-dete „antijüdische Kultur“ getroffen sei. Er greift auf die im Sinne seiner übergreifenden Interpretation nach nicht unbedingt notwen-dige Auffassung zurück, Hitler habe am 12. Dezember 1941 einen umfassenden Befehl zur Implementierung der Shoah gegeben.<sup>126</sup>

Gleichwohl wird die Frage, in welchem Umfang Hitler – ungeachtet seiner uneinge-schränkten Vetomacht – den politischen Ent-scheidungsprozess der letzten Jahre des Regi-mes maßgebend geprägt hat und wie stark der Anteil nachgeordneter Machträger, nicht zu-letzt Heinrich Himmlers gewesen ist, nach wie vor unterschiedlich beurteilt. In seiner Hitler-Biographie hat Ian Kershaw das Wech-selverhältnis zwischen den politischen Initia-tiven des Diktators und den Erwartungshal-tungen seiner Anhänger betont und damit den Ansatz Martin Broszats fortgeführt, nach dem dieser, indem er sich an vorherrschende Ressentiments und Stimmungen anpasste, als Produkt der ihn umgebenden Gesellschaft betrachtet werden müsse.<sup>127</sup> In der Tat besteht weitgehende Einigkeit in der Forschung, dass von einer Interaktion zwischen der Zentrale und den Vollstreckern vor Ort auszugehen ist.<sup>128</sup>

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie stabil der Führerkult – insbeson-

<sup>125</sup> Vgl. Saul Friedländer, *Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden 1939–1945*, München 2006; Richard J. Evans, *Das Dritte Reich*, Bd. 2, Mün-chen 2006; dazu Hans Mommsen, *Terror und Angst*, in: *Die Zeit*, November 2006, S. 17 f.

<sup>126</sup> Vgl. Christian Gerlach, *Die Wannseekonferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundentscheidung, alle Juden Europas zu vernichten*, in: *Werkstatt Geschichte*, 6 (1997), S. 7–44.

<sup>127</sup> Vgl. Ian Kershaw, *Hitler 1889–1936*, Stuttgart 1998, S. 26 f.; M. Broszat (Anm. 24), S. 127 ff.

<sup>128</sup> Vgl. Ulrich Herbert, *Die deutsche Militär-verwaltung in Paris und die Deportation der französi-schen Juden*, in: ders. (Anm. 11), S. 208.

dere mit dem Fortgang des Ostkrieges – ge-wesen ist. Zwar gelang es der Goebbels’schen Propaganda, die Person Hitlers als des „Füh-rers der Nation“ zur einer übermenschlichen Figur zu machen. Sie vermochte es, Attribute nationaler Identität auf dessen Person zu übertragen und alternative nationale Identifi-kationsmöglichkeiten abzublocken. Dadurch wurde die Figur Hitlers von der an der Partei, den Bonzen und der SS artikulierten Kritik unter der Formel „Wenn das der Führer wüsste“ von der Verantwortung für Niederla-gen, Verbrechen und Misstände ausgenom-men.

Gleichwohl beeinträchtigte der Krieg gegen die Sowjetunion seine Popularität, und sie ging in dem Maße zurück, in dem sich die militärischen Niederlagen nach Stalingrad häuften. Gleichwohl blieb der Führerkult ge-rade für diejenigen Funktionäre, die alle Brücken hinter sich abgebrochen sahen, bis zuletzt erhalten und erwies sich als wirksa-mes Mittel, um sie zum Durchhalten zu be-wegen.

## „Gefälligkeitsdiktatur“?

Es ist indessen fragwürdig, die politische Tragfähigkeit der von Goebbels wirkungsvoll beschworenen „Volksgemeinschaft“ zu hoch zu bewerten. Es ist bezeichnend, dass die NS-Führung, wie Götz Alys Studie über „Hitlers Volksstaat“ eindrücklich zeigt,<sup>129</sup> die Belas-tungsfähigkeit der Bevölkerung vergleichs-weise gering einschätzte und sich scheute, den breiten Massen erhöhte Steuern aufzuer-legen. Das Regime war stattdessen bestrebt, durch die ökonomische und finanzpolitische Ausbeutung der besetzten Länder die mate-rielle Versorgung des Altreichs auf einem er-träglichen Niveau zu halten. Für diese bis zu-letzt durchgehaltene Politik besaßen die Er-fahrungen der Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg entscheidende Bedeutung. Um sich die Sympathien der Bevölkerung zu sichern, sorgte Martin Bormann dafür, dass die Ver-sorgung der Bombengeschädigten und der aus den bedrohten Grenzgebieten ausgesie-delten Bevölkerung ausschließlich bei der Partei bzw. der NS-Volkswohlfahrt lag, die in ihrem Auftrag tätig war.

<sup>129</sup> Vgl. Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassen-krieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt/M. 2005, S. 66 ff.

Detaillierte Regionalstudien wie jüngst Jill Stevensons Analyse von „Hitler's Home Front“ in Württemberg zeigen jedoch eindrücklich, dass der Grad des innenpolitischen Konsenses bei den „Volksgenossen“ sehr geteilt war, auch wenn sie sich nach außen hin dem diktatorischen Regime unterwarfen, da es keine Möglichkeit gab, ihre Resistenz politisch zu artikulieren. Es ist bemerkenswert, dass die Württemberger zwischen ihrer Loyalität zu Hitler und ihrer Einstellung zur Partei und deren regionalen Repräsentanten klar differenzierten.<sup>130</sup> In kirchlichen Angelegenheiten, nicht zuletzt dem Religionsunterricht, aber auch im Hinblick auf die Agrarpolitik des Regimes bestand eine eindeutige Opposition. Diese Teildistanzierung ließ sich an anderen Regionen und Lokalstudien vielfältig bestätigen.<sup>131</sup> Desgleichen ist das Ausmaß der Übereinstimmung mit der Politik des Regimes, von wenigen Höhepunkten wie den Siegen über Polen und Frankreich abgesehen, eher begrenzt. Es scheint daher angebracht, auf den Begriff der „Volksgemeinschaft“, der ja durch die Goebbels'sche Propaganda eingefärbt wurde, im analytischen Kontext zu verzichten.

Einige Schritte weiter ging Götz Aly in seinem kontrovers aufgenommenen Buch über „Hitlers Volksstaat“. Ausgehend von der Einsicht, dass die Erfahrungen des kriegswirtschaftlichen Systems im Ersten Weltkrieg die von Hitler und seinen Gefolgsleuten eingeschlagene Strategie maßgebend beeinflusst habe, betont er die Bestrebungen des Regimes, sich durch ökonomische Konzessionen die Sympathien der lohnabhängigen Bevölkerung zu sichern. Es ist unbestreitbar, dass die NS-Führungsgruppe gerade seit der Krise nach Stalingrad an der pseudosozialistischen Linie festhielt und sich gegen steuerliche Maßnahmen zu Ungunsten der unteren Bevölkerungsschichten wandte. Das sollte aber nicht zu der Ansicht führen, die NS-Sozialpolitik habe eine Einkommensumverteilung zugunsten der Unterschicht herbeigeführt, denn die Sozialpolitik des Regimes seit den 1930er Jahren hat trotz ihrer populistischen

<sup>130</sup> Vgl. Jill Stevenson, *Hitler's Home Front. Württemberg under the Nazis*, London 2006.

<sup>131</sup> Exemplarisch: Hamburg im „Dritten Reich“, hrsg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Göttingen 2005, darin vor allem Frank Bajohr, *Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg*, S. 69–121.

Züge die Einkommensverhältnisse der Unterschicht im Verhältnis zur Lage von 1928 keineswegs verbessert. Neuere Untersuchungen zeigen, dass von einem durch die Politik des Regimes maßgeblich unterstützten ökonomischen Aufschwung trotz der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit keine Rede sein kann.<sup>132</sup>

Aly ist so weit gegangen, den Unterdrückungscharakter des Regimes zu relativieren, und spricht von einer „Gefälligkeits-“ und „Zustimmungsdiktatur“.<sup>133</sup> Er stützt sich dabei auf die bis zum Beginn des Russlandkrieges günstig ausfallenden Meinungsumfragen. In seinem jüngsten Buch neigt er indes dazu, diese Ergebnisse zu relativieren.<sup>134</sup> Wie weit die Bevölkerung die Politik des Regimes, die materiellen Belastungen im Kriege möglichst niedrig zu halten, direkt und indirekt – nicht zuletzt durch öffentliche Versteigerung jüdischen Wohnungs- und Hauseigentums, aber auch durch materielle Vorteile für Familien, deren Väter eingezogen waren – mit dauerhafter Zustimmung honorierte, ist kaum verlässlich zu bestimmen.<sup>135</sup> Indessen wird man schwerlich zu weit gehen, wenn man feststellt, dass der Begriff „Zustimmungsdiktatur“ den Tatbestand verdeckt, dass die Loyalität großer, aber abnehmender Teile der Bevölkerung in erster Linie durch den direkten und indirekten Unterdrückungsapparat des Regimes und die Ausschaltung jeder freien Kommunikation bedingt war. Gerade in der Endphase des Krieges trat die massive terroristische Bedrohung auch der eigenen Bevölkerung offen zu Tage. Die verhängnisvolle Rolle der Justiz, die in den bei den Reichsverteidigungskommissaren

<sup>132</sup> Vgl. Ludolf Herbst, *Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft 1939–1943*, Stuttgart 1982, S. 207 ff.; Christoph Buchheim/Jonas Scherner, *Anmerkungen zum Wirtschaftssystem des „Dritten Reichs“*, in: Werner Abelshäuser u. a. (Hrsg.), *Wirtschaftsordnung, Staat und Unternehmen. Neue Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte des Nationalsozialismus*, Essen 2003, S. 89–94; Christoph Buchheim, *Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933–1945*, in: *Historische Zeitschrift*, 282 (2006), S. 351–390.

<sup>133</sup> G. Aly (Anm. 29), S. 49, S. 333.

<sup>134</sup> Vgl. Götz Aly (Hrsg.), *Volkes Stimme. Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2006, S. 130 ff.

<sup>135</sup> Vgl. Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg. Die Verdrängung der jüdischen Unternehmer 1933–1945, Hamburg 1997.

eingesetzten Sondergerichten offenen Widerstand gegen die offizielle Durchhaltepolitik mit massiven Sanktionen bestrafte, und das Tätigwerden von mehr oder weniger willkürlich urteilenden Standgerichten verwandelten nun auch das Altreich in ein großes Gefängnis.

Sicherlich wirkte noch immer der Hitlerkult nach, aber die lokalen und regionalen Parteiführer hielten sich nur noch mit der Androhung von Gewalt an der Macht. Der NS-Staat befand sich längst in der Auflösung, bevor er unter den harten Schlägen der alliierten Armeen endgültig zerfiel. Während sich Goebbels anschickte, die für den „Werwolf“ in hastig geschaffenen Ausbildungslagern zusammengezogenen HJ-Jungen für die Aufgabe zu trainieren, die „nationalsozialistische Idee“ auch nach dem bevorstehenden militärischen Zusammenbruch für die kommende Generation am Leben zu erhalten, zerbröckelten die letzten Reste des Großgermanischen Reiches.

Die klägliche Rolle, die Hitler dabei spielte, tritt in dem Maße, in dem sich das geschichtliche Interesse der Zusammenbruchphase zuwendet, immer mehr ins öffentliche Bewusstsein. Die öffentliche Ironisierung des Diktators, wie sie derzeit im Film und in den Medien hervortritt, scheint ein Indikator dafür zu sein, dass die Erklärungskraft der Person, die bislang wenig hinterfragt wurde, allmählich schwindet. In diesem Zusammenhang wird man sich an die Mahnung Martin Broszats erinnern, nicht „von den riesenhaften Wirkungen auf die Ursächlichkeit der Person“ Hitlers zu schließen.<sup>136</sup> Dies gilt umso mehr angesichts der Notwendigkeit, die Geschichte des Nationalsozialismus in den internationalen Zusammenhang zu stellen, was sich als zukünftige Aufgabe der Forschung stellt, nachdem die Entwicklung in den von Deutschland im Zweiten Weltkrieg besetzten oder von ihm abhängigen Ländern inzwischen weitgehend erschlossen worden ist.

<sup>136</sup> Vgl. M. Broszat (Anm. 24), S. 122 f.

Harald Welzer

## Die Deutschen und ihr „Drittes Reich“

Die gesellschaftliche Wirklichkeit des „Dritten Reiches“ wird gewöhnlich durch das Prisma des Holocaust betrachtet. Der aber war erst das Ergebnis eines dramatisch beschleunigten gesellschaftlichen Wandlungsprozesses, und der Alltag des Nationalsozialismus sieht im Blick durch dieses Prisma eigentümlich statisch und hermetisch aus. Dabei vermochte die nationalsozialistische Gesellschaft eine ungeheure psychosoziale Energie und Dynamik bei ihren Mitgliedern gerade deshalb freizusetzen, weil das „Tausendjährige Reich“ von den meisten Deutschen als ein gemeinsames Projekt empfunden wurde, an dem man teilhaben wollte und auch durfte, sofern man die rassistisch definierten Kriterien dafür erfüllte.

### Harald Welzer

Dr. phil., geb. 1958; Sozialpsychologe; Professor und Direktor des Center for Interdisciplinary Memory Research am Kulturwissenschaftlichen Institut, Postfach 102745, 45027 Essen.  
harald.welzer@kwi-nrw.de

Ausgerechnet diese Gesellschaft hat bis heute keine klaren mentalitätsgeschichtlichen Konturen, was sich etwa anhand der in letzter Zeit intensiv diskutierten Frage zeigt, was die Deutschen vom Holocaust wussten und wie es um die Zustimmung zum Regime im Verlaufe seiner Herrschaft stand. Inzwischen zeichnet sich ab, dass diese Zustimmung in den Jahren nach 1933 bis zum Überfall auf die Sowjetunion kontinuierlich anwuchs, so dass es an der Zeit wäre, die gesellschaftliche Wirklichkeit des „Dritten Reiches“ als ein soziales Parallelogramm zu beschreiben, in dem sich die emotionale und materielle Lage der nichtjüdischen Deutschen in dem Maße verbesserte, wie sich die Situation der „Nichtarier“ verschlechterte – womit die Ausgrenzung der Juden, wie Peter Longerich argumentiert hat, nicht nur als Herrschaftszweck,

sondern auch als Herrschaftsinstrument zu verstehen wäre.<sup>1</sup> Das bedeutet aber zugleich, dass man sich von der Vorstellung freimachen muss, es gebe bei Gesellschaftsverbrechen auf der einen Seite Täter, die Verbrechen planen, vorbereiten und ausführen, und auf der anderen Seite Unbeteiligte oder Zuschauer, die in mehr oder weniger großem Umfang von diesen Taten „wissen“. Mit solchen Personenkategorien kann der Handlungszusammenhang, der schließlich in den Massenmord und in die Vernichtung führte, nicht angemessen beschrieben werden. Es gibt in einem solchen Zusammenhang keine Zuschauer, es gibt auch keine Unbeteiligten. Es gibt nur Menschen, die gemeinsam, jeder auf seine Weise – der eine intensiver und engagierter, der andere skeptischer und gleichgültiger – eine gemeinsame soziale Wirklichkeit herstellen.

Aber wie kann man rekonstruieren, was die Deutschen über den Führer, ihr Land und die Politik der Vernichtung gedacht haben? Eine moderne Umfrageforschung gab es vor 70 Jahren noch nicht, und die offiziellen Stimmungs- und Lageberichte,<sup>2</sup> die das Regime regelmäßig erhob, sind von nur begrenzter Aussagekraft, da sie erstens stark die subjektiven Auffassungen der Berichterstatter spiegeln und zweitens nicht nur als Untersuchungsinstrument, sondern zugleich als Steuerungsinstrument der öffentlichen Stimmung gedacht waren und insofern erheblich verzerrt sind.<sup>3</sup>

Man wird sich daher mit einem Patchwork ganz unterschiedlicher Datenquellen begnügen müssen, das die Zustimmung zur Politik des Regimes, insbesondere zur Judenpolitik, in unterschiedlichen Farbtönen abbildet und das aus Beobachtungen des Alltagsverhaltens der Volksgenossinnen und Volksgenossen, aus Daten zum Wissen über den Vernichtungsprozess sowie aus retrospektiven Interview- und Umfragedaten zusammengefügt ist.

<sup>1</sup> Vgl. Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München 1998.

<sup>2</sup> Vgl. Otto Dov Kulka/Eberhard Jäckel, *Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933–1945*, Düsseldorf 2004.

<sup>3</sup> Vgl. Peter Longerich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006, S. 38 ff.

Am 2. August 1914, dem Tag nach der deutschen Kriegserklärung gegen Russland, notiert Franz Kafka in Prag in seinem Tagebuch: „Deutschland hat Russland den Krieg erklärt. – Nachmittag Schwimmschule.“ Das ist lediglich ein besonders prominentes Beispiel dafür, dass Ereignisse, die die Nachwelt als *historische* zu bewerten gelernt hat, in der Echtzeit ihres Entstehens und Auftretens nur selten als solche empfunden werden. Wenn sie überhaupt zur Kenntnis genommen werden, dann als Teil eines Alltags, in dem noch unendlich viel mehr wahrgenommen wird und Aufmerksamkeit beansprucht, und so geschieht es, dass selbst intelligente Zeitgenossen einen Kriegsausbruch nicht bemerkenswerter finden als den Umstand, dass man am selben Tag seinen Schwimmkurs absolviert hat.

In dem Augenblick, in dem Geschichte stattfindet, erleben Menschen Gegenwart. Historische Ereignisse zeigen ihre Bedeutung erst im Nachhinein, nämlich dann, wenn sie nachhaltige Folgen gezeitigt haben oder sich, mit einem Begriff von Arnold Gehlen, als „Konsequenzerstmaligkeiten“ erwiesen haben, also als präzedenzlose Ereignisse mit Tiefenwirkung für alles, was danach kam. Damit ergibt sich ein methodisches Problem, wenn man die Frage stellt, was Menschen von solch einem Ereignis wahrgenommen bzw. gewusst haben. Erstmaligkeitsereignisse werden in der Regel gerade deshalb nicht wahrgenommen, weil sie neu sind, man also das, was geschieht, nicht mit Erfahrungen abgleichen kann. Aus diesem Grund haben viele jüdische Deutsche die Dimension des Ausgrenzungsprozesses nicht erkannt, dessen Opfer sie wurden.<sup>4</sup>

Geschichte geschieht nicht punktuell, sondern sie ist ein für die begleitende Wahrnehmung langsamer Prozess, der erst durch Begriffe wie „Zivilisationsbruch“ nachträglich auf ein abruptes Ereignis verdichtet wird. Die Interpretation dessen, was Menschen vom Entstehen eines Prozesses wahrgenommen haben, der sich erst sukzessive zur Katastrophe auftürmte, ist ein äußerst vertracktes Unterfangen – auch deswegen, weil wir unsere Frage nach der zeitgenössischen Wahrnehmung mit

<sup>4</sup> Vgl. Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt/M. 1992, S. 138.

dem Wissen darum stellen, wie die Sache ausgegangen ist. Über dieses Wissen verfügten die Zeitgenossinnen und Zeitgenossen logischerweise nicht. Norbert Elias hat es nicht zu Unrecht als eine der schwierigsten Aufgaben der Sozialwissenschaften bezeichnet, die Struktur des Nichtwissens zu rekonstruieren, die zu anderen Zeiten vorgelegen hat.<sup>15</sup>

Schließlich muss der Holocaust als ein *genozidaler Prozess* betrachtet werden, der Ende Januar 1933 begann und mit der Befreiung der Lager im Frühjahr 1945 zu Ende ging. Dabei ist der sich in unterschiedlichen Intensitätsschüben vollziehende Ausgrenzungs-, Ausschließungs-, Beraubungs- und Deportationsprozess von dem mit Kriegsbeginn 1939 experimentierten, aber mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 in aller Radikalität einsetzenden Vernichtungsprozess zu unterscheiden. Denn während die Vernichtung einer, wie Longerich sie nachgezeichnet hat, flexiblen Geheimhaltungspolitik unterlag, die ab Mitte 1942 auf ein Komplizenhaftes, wenn auch ominöses Mitwissen der Deutschen setzte,<sup>16</sup> fanden alle Einzelschritte des sozialen Ausgrenzungsprozesses der jüdischen Deutschen in der Öffentlichkeit statt. In Deutschland vollzog sich vom Tag der so genannten Machtergreifung an ein fundamentaler Wertewandel, in dem es zunehmend als normal empfunden wurde, dass es kategorial unterschiedliche Menschengruppen gab, für die entsprechend unterschiedliche Normen des zwischenmenschlichen Umgangs auf der einen und der Rechtsetzung und -anwendung auf der anderen Seite galten.<sup>17</sup> Hier geht es nicht darum, was man „gewusst“, sondern woran man teilgehabt hat.

## Der soziale Alltag der Ausgrenzung

Man kann zur Rekonstruktion des Wertewandels im nationalsozialistischen Deutschland, der sich als fortschreitende Normalisierung radikaler Ausgrenzung bezeichnen lässt, zeitgenössische Quellen heranziehen, die wie die Aufzeichnungen Sebastian Haffners, die Tagebücher Victor Klemperers oder Willy

<sup>15</sup> Vgl. Norbert Elias, *Was ist Soziologie?*, München 2004.

<sup>16</sup> Vgl. P. Longerich (Anm. 3), S. 263 ff.

<sup>17</sup> Vgl. Harald Welzer, *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*, Frankfurt/M. 2005, S. 48 ff.

Cohns oder die Briefe Lilly Jahns auf der Mikroebene des sozialen Alltags nachzeichnen, wie in verblüffend kurzer Zeit Menschengruppen aus dem Universum der sozialen Verbindlichkeit ausgeschlossen werden – aus jenem Universum also, in dem Normen wie Gerechtigkeit, Mitleid oder Nächstenliebe noch in Kraft sind, aber nicht mehr für diejenigen gelten, die per definitionem aus der Gemeinschaft ausgeschlossen sind. Man übersieht bei der Betrachtung des nationalsozialistischen Systems häufig, dass dieses zwar ein Unrechts- und Willkürsystem gewesen ist, dass die Willkür und das Unrecht aber fast ausschließlich die Nicht-Zugehörigen traf, während die Mitglieder der Volksgemeinschaft nach wie vor in weiten Bereichen sowohl Rechtssicherheit als auch staatliche Fürsorge genossen.

So zeigt eine retrospektive Befragung mit 3 000 Personen, die in den 1990er Jahren durchgeführt wurde, dass nahezu drei Viertel der vor 1928 geborenen Befragten niemanden kannten, der aus politischen Gründen mit der Staatsgewalt in Konflikt geraten und deshalb verhaftet oder verhört worden war.<sup>18</sup> Noch mehr Befragte gaben an, sich selbst niemals bedroht gefühlt zu haben, und das, obwohl in derselben Befragung zu hohen Anteilen angegeben wird, dass man illegale Radiosender gehört oder Witze über Hitler und kritische Äußerungen über die Nazis gemacht habe.<sup>19</sup> Ein höchst bemerkenswertes Ergebnis dieser Studie liegt darin, dass sich im Nachhinein jeweils zwischen einem Drittel und mehr als der Hälfte der Befragten dazu bekennen, an den Nationalsozialismus geglaubt, Hitler bewundert und nationalsozialistische Ideale geteilt zu haben.<sup>10</sup> Ein ähnliches Bild zeichnet eine Allensbach-Umfrage aus dem Jahr 1985. Die Befragten, die 1945 mindestens 15 Jahre alt gewesen sein mussten, bekennen zu 58 Prozent, an den Nationalsozialismus geglaubt zu haben, 50 Prozent sahen ihre Ideale in ihm verkörpert, und 41 Prozent bewunderten den Führer.<sup>11</sup> Dabei zeigte sich auch, dass die Zustimmung

<sup>18</sup> Vgl. Eric Johnson/Karl-Heinz Reuband, *What we knew. Terror, Mass Murder and Everyday Life in Nazi Germany*, London 2005, S. 349.

<sup>19</sup> Vgl. ebd., S. 357.

<sup>10</sup> Vgl. ebd., S. 330 ff.

<sup>11</sup> Zit. nach Karl-Heinz Reuband, *Das NS-Regime zwischen Akzeptanz und Ablehnung*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 32 (2006) 3.

zum NS-System mit dem Niveau des Bildungsabschlusses steigt – was dem gängigen Vorurteil zuwiderläuft, dass Bildung vor gegenmenschlichen Einstellungen schützt.<sup>12</sup> Mit steigender formaler Bildung stieg auch die Zustimmung zu Hitlers Welt, und die Aspekte, die seiner Politik positiv zugeschrieben werden, sind auch in dieser Studie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Kriminalität sowie der Bau der Autobahnen. Ein Viertel der Befragten betonen noch ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des „Dritten Reiches“ das Gemeinschaftsgefühl, das damals geherrscht habe.<sup>13</sup>

Dieses freilich bezog sich auf die Mitglieder der Volksgemeinschaft, und diese wurde gerade dadurch gestiftet, dass nicht jeder zu ihr gehören konnte. Das verbreitete Gefühl, nicht bedroht zu sein und keinerlei Repression zu unterliegen, beruhte auf einem starken Gefühl der Zugehörigkeit, deren Spiegelbild die täglich demonstrierte Nicht-Zugehörigkeit von anderen Gruppen, insbesondere von Juden, war. Unmittelbar nach dem 30. Januar 1933 setzte eine ungeheuer beschleunigte Praxis der Ausgrenzung der Juden ein, und zwar ohne relevanten Widerstand der Mehrheitsbevölkerung – obwohl mancher vielleicht über den „SA- und Nazipöbel“ die Nase rümpfte oder die einsetzende Kaskade der antijüdischen Maßnahmen als fein, ungehörig, übertrieben oder einfach als inhuman empfand. Was ich mit „ungeheuer beschleunigt“ meine, lässt sich mit einer Auflistung von Saul Friedländer illustrieren: „Im März 1933 untersagte die Stadt Köln Juden die Benutzung städtischer Sportanlagen. Vom 3. April an mussten in Preußen Anträge von Juden auf Namensänderung dem Justizministerium vorgelegt werden (. . .). Am 4. April schloss der deutsche Boxer-Verband alle jüdischen Boxer aus. Am 8. April sollten alle jüdischen Dozenten und Assistenten an Universitäten des Landes Baden unverzüglich entlassen werden. Am 18. April entschied der Gauleiter von Westfalen, dass einem Juden das Verlassen des Gefängnisses auf Kautions nur gestattet würde,“ wenn der Kautionssteller bereit

<sup>12</sup> Den möglichen Einwand, die besser Gebildeten gingen eben offener mit ihrer Vergangenheit um, kann man damit entkräften, dass der U.S. Strategic Bombing Survey, der schon 1945 zur Einschätzung der psychologischen Folgen der Bombardierung der Deutschen erhoben wurde, zum selben Befund gelangte; vgl. ebd.

<sup>13</sup> Vgl. E. Johnson/K.-H. Reuband (Anm. 8), S. 341.

sei, „an seiner Stelle ins Gefängnis zu gehen. Am 19. April wurde der Gebrauch des Jiddischen auf Viehmärkten in Baden verboten. Am 24. April wurde die Verwendung jüdischer Namen zum Buchstabieren im Telefonverkehr untersagt. Am 8. Mai verbot es der Bürgermeister von Zweibrücken Juden, auf dem nächsten Jahrmarkt Stände zu mieten. Am 13. Mai wurde die Änderung jüdischer Namen in nichtjüdische verboten. Am 24. Mai wurde die restlose Arisierung der deutschen Turnerschaft angeordnet, wobei die vollständige arische Abstammung aller vier Großeltern gefordert wurde.“<sup>14</sup>

Besonders bemerkenswert an dieser unvollständigen, beispielhaften Liste ist zum einen die Kreativität im Auffinden unterschiedlichster Aspekte des „Jüdischen“, wie etwa bei der Buchstabierliste für den Telefonverkehr, zum anderen das freiwillige, oft vorseilende Praktizieren antijüdischer Ausgrenzungsmaßnahmen durch Privatpersonen in Vereinsfunktionen oder durch Kommunalbeamte, welche die entsprechenden Maßnahmen durchaus nicht hätten ergreifen müssen, sondern aus freien Stücken ergriffen haben. Das verweist nicht nur auf antisoziale Bedürfnisse, die unter den neuen Verhältnissen freudig befriedigt wurden, sondern auch darauf, dass solche Maßnahmen innerhalb der entsprechenden Vereine, Verbände und Kommunen bei Nicht-Betroffenen auf Zustimmung, jedenfalls nicht auf Protest oder gar auf Widerstand stießen.

Im sozialen Alltag des Nationalsozialismus sind Maßnahmen, die *andere* treffen, aber von Nicht-Betroffenen zur Kenntnis genommen werden, allgegenwärtig. Wie immer auch die Gesetze und Maßnahmen bei den Volksgenossinnen und Volksgenossen ankamen – festzuhalten ist, dass sich auch in dieser frühen Phase, die ja auch für die Nicht-Betroffenen einen erheblichen Wertewandel hinsichtlich zwischenmenschlicher Umgangsformen bedeutete, keinerlei Unmut artikulierten. Aber was heißt Nicht-Betroffene? Wenn man den Vorgang der Ausgrenzung, Beraubung und Vernichtung als Handlungszusammenhang betrachtet, ist es logisch unmöglich, von Nicht-Betroffenen zu sprechen: Wenn eine

<sup>14</sup> Saul Friedländer, *Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939*, München 1998, S. 49 ff.

Personengruppe auf solch schnelle, verdichtete, öffentliche und nichtöffentliche Weise aus dem Universum der moralischen Verbindlichkeit ausgeschlossen wird, dann bedeutet das umgekehrt, dass sich der wahrgenommene und gefühlte Stellenwert der Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft *erhöht*.

So ist es psychologisch kein Wunder, dass die praktische Umsetzung der Theorie von der Herrenmenschenrasse äußerst zustimmungsfähig war. Vor dem Hintergrund dieser in Gesetze und Maßnahmen gegossene Theorie konnte sich noch jeder sozial deklassierte, ungelernete Arbeiter ideell jedem jüdischen Schriftsteller, Schauspieler oder Geschäftsmann überlegen fühlen, zumal dann, wenn der gesellschaftliche Prozess die faktische soziale und materielle Deklassierung der Juden durchsetzte. Die Aufwertung, die der Volksgenosse auf diese Weise erfuhr, bestand auch im Gefühl einer relativ verringerten sozialen Gefährdung – einem ganz neuen Lebensgefühl in einer exklusiven Volksgemeinschaft, zu der man nach den wissenschaftlichen Gesetzen der Rassenauslese unabänderlich gehörte und zu der die anderen genauso unabänderlich niemals gehören konnten.

Während es den einen zunehmend schlechter ging, fühlten sich die anderen immer besser. Das nationalsozialistische Projekt bot ja nicht nur eine glanzvoll ausgemalte Zukunft, sondern auch ganz handfeste Gegenwartsvorteile wie zum Beispiel exzellente Karrierechancen. Der Nationalsozialismus hatte eine extrem junge Führungselite, und nicht wenige gerade der jüngeren Volksgenossinnen und -genossen konnten große persönliche Hoffnungen mit dem Siegeszug der „arischen Rasse“ verbinden.<sup>15</sup> Vor diesem Hintergrund ist die enorme Freisetzung von individueller und kollektiver Energie zu verstehen, die diese Gesellschaft kennzeichnete.

Seine psychosoziale Durchschlagskraft bezog das nationalsozialistische Projekt auf die unmittelbare Umsetzung seiner ideolo-

<sup>15</sup> Eine zeitgenössische Statistik gab das Durchschnittsalter der führenden Personen in der Partei mit 34 und im Staat mit 44 Jahren an. Vgl. Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt/M. 2005, S. 12 ff.

gischen Postulate in eine greif- und fühlbare Wirklichkeit, und Interviews mit ehemaligen Volksgenossinnen und -genossen legen bis heute Zeugnis ab von der psychosozialen Attraktivität und emotionalen Bindungskraft dieses Ein- und Ausschließungsprozesses. Nicht umsonst besteht bis heute weitgehende Übereinstimmung unter den Zeitgenossen, dass das „Dritte Reich“ mindestens bis zum Russlandfeldzug als „schöne Zeit“ zu beschreiben sei; bei vielen geht diese Zuordnung auch noch bis weit in den Krieg hinein.<sup>16</sup> Ausgrenzung, Verfolgung und Beraubung der Anderen wurden kategorial nicht als solche erlebt, weil diese Anderen per definitionem gar nicht mehr dazugehörten und ihre antisoziale Behandlung den Binnenbereich der Moralität und Sozialität der Volksgemeinschaft nicht mehr berührte.

Ein besonders betrübliches Kapitel in diesem Zusammenhang bilden die so genannten Arierungen jüdischer Geschäfte und Unternehmen sowie die öffentlichen Versteigerungen von Wert- und Einrichtungsgegenständen aus jüdischem Besitz. Während insgesamt etwa 100 000 Betriebe im Zuge der „Arierung“ ihre Besitzer wechselten, lässt sich die Beteiligung an den Versteigerungen kaum noch quantifizieren, aber anhand von Beispielen wenigstens dimensionieren. In Hamburg etwa wurden 1941 die Ladungen von 2 699 Güterwagen und 45 Schiffen mit „Jugendgut“ versteigert; 100 000 Hamburger ersteigerten Möbel, Kleidungsstücke, Radios und Lampen, die aus etwa 30 000 jüdischen Familien stammten.<sup>17</sup> Hinzu kamen der vieltausendfache Besitzerwechsel von Immobilien, Autos und Kunstgegenständen. Gelegentlich wurden die Behörden mit der Bitte nach besonders begehrten Gütern bedrängt, noch bevor ihre rechtmäßigen Besitzer abtransportiert worden waren, und es werden Fälle geschildert, wo bei noch nicht deportierten Juden geklingelt wurde, damit man schon in

<sup>16</sup> Vgl. z. B. Lutz Niethammer/Alexander von Plato, „Wir kriegen jetzt andere Zeiten“, Bonn 1985; Harald Welzer/Robert Montau/Christine Pläß, „Was wir für böse Menschen sind!“ Der Nationalsozialismus im Gespräch zwischen den Generationen, Tübingen 1997; Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall, „Opa war kein Nazi!“ Nationalsozialismus und Holocaust im deutschen Familiengedächtnis, Frankfurt/M. 2002; E. Johnson/K.-H. Reuband (Anm. 8), S. 341.

<sup>17</sup> Vgl. G. Aly (Anm. 15), S. 154.

Augenschein nehmen konnte, was man auf der bereits angesetzten Versteigerung erwerben könne.<sup>18</sup>

Auch hier fallen Wissen und soziale Praxis in eins, und es wird ein Handlungszusammenhang sichtbar, in dem das veränderte Normengefüge nicht von oben nach unten durchgesetzt wird, sondern in dem auf praktische und sich verschärfende Weise das Verhältnis zwischen den Menschen entsolidarisiert wird und eine neue soziale „Normalität“ etabliert wird. In dieser Normalität mag es zwar ein Durchschnittsvolksgenosse noch 1941 für undenkbar halten, dass Juden standlos getötet werden, aber nichts Bemerkenswertes darin sehen, dass Ortsschilder verkünden, der entsprechende Ort sei „judenfrei“, dass Parkbänke nicht von Juden benutzt werden dürfen und auch nicht mehr darin, dass die jüdischen Bürger entrechtet und beraubt werden.

Vor diesem Hintergrund argumentierte in einem der Kriegsverbrecherprozesse ein Beamter des Auswärtigen Amtes, Albrecht von Kassel, als er aufgefordert wurde, zu erklären, was man unter dem Begriff „Endlösung“ verstanden habe:

„Dieser Ausdruck ‚Endlösung‘ ist ja in verschiedenem Sinne gebraucht worden. 1936 bedeutete Endlösung ja nur, dass die Juden alle Deutschland verlassen sollten, und dabei sollten sie allerdings ausgeplündert werden; es war nicht schön, aber auch nicht verbrecherisch . . .

Richter Maguire: War das soeben eine richtige Übersetzung?

Dr. Becker: Ich bitte Sie, noch einmal den Satz zu wiederholen.

Antwort: Ich habe gesagt, es war leider nicht schön, aber nicht verbrecherisch. Man wollte ihnen nicht ans Leben, sondern man wollte ihnen nur das Geld wegnehmen.“<sup>19</sup>

In einer solchen Aussage, der sich zahllose ähnliche hinzufügen ließen, dokumentiert sich die normative Verschiebung, die zwischen 1933 und 1941 stattgefunden hatte, in aller Klarheit, und diese Verschiebung umfasst auch die Definition dessen, was als Verbrechen betrachtet wurde und was nicht.

## Wissen über die Massentötungen

Wissen über Verbrechen setzt voraus, dass etwas als Verbrechen definiert ist. Da sich diese Definition mit der Entwicklung der nationalsozialistischen Gesellschaft stark verschoben hatte, geht es bei der Frage, was die Deutschen vom Holocaust wussten, primär um die Massenmorde und Vernichtungsaktionen, die mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 einsetzten und schließlich in den Vernichtungslagern kulminierten.<sup>20</sup> Die ersten der in diesem Zusammenhang stattfindenden „Judenaktionen“ betreffen die in den rückwärtigen Heeresgebieten lebenden Juden, die schon bis Ende 1941 in gigantischen Zahlen einer sich schnell professionalisierenden Mordpraxis zum Opfer fielen.<sup>21</sup> Informationen über diese systematischen Tötungen wurden wahrscheinlich vor allem in Form vereinzelter Gerüchte kommuniziert. Sowohl SS- wie Wehrmachtangehörige als auch Personen aus der Zivilverwaltung und der Wirtschaft berichteten vereinzelt in Feldpostbriefen und vermutlich weit öfter in direkten Kommunikationen von der Durchführung der so genannten Judenaktionen.

Im Herbst 1941 begannen die Deportationen der noch im Lande lebenden jüdischen Deutschen, sofern diese nicht mit einem nichtjüdischen Partner verheiratet waren oder in kriegswichtiger Produktion arbeiteten. Diese Deportationen fanden in aller Öffentlichkeit statt, weil die Opfer mit der Reichsbahn abtransportiert wurden und entweder mit Lastwagen oder in größeren oder kleineren bewachten Gruppen zu den Bahnhöfen gebracht wurden. Unabhängig davon, wie die Reaktion der örtlichen Bevölkerung jeweils ausfiel, kann kein vernünftiger Zweifel daran bestehen, dass die Deportationen als

<sup>18</sup> Vgl. Frank Bajohr/Dieter Pohl, *Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten*, München 2006, S. 30 ff.

<sup>19</sup> Zit. nach Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden*. Bd. III, Frankfurt/M. 1989, S. 1097.

<sup>20</sup> Vgl. Jochen Böhrer, *Auftakt zum Vernichtungskrieg. Die Wehrmacht in Polen 1939*, Frankfurt/M. 2006.

<sup>21</sup> Vgl. Peter Klein (Hrsg.), *Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/1942*, Berlin 1997.

solche allgemein bekannt waren. Nicht selten zogen sie große Mengen Zuschauer an, es wurde geklatscht, gejoht und kommentiert, und besonders Schulkinder taten sich durch Geschrei, Spott und Schmähungen hervor.<sup>122</sup> Es lässt sich freilich im Nachhinein nicht abschätzen, wie groß die Bevölkerungsanteile derjenigen gewesen sind, die das Spektakel mit eigenen Augen sehen wollten, und was die Haltung dazu auf Seiten derjenigen war, die diesen Ereignissen lieber fernblieben. Aber das Wissen darüber, dass jetzt die letzten im Land verbliebenen Juden gegen ihren Willen und unter Zwang „nach Osten“ transportiert wurden, war öffentliches Wissen.

Freilich klafften die Einschätzungen darüber, was die Deportationen für die Betroffenen bedeuteten, erheblich auseinander. So schreibt bereits am 24. Oktober 1941 eine nichtjüdische Hamburgerin an ihre Tochter über die Deportation ihrer jüdischen Nachbarn: „Wohin? Russland? Polen? Jedenfalls ins Verderben, in den sicheren Tod.“<sup>123</sup> Andere werden die Vorgänge in dem Glauben wahrgenommen haben, dass die Betroffenen zum „Arbeitseinsatz“ in den Osten geschickt würden, wie es die Propaganda suggerierte, und wieder andere lehnten die Deportationen ab, weil sie zu human seien und man die Leute doch gleich vor Ort erschießen solle, anstatt „die teuren Kohlen für den Transport“ aufzuwenden.<sup>124</sup>

Schließlich gab es zwei Nachrichtenquellen ganz gegensätzlicher Natur, die Wissen über die Massenmorde verbreiteten:<sup>125</sup> Es handelte sich zum einen um die alliierten Rundfunksender, namentlich die deutschsprachigen Sendungen der BBC sowie ab Ende 1942 erscheinende Artikel in der amerikanischen Presse über die systematische Vernichtung der Juden,<sup>126</sup> zum anderen um immer andeutungsreichere Artikel und Reden von Seiten der Führungselite des „Dritten Reiches“.

Vor dem Hintergrund zahlreicher Einzelbeobachtungen und -belege solcher Art kann man mit einiger Plausibilität davon ausgehen, dass sich ab etwa Mitte 1942 ein aus Gerüch-

ten, Andeutungen, Augenzeugenberichten und Teilinformationen bestehendes Wissen allgemein verbreitet hatte. Longerich hat argumentiert, dass es dem Regime zu diesem Zeitpunkt nicht mehr unwillkommen war, dass ein solches Wissen existierte, da die Absicht bestand, die Bevölkerung angesichts der sinkenden Siegeszuversicht in „Mithaftung“ für die Verbrechen zu nehmen und Systemtreue durch Komplizenschaft zu erzeugen.

Nun war das verbreitete Wissen um die Vernichtung der europäischen Juden eben kein lexikalisches und von irgendeiner Instanz beglaubigtes Wissen, sondern hatte die hybride Form des offenen Geheimnisses.<sup>127</sup> Diese spezifische Wissensform verdankte sich erstens ihrer inoffiziellen und verbotenen Quellen, zweitens ihrer Strafbewehrtheit als „Greuelpropaganda“ und drittens der unausgesprochenen, aber doch hinreichend deutlichen Betonung dessen, was geschah, in der Propaganda selbst. Kommunikation in der Form des offenen Geheimnisses stellt es dem auf diese Weise Wissenden frei, die Informationen als glaubhaft oder phantastisch, als authentisch oder als Feindpropaganda einzuschätzen. Es gibt ihm auch die Möglichkeit, sich im Nachhinein indifferent gegenüber dieser Art von Wissen zu verhalten: Schließlich besteht das Wesen eines Geheimnisses darin, nur von Eingeweihten gewusst zu werden.

Diese spezifische Form der Wissenskommunikation schlägt sich auch darin nieder, dass in der bereits erwähnten schriftlichen Befragung Mitte der 1990er Jahre nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten antworteten, sie hätten schon vor Ende des Krieges „gewusst“, „gehört“ oder „geahnt“, dass die Juden massenhaft getötet wurden.<sup>128</sup> Bleibt hier unklar, wie die Befragten selbst „Wissen“, „Hören“ und „Ahnen“ definieren, bleibt umgekehrt auch offen, welches „offene Geheimnis“ sich hinter jenen 62 Prozent der Befragten verbirgt, die angaben, nichts von all dem gewusst zu haben. Die Urheber dieser Studie sind übrigens unterschiedlicher Auffassung darüber, wie diese Zahlen zu interpretieren sind, und gehen schließlich von einer konservativen Schätzung von etwa einem Drittel und einer weniger conserva-

<sup>122</sup> Vgl. F. Bajohr/D. Pohl (Anm. 18), S. 47.

<sup>123</sup> Privatarchiv des Autors.

<sup>124</sup> F. Bajohr/D. Pohl (Anm. 18), S. 45.

<sup>125</sup> Vgl. ebd., S. 57.

<sup>126</sup> Vgl. P. Longerich (Anm. 3), S. 240.

<sup>127</sup> Vgl. F. Bajohr/D. Pohl (Anm. 18).

<sup>128</sup> Vgl. E. Johnson/K.-H. Reuband (Anm. 8), S. 369.

tiven von etwa der Hälfte der Bevölkerung aus, die Kenntnis von den Massenmorden hatten.<sup>129</sup>

Eine weitere Möglichkeit, changierende Phänomene wie Systemvertrauen, Skepsis oder Stimmung retrospektiv zu messen, besteht darin, Verhalten zu ermitteln – also etwa zu rekonstruieren, bis wann die Volksgenossen ihr Sparvermögen staatlichen Banken anvertrauten und ab wann es ihnen doch sicherer erschien, es zu privaten Geldinstituten zu tragen, oder herauszufinden versuchen, ab wann trauernde Familienangehörige mehrheitlich aufhörten, in Anzeigen mitzuteilen, der Sohn sei „für Führer, Volk und Vaterland“ gefallen, und stattdessen nur noch schlicht das Vaterland oder gar kein Moment der Sinngebung mehr erwähnten. So hat Götz Aly mittels einer „Adolf-Kurve“ erhoben, wie sich die Namensvorlieben von 1932 bis 1945 wandelten, wie die Zahl der Kirchenaustritte schwankte, wie sich das Sparverhalten änderte und in welchem Ausmaß der feine Unterschied im Heldentod markiert wurde. Mit den Ergebnissen solcher Untersuchungen lässt sich plausibel argumentieren, dass die Stimmung der Volksgenossinnen und -genossen zwischen 1937 und 1939 den Gipfel erreichte und erst ab 1941 rapide zu sinken begann.<sup>130</sup>

Eine weitere Informationsquelle für historisch vorhandenes Wissen liegt in der Analyse der latenten Gehalte von Zeitzeugenerzählungen, in denen zwischen den Zeilen und auch durchaus entgegen der Absicht der Erzähler Teile des offenen Geheimnisses offenbart werden. So fanden wir in einer unserer Interviewstudien das prägnante Beispiel einer alten Dame, die mitteilte, von der Judenverfolgung nichts wahrgenommen zu haben, aber in ihrer Erzählung die Struktur des fortschreitenden Verschwindens der Juden aus dem Alltag reproduzierte: „Ja, wir hatten ja *wenig* Juden. Die Geschäfte, die geschlossen wurden, daraus war ja noch nicht zu entnehmen, was in den Gaskammern geschah. Also, ja, wir hatten *ganz ganz wenig* Juden. Im Grunde genommen fiel das nicht so auf. Erschütternd war diese Kristallnacht, und an unserer Schule war dann plötzlich die Tochter

des Rabbiners nicht mehr da. Aber das war *die einzige Jüdin* an unserem Oberlyceum, die ich kannte. Und die konnte ja auch ausgewandert sein oder sonst wie. Es ist ja etlichen auch gelungen. Ob die nun inhaftiert war oder ausgewandert, das konnten wir nicht feststellen. Wir hatten ja auch keinen persönlichen Kontakt, die war sechs Jahre älter, in einer anderen Klasse, also *die kannte ich nicht, und sie hätte mich auch nicht gekannt.*“<sup>131</sup>

Auf der Ebene der Erzählstruktur ist der Ausgrenzungs- und Verfolgungsprozess, in dem die Juden immer weniger werden und schließlich ganz verschwunden sind, durchaus präsent, und zahlreiche Zeitzeugenerzählungen offenbaren bei genauerer Betrachtung analoge Strukturen. Das verweist einmal mehr auf den schillernden Charakter dessen, was unter dem Begriff „Wissen über die Judenvernichtung“ zu verstehen ist.

Insgesamt wird man resümieren können, dass ein Wissen über die verbrecherische Behandlung der Juden im Vorfeld der Vernichtung zu annähernd 100 Prozent verbreitet war, aber zunehmend weniger als verbrecherisch empfunden und eingeordnet wurde. Über manifeste Informationen hinsichtlich der Massenvernichtungen, die ab 1941 stattfanden, verfügten mit einiger Wahrscheinlichkeit zwischen einem Drittel und der Hälfte der Zeitgenossen, während ein nicht quantifizierbarer weiterer Anteil der Bevölkerung über Wissen in Form des offenen Geheimnisses verfügte. Diese Form des Wissens hat den Vorteil, dass man sich von ihm im Nachhinein problemlos distanzieren kann, und zwar nach innen wie nach außen.

Genau davon legt der gebetsmühlenhaft wiederholte Satz Zeugnis ab, dass man ja „nichts gewusst“ habe. Leider spricht alle historische und sozialpsychologische Evidenz dafür, dass das nicht wahr ist. Noch bedrückender erscheint, dass manches darauf hindeutet, dass die Judenverfolgung die Zustimmungsbereitschaft der nichtjüdischen Deutschen zum Nationalsozialismus nicht behinderte, sondern förderte.

<sup>129</sup> Vgl. ebd., S. 397.

<sup>130</sup> Vgl. Götz Aly (Hrsg.), *Volkes Stimme*, Frankfurt/M. 2006.

<sup>131</sup> H. Welzer u. a. 1997 (Anm. 16), S. 69 ff.

Beate Kosmala

# Stille Helden

Erst in den vergangenen Jahren ist das öffentliche Interesse an Lebensgeschichten von Menschen gewachsen, die während der nationalsozialistischen Diktatur verfolgten Juden halfen. Auch die wissenschaftliche Erforschung dieses Themas begann spät: Zwischen 1997 und 2002 gab es am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin ein Forschungsprojekt zur „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945“.<sup>1</sup> Kurz darauf setzte um den Freiburger Militärgeschichtswissenschaftler Wolfram Wette die Erforschung einzelner Rettungsaktionen von Wehrmachtangehörigen und anderen Deutschen in den besetzten Ländern ein.

## Beate Kosmala

Dr. phil., geb. 1949; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße 13–14, 10785 Berlin. kosmala@gdw-berlin.de

Die Frage nach der Rettung ist untrennbar mit der Dimension der Vernichtung verbunden. Um das Phänomen von Hilfe und Rettung in seiner historischen Bedeutung rekonstruieren zu können, bedurfte es der Holocaustforschung, die erst in den 1980er Jahren zu einer historischen Teildisziplin wurde. Erst die Forschung der vergangenen Jahre vermittelt ein vollständigeres Bild von den Deportationen aus Deutschland,<sup>2</sup> eine deutlichere Vorstellung von der Wahrnehmung der Deportationen in der deutschen Bevölkerung und ihren Reaktionen, vom Wissen über den Genozid. Diese Bereiche der NS- und Holocaustforschung stehen in engem Zusammenhang mit der Frage, ob und wie sich die Gruppe der Helfer von der Bevölkerungsmehrheit unterschied und was die spezifische Qualität ihres Handelns ausmacht.

Die Forschung über die Rettung von Juden kann sich nicht auf das Verhalten der deutschen Bevölkerung bzw. der Gruppe der Helfer beschränken, sondern muss die Deutung des Geschehens durch die Betroffenen einbeziehen. Die 164 000 als Juden Verfolgten, die Anfang Oktober 1941 noch in Deutschland lebten, waren eine isolierte und statistisch gesehen verarmte und überalterte Gruppe; ein

großer Teil stand im Zwangsarbeitseinsatz.<sup>3</sup> Als am 15. Oktober 1941 die „Evakuierungen“ begannen, waren deren tödliche Folgen für die Betroffenen nicht absehbar. Dass sich viele schon im Herbst und Winter 1941 verzweifelt bemühten, der Deportation zu entkommen, zeigen zahlreiche Versuche, über bezahlte „Mittler“ die Zurückstellung von der „Evakuierung“ zu erreichen.<sup>4</sup> Im Folgenden wird die Darstellung der Hilfeleistungen für Juden auf den Zeitraum vom Oktober 1941 bis 1945 fokussiert.

## Die Verfolgten

Zeitgenössische Quellen – Tagebücher bzw. Briefe – stehen kaum zur Verfügung, da die Untergetauchten jeglichen Hinweis auf ihre Identität vermeiden mussten. Doch auch Nachkriegsberichte lassen Rückschlüsse auf die Reaktionen der Opfer zu.<sup>5</sup> Anna Drach,

<sup>1</sup> Die Forschung des TU-Projektes bezog sich auf das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937. Es entstand eine Datenbank mit 3000 Datensätzen von Helfern bzw. 2600 von Verfolgten. Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), *Überleben im Dritten Reich. Juden im Untergrund und ihre Helfer*, München 2003; Beate Kosmala/Claudia Schoppmann, *Überleben im Untergrund. Hilfe für Juden in Deutschland 1941–1945*, Berlin 2002. Seit 2005 wird diese Datenbank an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand auf der Basis neuer Aktenbestände ergänzt. Dort wird eine ständige Ausstellung für die zentrale Gedenkstätte „Stille Helden“ vorbereitet; die Eröffnung ist für 2008 geplant. Künftig werden auch Rettungsaktionen von Deutschen in den besetzten Ländern einbezogen. Vgl. Wolfram Wette (Hrsg.), *Retter in Uniform*, Frankfurt/M. 2002; ders. (Hrsg.), *Zivilcourage. Empörte, Helfer und Retter aus Wehrmacht, Polizei und SS*, Frankfurt/M. 2004.

<sup>2</sup> Vgl. Alfred Gottwald/Diana Schulle, *Die „Judentransporte“ aus dem Deutschen Reich 1941–1945*, Wiesbaden 2005; Wolf Gruner, *Von der Kollektivausweisung zur Deportation der Juden aus Deutschland (1938–1939)*, in: Birthe Kundrus/Beate Meyer, *Die Deportation der Juden aus Deutschland. Pläne–Praxis–Reaktionen 1938–1945*, Göttingen 2004, S. 21–62.

<sup>3</sup> Vgl. Wolf Gruner, *Der geschlossene Arbeitseinsatz deutscher Juden*, Berlin 1997.

<sup>4</sup> Vgl. Susanne Willems, *Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungspolitik für den Berliner Hauptstadtbau*, Berlin 2002, S. 327–355.

<sup>5</sup> Vgl. Beate Kosmala, *Zwischen Ahnen und Wissen. Die Flucht vor der Deportation (1941–1945)*, in: B. Kundrus/B. Meyer (Anm. 2), S. 135–159. Die Zeitzeugenberichte stammen aus der Wiener Library, der Sammlung von Dr. Ball-Kaduri und dem Archiv des Leo Baeck Instituts (LBI) New York; Signaturen nach Yad Vashem Archives (YVA), Jerusalem.

als Krankenpflegerin im Jüdischen Krankenhaus in Berlin an den Deportationsvorbereitungen beteiligt, schreibt über die frühen Transporte: „Damals glaubten noch alle an die ‚Umsiedlung‘.“<sup>16</sup> Dies galt auch für den Anwalt Alfred Cassierer: „Wir dachten, es wird in Polen nicht so gemütlich sein, aber man wird leben können.“<sup>17</sup> Die Tatsache, dass die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zur Mitwirkung an den Deportationen gezwungen wurde, machte es für die jüdische Bevölkerung noch schwerer, frühzeitig einen Ausweg zu suchen.<sup>18</sup> Nach einigen Monaten zogen die Zurückgebliebenen Schlussfolgerungen aus dem Verschwinden ihrer Angehörigen. Lotte Thelma, die sich Ende Februar 1943 in Berlin versteckte, musste feststellen, dass von ihrer im November 1941 nach Lodz deportierten Schwester seit April 1942 kein Lebenszeichen mehr kam.<sup>19</sup>

Im Sommer 1942 zeichnete sich für viele die Absicht der Deportation immer deutlicher ab. Ruth Abraham äußert über den Abschied von ihren Eltern: „Sie wussten, dass es ihr Ende war, sie trösteten mich und prophezeiten, das Kind, das ich unter meinem Herzen trage, wird mich vor dem Untergang retten.“<sup>10</sup> Andere glaubten den Informationen nicht, etwa Ruth Abrahams Angehörige: „Mein Schwager (. . .) hatte die Illusion, dass er im KZ weiter arbeiten werde, wie er das bisher getan hatte und es so überleben werde, und meine Schwester und die Kinder mussten sich ihm fügen.“<sup>11</sup> Selly Dyck, die am 8. Januar 1943 ihren Eltern vor der Deportation beim Packen half, berichtet: „Während sich die Gestapoleute und ihre jüdischen Begleiter zum Essen setzten, verschwand ich aus der Wohnung. Diesen Schritt hatte ich mit meiner Mutter verabredet (. . .). Wie uns allen dabei ums Herz war, kann man sich schwer vorstellen.“<sup>12</sup>

1942 waren die Massenverbrechen an den Juden in Osteuropa ein „offenes Geheim-

<sup>16</sup> YVA 02/417, S. 1.

<sup>17</sup> YVA 01/198, S. 1.

<sup>18</sup> Vgl. Beate Meyer, Das unausweichliche Dilemma: Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, die Deportationen und die untergetauchten Juden, in: B. Kosmala/C. Schoppmann (Anm. 1), S. 273–298.

<sup>19</sup> YVA 02/346, S. 2.

<sup>10</sup> LBI New York, M.E. 564, S. 6. Siehe auch: Reha und Al Sokolow, Ruth und Maria. Eine Freundschaft auf Leben und Tod, Berlin 2006.

<sup>11</sup> LBI New York, M.E. 564, S. 8.

<sup>12</sup> YVA 02/754, S. 5.

nis“.<sup>13</sup> Soldaten, die von der Ostfront Briefe schrieben oder während ihres Heimaturlaubs über ihre Erlebnisse sprachen, waren eine wichtige Quelle. Die Juden lebten nicht abgeschottet von Kontakten zur nichtjüdischen Bevölkerung.<sup>14</sup> „Bei dem verbotenen Besuch von Bars, Theatern usw. geschah es nun manchmal, dass man mit Soldaten oder Zivilpersonen zusammentraf, die ohne zu wissen, wen sie vor sich hatten, berichteten, dass sie bei Reisen durch besetzte Gebiete im Osten gesehen hatten, wie deportierte Juden auf teils grausame, teils raffinierte Weise ermordet worden waren“, schreibt der junge Kurt Lindenberg. Er habe sich gesagt, es sei besser, im Tiergarten zu erfrieren, „als in Polen an Cholera oder Flecktyphus zu krepieren oder dort abgeschlachtet zu werden“.<sup>15</sup> In manchen Zeitzeugenberichten wird darauf hingewiesen, dass die Verfolgten von nichtjüdischen Deutschen vor der Deportation gewarnt worden seien. Im November 1942 appellierte die Berliner Wäschereihinhaberin Emma Gumz an Ella und Inge Deutschkron, sich nicht deportieren zu lassen. Sie habe vom Nachbarssohn, einem Soldaten, erfahren, was er gesehen habe.<sup>16</sup>

Das neu bearbeitete Gedenkbuch enthält die Namen aller Deportierten, informiert aber nicht über untergetauchte Juden.<sup>17</sup> Die bei der Arbeit am Berliner Gedenkbuch<sup>18</sup> entstandene Datenbank enthält Angaben zu rund 3 500 jüdischen Personen, die „illegal“ gelebt haben, auch solchen, die schließlich doch verhaftet und deportiert wurden. Bis zu 12 000 als Juden Verfolgte tauchten im Deutschen Reich unter,<sup>19</sup> davon bis zu 7 000 in

<sup>13</sup> Frank Bajohr/Dieter Pohl, Der Holocaust als offenes Geheimnis. Die Deutschen, die NS-Führung und die Alliierten, München 2006; vgl. auch Peter Longe- rich, „Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945, München 2006.

<sup>14</sup> Vgl. Marion Kaplan, Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazideutschland, Berlin 2003, S. 207.

<sup>15</sup> YVA 02/33, S. 5.

<sup>16</sup> Vgl. Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, München 2001<sup>18</sup>, S. 193 f.

<sup>17</sup> Vgl. Gedenkbuch. Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945, Bde. I–IV, hrsg. vom Bundesarchiv, Koblenz 2006.

<sup>18</sup> Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, FU Berlin 1995.

<sup>19</sup> Bei Wolfgang Benz, Überleben im Untergrund 1943–1945, in: ders. (Hrsg.), Die Juden in Deutsch-

Berlin. Wie viele in der „Illegalität“ überlebten, ist allenfalls für die Reichshauptstadt annähernd feststellbar. Die Liste der Alliierten über in Berlin registrierte Juden vom August 1945 enthält die Namen von 1314 Personen.<sup>120</sup> Durch die Bearbeitung neuer Aktenbestände wird die Zahl von mehr als 1500 Berliner Untergetauchten nach oben korrigiert werden können.<sup>121</sup>

Zwischen der zunehmenden Gewissheit der Betroffenen über die geplante Ermordung und der allmählich steigenden Zahl derer, die in den Untergrund flüchteten, besteht ein deutlicher Zusammenhang. Von rund 1000 registrierten Fällen, in denen der genaue Zeitpunkt des Untertauchens bekannt ist, flüchteten 52 Prozent erst 1943 in den Untergrund, die meisten im Zusammenhang mit der so genannten Fabrik-Aktion.<sup>122</sup> Trotz dieser reichsweiten Großrazzia auf jüdische Zwangsarbeiter und ihre Angehörigen am 27. Februar 1943 konnten in Berlin mindestens 4000 Zwangsarbeiter untertauchen, weil sie zufällig dem Arbeitsplatz fern geblieben waren, in letzter Sekunde hatten flüchten können oder gewarnt worden waren: Die Razzia war den Firmen vorher bekannt gewesen. Anfang März wurden fast 8000 Berliner Juden nach Auschwitz deportiert, etwa zwei Drittel der Opfer der Fabrik-Aktion.<sup>123</sup> Geht man von 73000 Juden aus, die vor Beginn der Deportationen noch in

Berlin lebten, und nimmt einen Mittelwert von 6000 Untergetauchten an, haben etwa acht Prozent versucht, sich durch die Flucht zu entziehen. Nur etwa ein Viertel von ihnen hat die Befreiung erlebt. Eine unbekannte Zahl kam durch die Bombardierungen ums Leben, andere fielen Straßenkontrollen zum Opfer oder wurden verraten. Eine besondere Gefahr waren die etwa 30 jüdischen Fahnder („Greifer“), die von der Gestapo angesetzt wurden, „Illegale“ aufzuspüren.<sup>124</sup>

Schlussfolgerungen aus eigenen Beobachtungen aus dem nichtjüdischen Umfeld zu ziehen, war fast nur Berliner Juden möglich. In anderen Großstädten war die Deportation der „Volljuden“ im Herbst 1942 nahezu abgeschlossen.<sup>125</sup> Allerdings waren 1944 und 1945 auch zahlreiche jüdische Partner und Kinder aus „Mischehen“ von Deportation bedroht und verbargen sich bei „arischen“ Verwandten oder anderen Helfern.<sup>126</sup> Die Unterstützung von Nichtjuden war unabdingbar.<sup>127</sup>

## Die Helfer

In der Inlandspropaganda wurde zu den Deportationen geschwiegen; die Zeitungsleser erhielten nach dem 15. Oktober 1941 zumindest Hinweise auf das Schicksal der Juden.<sup>128</sup> Auch gingen die Deportationen „vor aller Augen“ vor sich. Da in Teilen der Bevölkerung Bedenken spürbar wurden (Goebbels: „Humanitätsgefühl der intellektuellen und gesellschaftlichen Schichten“), brach der Propagandaminister Ende Oktober 1941 eine an-

land 1933–1945, München 1988<sup>2</sup>, S. 660: „annähernd 10.000“; Konrad Kwiet/Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um die Existenz und Menschenwürde 1933–1945, Hamburg 1984, S. 150, nennen 10000 bis 12000 (inkl. besetzte Gebiete); Gerald Reitlinger, Die Endlösung, Berlin 1961<sup>4</sup>, S. 180 nennt für Berlin (Mitte 1943) etwa 9000 Untergetauchte.

<sup>120</sup> Vgl. Verzeichnis der nach der Befreiung durch die Alliierten in Berlin registrierten Juden, August 1945, in: Jüdische Gemeinde zu Berlin (Bibliothek). Das Mitgliederverzeichnis der Jüdischen Gemeinde vom Juli 1947 bestätigt diese Größenordnung in etwa mit der Zahl 1379.

<sup>121</sup> Die systematische Erhebung der OdF-Akten im Landesarchiv Berlin und im Archiv des Centrums Judaicum Berlin; Bestände in der Behörde der BStU über Juden in der DDR.

<sup>122</sup> Vgl. Claudia Schoppmann, Die „Fabrikaktion“ in Berlin: Hilfe für untergetauchte Juden als Form humanitären Widerstands, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, (2005) 2, S. 138–148, hier S. 141 f.

<sup>123</sup> Vgl. Wolf Gruner, Widerstand in der Rosenstraße. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der „Mischehen“ 1943, Frankfurt/M. 2005.

<sup>124</sup> Zum „jüdischen Fahndungsdienst“ vgl. Doris Tausenfreund, Erzwungener Verrat. Jüdische „Greifer“ im Dienst der Gestapo 1943–1945, Berlin 2006.

<sup>125</sup> Dies gilt für Frankfurt/M., Hamburg und München. Beate Meyer weist für Hamburg nach, dass nur wenig mehr als 50 Verfolgte, die überwiegend nach den Luftangriffen im Sommer 1943 flüchteten, unter falscher Identität überlebten: „A conto Zukunft“. Hilfe und Rettung für untergetauchte Hamburger Juden, in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 88 (2002), S. 205–233. In Frankfurt/M. konnten bis zu 20 als „Volljuden“ klassifizierte Personen ermittelt werden, die vor der Deportation flüchteten. Vgl. dazu Monica Kingreen, Verfolgung und Rettung in Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region, in: B. Kosmala/C. Schoppmann (Anm. 1), S. 167–190.

<sup>126</sup> Vgl. Wolfram Wette (Hrsg.), Stille Helden. Judenretter im Dreiländereck während des Zweiten Weltkriegs, Freiburg 2005.

<sup>127</sup> Vgl. Wolfgang Benz, Juden im Untergrund und ihre Helfer, in: ders. (Anm. 1), S. 11–48.

<sup>128</sup> Vgl. P. Longenrich (Anm. 13), S. 182 ff.

tisemitische Kampagne vom Zaun, die den Juden die Schuld am Krieg aufbürdete: Man werde diejenigen, die sich zu Juden freundlich verhielten, wie Juden behandeln.<sup>129</sup> Völlerorts machte die Gestapo ernst: Frauen, die jüdischen Bekannten Lebensmittel brachten, wurden mit der Begründung in „Schutzhaft“ genommen, sie hätten „die Maßnahmen der Reichsregierung zur Ausschaltung der Juden aus der Volksgemeinschaft“ sabotiert.<sup>130</sup>

Gehen wir von 6 000 Untergetauchten in der Vier-Millionen-Metropole Berlin aus und veranschlagen durchschnittlich sieben helfende Personen für einen Verfolgten, kann man eine Zahl von über 30 000 Helfern annehmen. Sie gehören zu dem kleinen Teil der deutschen Bevölkerung, der sich nicht in die Triade aktiver Zustimmung, Zurückhaltung und kritischer Distanz einfügten. Die Frage nach den Motiven derer, die sich über die Einschüchterungsversuche des Regimes hinwegsetzten, ist schwierig zu beantworten. Nur wenige schriftliche Selbstzeugnisse liegen vor.<sup>131</sup> Da ihr Durchschnittsalter zur Zeit der Hilfeleistung zwischen 40 und 50 Jahren lag, lebten 1990 nur noch wenige. Ein Glücksfall für die Forschung ist die Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“ von 1958 bis 1966, die Innensenator Joachim Lippschitz ins Leben rief, um (West-) Berliner Bürger, die Verfolgte (in den meisten Fällen Juden) unterstützt und versteckt hatten, zu würdigen. In rund 1 500 Akten finden sich Personalien und Äußerungen von Helfern und Verfolgten, welche die Rekonstruktion von Rettungsgeschichten ermöglichen.<sup>132</sup> Dies gilt auch für die rund 250 einschlägigen Bundesverdienstkreuz-Akten und die Files der „Gerechten unter den Völkern“ der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem.

Anders, als es sich Goebbels vorgestellt hatte, kamen die Helfer aus allen sozialen Schichten, gehörten unterschiedlichen Kon-

fessionen und politischen Richtungen an oder waren nichtreligiös und unpolitisch. Viele verfügten weder über bedeutende finanzielle Mittel oder große Wohnungen, noch waren sie besonders gebildet oder hatten wichtige Kontakte. Die meisten waren wohl das, was man als „gewöhnliche“ Deutsche bezeichnet. Nicht alle handelten uneigennützig. Einige nutzten die Notlage der Verfolgten aus, indem sie Gegenleistungen forderten, auch sexuelle. Herbert Strauss, der in Berlin „illegal“ lebte: „Wer daher die Motive ‚erforscht‘, die diese Menschen dazu bewegen, uns gejagten Juden zu helfen, wird allzu leicht ein liebenswertes, aber arg vereinfachtes Bild von ihnen zeichnen (. . .).“<sup>133</sup> Drei der wichtigsten Motive sollen im Folgenden skizziert werden.

*Solidarisches Handeln:* Ein kleinerer, aber herausragender Teil der Helfer hegte von Anfang an keine Zweifel am verbrecherischen Charakter des Regimes. Oft konnten sie aufgrund ihrer beruflichen und sozialen Situation Hilfe leisten. Meist agierten sie in Netzwerken, die sich entweder auf frühere Zusammenhänge stützten (Kirchen, Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalkonservative) oder die sie neu zu knüpfen wussten.<sup>134</sup> Gertrud Luckner, Fürsorgerin beim Deutschen Caritasverband Freiburg, setzte sich 1940 für die aus Wien in den Distrikt Lublin Deportierten ebenso ein wie für die aus Baden nach Gurs verschleppten Juden. In ihrer Position als Beauftragte des Freiburger Erzbischofs suchte sie Kontakte zur Bekennenden Kirche, den Quäkern und zu katholischen Kreisen; sie ließ Pässe fälschen und verhalf Verfolgten zur Flucht. Zunächst setzte sie sich für katholische „Nichtarier“, ab 1942 auch für untergetauchte „Glaubensjuden“ ein, bis sie im März 1943 verhaftet und wegen „projüdischer Betätigung und Verbindung mit staatsfeindlichen Kreisen“ ins KZ Ravensbrück eingewiesen wurde.

Harald Poelchau, Gefängnispfarrer in Berlin-Tegel, gehört als Mitglied des Kreisauer Kreises zu den herausragenden Gestalten des deutschen Widerstands. Lange Zeit kaum bekannt war sein Einsatz zur Rettung von

<sup>129</sup> Vgl. ebd., S. 193.

<sup>130</sup> Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 518, Nr. 6713. Vgl. Beate Kosmala, Missglückte Hilfe und ihre Folgen, in: dies./C. Schoppmann (Anm. 1), S. 205–222.

<sup>131</sup> Vgl. Ruth-Andreas Friedrich, *Der Schattenmann*, Frankfurt/M. 1947; Harald Poelchau, *Die Ordnung der Bedrängten*, Berlin 1963; Maria Gräfin von Maltzan, *Schlage die Trommel und fürchte dich nicht*, Frankfurt/M.-Berlin 1988.

<sup>132</sup> Vgl. Dennis Riffel, *Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966*, Berlin 2007.

<sup>133</sup> Herbert A. Strauss, *Über dem Abgrund. Eine jüdische Jugend in Deutschland 1918–1943*, Berlin 1999, S. 294.

<sup>134</sup> Die Gruppen werden ausführlicher dargestellt in: Beate Kosmala, *Zivilcourage in extremer Situation. Retterinnen und Retter von Juden im „Dritten Reich“*, in: *Zivilcourage lernen*, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2004, S. 106–116.

Juden. Auch Poelchau schuf sich ein Netz von Helfern.<sup>35</sup> Er stand mit der Dahlemer Bekenntnisgemeinde in Verbindung und arbeitete mit der Widerstandsgruppe „Onkel Emil“ um Ruth Andreas Friedrich zusammen, deren Mitglieder aus ethisch-humanitären Motiven Verfolgte unterstützten. Poelchaus Verbindungen reichten weit über Berlin hinaus.<sup>36</sup> Weniger bekannt ist Elisabeth Abegg mit ihrem Helfernetz, das Verstecke in Berlin, Brandenburg, Ostpreußen und im Elsass vermittelte. Auch sie war sozial engagiert und rettete zahlreiche Untergetauchte, ohne dass die Hilfe entdeckt wurde. Ihr Netz bestand aus NS-Gegnern verschiedener konfessioneller und politischer Orientierung. Die 1933 zwangspensionierte Studienrätin stand der Sozialdemokratie und der Frauenbewegung nahe und trat 1940 den Quäkern bei.<sup>37</sup> Eine Studie rekonstruiert die Struktur des Berliner Retternetzes um Helene Jacobs und den „Nichtarier“ Franz Kaufmann mit vier Helferbündnissen, die in der Bekennenden Kirche verwurzelt waren.<sup>38</sup> Eine Verbindung von politischem Widerstand gegen das Regime und Hilfe für Juden stellt die aus Juden und Nichtjuden bestehende Gemeinschaft für Frieden und Aufbau in Berlin und in Luckenwalde dar. Der als Jude Verfolgte Werner Scharff und der „arische“ Justizangestellte Hans Winkler mobilisierten Ressourcen für die Unterbringung von Juden und verteilten Flugblätter. Zur Gruppe gehörten NSDAP-Mitglieder, Kommunisten, Soldaten und Unpolitische.<sup>39</sup>

*Hilfsangebote in bestimmten Situationen:* Personen, die vor und nach ihren Hilfeleistungen nie öffentlich in Erscheinung traten, er-

<sup>35</sup> Vgl. Beate Kosmala, Zuflucht in Potsdam bei Christen der Bekennenden Kirche, in: W. Benz (Anm. 1), S. 113–130.

<sup>36</sup> Vgl. Klaus Harpprecht/Harald Poelchau, Ein Leben im Widerstand, Reinbek 2004; Henriette Schupener, „Nichts war umsonst“ – Harald Poelchau und der deutsche Widerstand, hrsg. von Joachim Scholtyseck und Fritz Delp, Berlin 2006.

<sup>37</sup> Vgl. Martina Voigt, Grüße von „Ferdinand“. Elisabeth Abeggs vielfältiger Einsatz für Verfolgte, in: Beate Kosmala/Claudia Schoppmann (Hrsg.) für den Förderverein Blinder Vertrauen e.V. des Museums Blindenwerkstatt Otto Weidt, Sie blieben unsichtbar. Zeugnisse aus den Jahren 1941 bis 1945, Berlin 2006, S. 104–116.

<sup>38</sup> Vgl. Katrin Rudolph, Hilfe beim Sprung ins Nichts, Berlin 2005.

<sup>39</sup> Vgl. Barbara Schieb, Die Gemeinschaft Frieden und Aufbau, in: Johannes Tuchel (Hrsg.), Der vergessene Widerstand, Göttingen 2005, S. 97–113.

griffen in einer bestimmten Situation die Initiative. Der Berliner Herrenschneider Richard Gustke gehörte dazu. Der jüdische Zwangsarbeiter Fritz Pagel kannte ihn aus der Vorkriegszeit und beschreibt ihn als Nazi-Gegner, der sich durch ausländische Rundfunksendungen über den Kriegsverlauf informierte. Gustke bot Pagel Ende 1942 an, die vierköpfige Familie in seinem Wochenendhaus in Brandenburg unterzubringen. Im Januar 1943 kam der Familienvater auf das Angebot zurück. Nach einem halben Jahr wurden Nachbarn auf die unbekanntenen Bewohner aufmerksam. Die Polizei verlangte von Gustke, die Arbeitsbücher seines „Mieters“ und dessen 18-jährigen Sohnes vorzulegen. Die Untergetauchten mussten fliehen, wurden bei einer Straßenkontrolle aufgegriffen und deportiert. Nur Fritz Pagel überlebte Auschwitz.

Maria Nickel, Ehefrau eines Lkw-Fahrers und Mutter von zwei kleinen Kindern, gehört zu den zahlreichen „einfachen“ Berlinerinnen, die Leben retteten. Im November 1942 beobachtete die katholische Hausfrau in ihrer Nachbarschaft jüdische Zwangsarbeiterinnen auf dem Weg zur Fabrik in Kreuzberg und beschloss, einer von ihnen, einer schwangeren Frau, zu helfen. Im Januar 1943 ließ sie für Ruth Abraham einen Postausweis auf ihren Namen ausstellen und überließ Walter Abraham den Führerschein ihres Mannes. Mit diesen Ausweisen tauchten die Abrahams nach der Geburt ihrer Tochter unter. Bei einer Polizeikontrolle wurden die Dokumente eingezogen, die Abrahams konnten jedoch entkommen. Die Gestapo drohte Nickel, ihr die Kinder wegzunehmen und sie in ein Arbeitserziehungslager einzuweisen, wenn man ihr „Judenbegünstigung“ nachweisen könne. Die Frau ließ sich nicht beirren und unterstützte die Verfolgten weiter.<sup>40</sup>

*Reaktives Handeln:* Ein Großteil der Hilfeleistungen kam zustande, weil zum Untertauchen entschlossene Juden nichtjüdische Bekannte, ehemalige Patienten, Kunden, Kollegen oder sogar Unbekannte direkt um Hilfe baten. Alice Löwenthal: „Tagelang bat ich abwechselnd bei verschiedenen christlichen Freunden um eine Unterkunft wenigstens für eine Nacht. Ich habe sie bei Menschen gefunden, an deren Hilfsbereitschaft ich früher nie

<sup>40</sup> Sokolow, Ruth und Maria; Landesarchiv Berlin, Akte Unbesungene Helden, Nr. 599.

gedacht hatte. Ich habe aber auch Ablehnung jeder nur kleinsten Hilfe erfahren bei Menschen, die sich früher in guten Zeiten als meine besten Freunde bezeichnet hatten.“<sup>141</sup> Wanda Feuerherm, eine Näherin aus Berlin-Lichtenberg, gehört zu denen, die eine solche Bitte nicht abschlug. Als sie Ende 1942 von Erna Segal, der Frau eines ihr bekannten jüdischen Pelzhändlers, gebeten wurde, die 18-jährige Tochter zu verstecken, willigte sie ein.<sup>142</sup> An diesem Beispiel lassen sich zentrale Aspekte der Hilfe zeigen: HelferIn und Verfolgte kannten sich schon vor dem Krieg; die Initiative ging von den Verfolgten aus; Feuerherm gehört zu den zahlreichen Frauen, die Juden versteckten, während der Ehemann als Soldat an der Front war. Weit mehr als die Hälfte der bekannt gewordenen Hilfeleistenden waren Frauen.

Die Untersuchung missglückter Hilfeleistungen vermittelt den Eindruck, dass das Risiko kaum kalkulierbar war: Einweisung in ein Konzentrationslager (in einigen Fällen mit Todesfolge), Gefängnis- und Zuchthausstrafen, relativ kurze Haft im Gestapo-Gefängnis, Verwarnungen und Einschüchterungen oder auch nur geringfügige Geldbußen. Zuweilen geschah es, dass untergetauchte Juden aus der Wohnung ihrer Helfer heraus verhaftet wurden, ohne dass die Helfer belangt wurden.

## Die Gedenkstätte „Stille Helden“

Durch den Aufbau der Gedenkstätte „Stille Helden“ in der Rosenthaler Straße in Berlin entsteht in enger räumlicher und inhaltlicher Nähe zum Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt ein Gedächtnisort für die jahrzehntelang sowohl in der öffentlichen Wahrnehmung als auch in der Widerstandsgeschichte kaum beachteten Helfer<sup>143</sup> wie für die Verfolgten. Dies geschieht im Auftrag des Bundesbeauftragten für Kultur und Medien und wird gefördert mit Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Ziel der Dauerausstellung ist es, die Hilfe für Juden in der NS-Zeit möglichst in allen Aus-

<sup>141</sup> YVA 02/622, S. 4.

<sup>142</sup> Yad Vashem Jerusalem, Department of the Righteous Among the Nations, ger 3782.

<sup>143</sup> Vgl. Peter Steinbach, „Unbesungene Helden“, in: Günther B. Ginzler (Hrsg.), Mut zur Menschlichkeit, Köln–Bonn 1993, S. 183–203.

prägungen darzustellen, auch mit ihren problematischen Seiten. Natürlich gibt es wichtige Parallelen zwischen den Hilfeleistungen für Juden und denen für andere verfolgte Gruppen, doch hat die Hilfe für Juden paradigmatischen Charakter: Sie standen in der NS-Ideologie auf der untersten Stufe der „Rassenhierarchie“, und seit 1939, verstärkt seit 1941, wurden sie als die Schuldigen am Krieg und als Feinde des deutschen Volkes par excellence gebrandmarkt.

Die Bezeichnung „Stille Helden“ entspricht dem Wunsch ehemaliger Verfolgter, die dank mutiger Helfer die „Illegalität“ überstanden haben. Inzwischen wird dieser Ausdruck in der Literatur und den Medien verwendet, löst aber auch Abwehr aus, oft gerade bei den so bezeichneten Helfern, die sich nicht als Helden stilisiert sehen wollen. Auf jeden Fall fordert diese Bezeichnung zur Diskussion heraus.

Von der Gedenkstätte könnte man erwarten, insbesondere jugendlichen Besuchern Identifikationsmöglichkeiten oder gar Vorbilder anbieten zu können, doch in einer direkten Übertragung wird dies nicht funktionieren. Die Geschichten der Verfolgten und ihrer Helfer können aber wichtige Erkenntnisse zur NS-Diktatur vermitteln: Die Helfer, eine kleine Minderheit, die ihr Handeln meist nicht als Widerstand, sondern als selbstverständlich und „normal“ definierten, widerlegen die Entschuldigung vieler Deutscher nach dem Krieg, gegen den Terror habe man nichts tun können. Ihre Geschichten zeigen, dass es Handlungsalternativen gab, die zwar riskant waren, aber nicht von vornherein todesbereiten Widerstand verlangten. Es gilt, die Handlungsmöglichkeiten und Zwangslagen von Helfern und Verfolgten in der Diktatur auszuloten.

Die Auseinandersetzung mit dem Handeln der Helfer, das immer wieder als Zivilcourage charakterisiert wird, wirft Fragen auf: Werden die Hilfeleistungen für Juden in der NS-Zeit mit der Bezeichnung „zivilcouragiertes Handeln“, das eher ein Element demokratischer Alltagspraxis ist, hinreichend erfasst? Solche Überlegungen können zum Überdenken des eigenen Handelns im sozialen und politischen Alltag der Gegenwart und zu Solidarität und Zivilcourage in der Demokratie ermutigen.

Rüdiger Fleiter

# Kommunen und NS-Verfolgungspolitik

Die Städte und Gemeinden spielten im Dritten Reich eine wichtige Rolle, hatten sie doch als untere Verwaltungsbehörden die NS-Politik auf kommunaler Ebene umzusetzen. Die Kommunalverwaltungen standen in engem Kontakt mit der Bevölkerung und erfuhren deren Reaktionen – zustimmender

## Rüdiger Fleiter

Dr. phil., geb. 1974; Redakteur beim Ernst Klett Schulbuchverlag Leipzig, Braunstraße 12, 04347 Leipzig. r.fleiter@web.de

wie ablehnender Art – unmittelbarer als jede andere Behörde. Aus Sicht des Regimes erfüllten sie eine wichtige Funktion: Für den Durchhaltewillen und die Moral der Bevölkerung ist zum Beispiel die Bedeutung des kommunalen Krisenmanagements nach Bombenangriffen kaum zu überschätzen.

Aufgrund ihrer integrativen Funktion waren die Kommunen auch in die NS-Verfolgungspolitik involviert – sonst wäre diese nicht so „effektiv“ durchzusetzen gewesen. Es gibt wohl kaum eine Verfolgungsmaßnahme, bei der kommunale Stellen nicht einbezogen oder wenigstens darüber unterrichtet gewesen wären. Umso erstaunlicher ist die Tatsache, dass die Mitwirkung der Kommunen an der NS-Verfolgungspolitik lange Zeit wenig beachtet wurde. Lokalgeschichtliche Abhandlungen beschränken sich häufig auf die „Gleichschaltung“ der Rathäuser und brechen danach ab. Im vergangenen Jahr ist die erste Untersuchung erschienen, die am Beispiel Hannovers die Beteiligung einer Kommune an der NS-Verfolgungspolitik von 1933 bis 1945 umfassend untersucht.<sup>1</sup> Die Studie wird gestützt durch eine Reihe neuer Arbeiten aus anderen Städten, die ebenfalls die systemstabilisierenden Dimensionen kommunaler Herrschaft betonen.<sup>2</sup>

Die Ergebnisse zeigen: Die Städte und Gemeinden waren stärker in die Verfolgungspolitik einbezogen als bislang angenommen. Sie entließen Mitarbeiter aus rassistischen und politischen Gründen. Sie wirkten an der Judenverfolgung und an Deportationen mit, „ariisierten“ Kunstgegenstände, private Bibliotheken, Gold- und Silbergegenstände sowie Immobilien. Die kommunalen Gesundheitsämter sorgten für die massenhafte Sterilisierung von „Erbkranken“. Die Stadtverwaltungen vertrieben Sinti und Roma aus ihren Wohnungen und verfolgten sie. Die städtischen Bauämter beschäftigten in großer Zahl Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter. Besonders bemerkenswert ist, dass die kommunalen Beamten und Angestellten ihre Handlungsspielräume häufig nicht im Sinne der Opfer nutzten, sondern immer wieder über Direktiven „von oben“ hinausgingen bzw. sogar Verfolgungsmaßnahmen aus eigenem Antrieb ersannen. Auf dem Gebiet der Verfolgungspolitik lassen sich keine nennenswerten Gegensätze zwischen den Kommunen und den örtlichen Parteistellen ausmachen, die sich ansonsten heftige Konflikte lieferten. Daher muss das Bild von einem Gegensatz zwischen der „alten Bürokratie“ und der neuen NSDAP-Bürokratie, wie es in der älteren Literatur entwickelt wurde, in Frage gestellt werden.

## Gegensatz von Staat und Partei?

Die Rolle der Beamtschaft im Dritten Reich wurde Mitte der 1960er Jahre von Hans Mommsen erstmals systematisch untersucht. Mommsen zeigte in seinem Standardwerk, dass es sich beim NS-Staat um „kein monolithisch strukturiertes, von einheitlichem politischen Willen durchströmtes

<sup>1</sup> Vgl. Rüdiger Fleiter, *Stadtverwaltung im Dritten Reich. Verfolgungspolitik auf kommunaler Ebene am Beispiel Hannovers*, 2., korr. Aufl., Hannover 2007.

<sup>2</sup> Vgl. Sabine Mecking/Andreas Wirsching (Hrsg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn 2005; Bernhard Gotto, *Nationalsozialistische Kommunalpolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933–1945*, München 2006; Detlef Schmiechen-Ackermann/Steffie Kaltenborn (Hrsg.), *Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und vergleichende Perspektiven*, Münster 2005.

Herrschaftsgebilde“ handelte.<sup>13</sup> Aus diesen Überlegungen wurde später von Mommsen und anderen Historikern die Polykratie-Theorie entwickelt, nach der der NS-Staat eine „Herrschaft der Vielen“ gewesen sei. Mommsen lenkte die Aufmerksamkeit weg vom vermeintlich starken, alle Geschicke bestimmenden Führer auf andere gesellschaftliche Akteure, in diesem Fall das Berufsbeamtentum. Das war ein wichtiger Schritt für die historische Forschung, denn es gab in den 1950er und 1960er Jahren in Justiz und Gesellschaft der Bundesrepublik die Tendenz, die Verantwortung für die NS-Verbrechen auf einen engen Kreis hoher Parteifunktionäre zu beschränken, um von der Mitwirkung der Funktionsebenen und breiter Teile der Bevölkerung abzulenken.<sup>14</sup>

Mommsen wies nach, dass der Beamtenapparat – trotz Durchführung des Berufsbeamtengesetzes – im Kern unangetastet geblieben war, und verwies auf die gemeinsamen Interessen, die Hitler und das traditionelle Beamtentum verbunden hatten.<sup>15</sup> Im Zentrum seiner Analyse stand die innere Struktur des NS-Systems, die er durch einen Dualismus zwischen Partei und Staat bestimmt sah. Hitler habe das Verhältnis zwischen Partei und Staat nie grundsätzlich geklärt, sondern in der Schwebe gehalten. Obwohl sich das Regime nach der Machtübertragung grundsätzlich zum Berufsbeamtentum bekannt habe, sei parallel zum traditionellen Verwaltungsapparat eine Parteibürokratie aufgebaut worden. Das konkurrierende Nebeneinander von Partei- und Staatsstellen habe während der gesamten Zeit des Dritten Reichs zu schweren inneren Spannungen geführt und sei von „tiefe(r) Gegensätzlichkeit“ geprägt gewesen. Die NSDAP habe gegenüber den Beamten ein „ausgeprägt feindseliges, politisch motiviertes Misstrauen“ an den Tag gelegt, wie umgekehrt die Fachbeamten die Arbeit der oft dilettantisch vorgehenden Parteifunktionäre gering geschätzt hätten.<sup>16</sup>

<sup>13</sup> Vgl. Hans Mommsen, *Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966, S. 18.

<sup>14</sup> Vgl. dazu z. B. Rüdiger Fleiter, *Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen und ihr gesellschaftliches und justizielles Umfeld*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)*, 53 (2002), S. 32–50.

<sup>15</sup> Vgl. H. Mommsen (Anm. 3), S. 14.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 23.

Die Fokussierung auf die Auseinandersetzungen zwischen Partei und Staat brachte jedoch das Problem mit sich, dass die traditionelle Bürokratie stets als gemäßigeres Element gegenüber einer vermeintlich radikaleren Parteibürokratie erschien. Die Beamtenschaft wurde bei Mommsen als passives Element beschrieben, dessen Kompetenzen durch den Parteiapparat „ausgehöhlt“ worden seien und das sich einer „fortschreitenden Zersetzung des Staatsapparates“ ausgesetzt gesehen habe. So erschien das Beamtentum ganz überwiegend als Opfer der Nationalsozialisten. Indem Mommsen die Geschichte des Beamtentums im Dritten Reich als „Geschichte seiner inneren und äußeren Selbstbehauptung“ charakterisierte, reproduzierte er letztlich die Selbstsicht der Beamtenschaft auf das Regime.<sup>17</sup>

Unbeachtet blieb das eigentliche Handeln von Verwaltungsbeamten, die bei der Durchführung zahlreicher Verbrechen mitgewirkt hatten. Zwar war nach dem damaligen Forschungsstand die Beteiligung der Beamtenschaft noch nicht im vollen Ausmaß bekannt, doch erste Untersuchungen waren bereits veröffentlicht.<sup>18</sup> Zu Recht ist in der neueren Forschung darauf verwiesen worden, dass „die Verfolgungsmaßnahmen auch und gerade von denjenigen Behörden formuliert und exekutiert wurden, die lange im Gegensatz zur NSDAP und als ‚konservative Beharrungskräfte‘ galten“.<sup>19</sup> Analysiert man die Rolle der Beamtenschaft im Nationalsozialismus daher auf der Handlungsebene, erscheint die Beamtenschaft neben anderen (Partei-)Akteuren als Vollstreckerin der NS-Politik – von einem Gegensatz zwischen Partei und Staat kann unter diesem Gesichtspunkt keine Rede sein.

Die Studien zur Kommunalverwaltung im Dritten Reich orientierten sich fortan in Anlehnung an Mommsens Beamtenstudie am Dualismus-Paradigma. Horst Matzerath ging 1970 der Frage nach, ob die kommunale Selbstver-

<sup>17</sup> Vgl. ebd., S. 15. Vgl. die Kritik von Mommsens Ansatz bei Nicolas Berg, *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen 2004<sup>3</sup>, S. 564.

<sup>18</sup> Vgl. Léon Poliakov/Josef Wulf, *Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente*, Berlin 1956. Zur Nicht-Rezeption dieses Werks durch die westdeutschen Historiker vgl. N. Berg (Anm. 7), S. 337–370.

<sup>19</sup> Wolf Gruner/Armin Nolzen (Hrsg.), *„Bürokratie“*. Initiative und Effizienz, Berlin 2001, S. 7–15.

waltung im Nationalsozialismus Bestand gehabt habe.<sup>10</sup> Aus dieser Perspektive erschienen die Vorgänge nach 1933 als „Zerstörungsprozess“ der kommunalen Selbstverwaltung: „Die Gemeinde als örtliche politische Ebene war in der Hand der Partei.“<sup>11</sup> Matzerath schlussfolgerte, Mommsen zitierend: „Die kommunale Selbstverwaltung war eines der ‚traditionellen‘ Elemente, die der Nationalsozialismus ‚parasitär ausnutzte und zersetzte‘.“<sup>12</sup> Abermals erschien die staatliche bzw. kommunale Verwaltung durch ihre Gegenüberstellung mit der Parteibürokratie als gemäßigteres Element. So untersuchte Matzerath das Verhältnis der beiden kommunalpolitischen Institutionen von Staat und Partei, dem Deutschen Gemeindetag (Staat) und dem Hauptamt für Kommunalpolitik (Partei). Durch den Ämter-Dualismus habe sich eine „immer stärkere Zuordnung von Politik einerseits [Hauptamt für Kommunalpolitik, R.F.] und sachgebundener Aufgabenerfüllung andererseits [Deutscher Gemeindetag, R.F.]“ vollzogen.<sup>13</sup>

Nach dem heutigen Forschungsstand erscheint diese Gegenüberstellung als zu stark, denn zur „sachgebundenen Aufgabenerfüllung“ des Deutschen Gemeindetages gehörte unter anderem die Koordinierung des staatlichen Raubes von Schmuck, Gold und Silber aus jüdischem Eigentum im Frühjahr 1939.<sup>14</sup> Einmal mehr muss – von der Handlungsebene aus betrachtet – die These vom Dualismus zwischen Staat und Partei relativiert werden.

## Radikalisierung von unten: das Beispiel Hannover

Neue Anstöße für die Forschung hat Wolf Gruner Ende der 1990er Jahre gegeben.<sup>15</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Horst Matzerath, *Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung*, Stuttgart 1970.

<sup>11</sup> Ebd., S. 434.

<sup>12</sup> Ebd. Vgl. auch H. Mommsen (Anm. 3), S. 18.

<sup>13</sup> Ebd., S. 227.

<sup>14</sup> Vgl. Wolf Gruner, *Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933–1942)*, München 2002, bes. S. 291–293; ders., *Der Deutsche Gemeindetag und die Koordinierung antijüdischer Kommunalpolitik. Zum Marktverbot für jüdische Händler und zur „Verwertung“ jüdischen Eigentums*, in: *Archiv für Kommunalwissenschaften*, 37 (1998), S. 261–291.

<sup>15</sup> Vgl. Wolf Gruner, *Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen: Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941*, in: *Viertel-*

Während große Arbeiten wie Raul Hilbergs „Vernichtung der europäischen Juden“ die Judenverfolgung eher als zentral initiierten Prozess darstellten, hat Gruner erstmals die lokale Ebene als Faktor im Verfolgungsprozess in den Blick genommen.<sup>16</sup> Für den Aspekt der Judenverfolgung nahm er 1998 einen entscheidenden Paradigmenwechsel vor, indem er von einer „wechselseitigen Dynamisierung“ der lokalen und zentralen Politik sprach.<sup>17</sup> Gruner wies nach, dass die Dynamik der NS-Politik nicht nur von oben nach unten verlief, sondern Anstöße zur Radikalisierung der Judendiskriminierung in bestimmten Phasen des Dritten Reiches von der lokalen Ebene ausgingen. Immer wieder hat er Vorstöße der örtlichen Partei- und Kommunalverwaltungen beobachtet, die nicht auf Reichsgesetze warteten, sondern aus eigenem Antrieb auf eine Radikalisierung der Judenverfolgung drängten.

Die Fallstudie aus Hannover bestätigt Gruners Thesen auf ganzer Linie. Bei dieser Stadtverwaltung handelte es sich um eine traditionelle Verwaltung, in der bis 1937 der konservative Oberbürgermeister Arthur Menge das Selbstverständnis der meisten Beamten prägte. Er war seit 1925 im Amt und trat nie in die NSDAP ein. Während in den meisten Kommunen die Oberbürgermeister rasch ausgetauscht wurden, stand Menge in Hannover – ähnlich wie Carl Friedrich Goerdeler in Leipzig – auch nach 1933 für Kontinuität. Das Verhältnis der Kommunalverwaltung zur NSDAP war denkbar schlecht, so dass Menge 1937 als Oberbürgermeister nicht wieder antreten durfte. Doch auch mit seinem Nachfolger, einem Parteimitglied, war die NSDAP unzufrieden, so dass er vorzeitig gehen musste. Im November 1941 schrieb die Gauleitung an das Hauptamt für Kommunalpolitik: „Ich hoffe zuversichtlich, dass die vom Gauleiter eingeleiteten Schritte eine Erneuerung der Stadtverwaltung an Haupt und Gliedern und damit auch die Schaffung eines

jahrshefte für Zeitgeschichte (VfZ), 48 (2000), S. 75–126.

<sup>16</sup> Die Radikalisierung durch die lokale Ebene wird auch thematisiert bei Michael Wildt, *Gewaltpolitik. Volksgemeinschaft und Judenverfolgung in der deutschen Provinz 1932 bis 1935*, in: *Werkstatt Geschichte*, 35 (2004), S. 23–43; Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, München 1998.

<sup>17</sup> Vgl. W. Gruner (Anm. 15).

Vertrauensverhältnisses zwischen Partei und Stadtverwaltung zur Folge haben werden, das hier leider noch niemals bestanden hat.“<sup>18</sup>

Trotz habitueller Distanz zur NSDAP und konservativem Selbstverständnis – auf dem Feld der Verfolgungspolitik war die Stadtverwaltung Hannover kein Sonderfall. Sie gleicht einem Mikrokosmos des Regimes, in dem beobachtet werden kann, wie sich das Deutsche Reich nach 1933 vom Rechtsstaat zu einem „Doppelstaat“ (Ernst Fraenkel) veränderte.<sup>19</sup> Grundsätzlich handelten die städtischen Mitarbeiter nach 1933 auf der Basis des übernommenen Normenstaates weiter: Sie führten Grundbücher, erhoben Steuern, schlossen Verträge ab und beachteten das gültige Verwaltungsregelwerk. Daneben setzten sie aber auch Maßnahmen um, die das traditionelle Regelwerk und den Gleichheitssatz der Weimarer Reichsverfassung außer Kraft setzten. Dazu drei Beispiele.

*Erb- und Rassenpflege:* Auf der Basis der zentralen, reichsweit gültigen Erb- und Rassengesetzgebung gründete die Stadtverwaltung Hannover 1935 ein Gesundheitsamt und eröffnete dort eine Abteilung Erb- und Rassenpflege.<sup>20</sup> Das Gesundheitsamt richtete seine Tätigkeit nach erb- und rassepflegerischen Gesichtspunkten aus, stellte über 2 100 Sterilisationsanträge, nahm tausende von Ehegesundheitsuntersuchungen vor und erfasste über ein Viertel der Stadtbevölkerung in einer Erbkartei. Das Amt setzte die vorgegebenen Unrechtsnormen unnachgiebig um. Der verantwortliche „Erbarzt“ ging dabei so radikal vor, dass er vom Regierungspräsidenten strafversetzt wurde. Die NSDAP-Gauleitung erwog sogar, die Geheime Staatspolizei auf den Mediziner anzusetzen – wohlgehemmt: nicht wegen regimekritischen Verhaltens, sondern wegen Übererfüllung auf dem Gebiet der Eugenik. Dabei stand das Personal der Abteilung Erb- und Rassenpflege mit wenigen Ausnahmen der NSDAP mit formaler Distanz gegenüber. Trotzdem wurde die Erb- und Rassengesetzgebung in Hannover von allen Beteiligten im einvernehmlichen Handeln umgesetzt. Auf der Handlungsebene gab

es keine dualistischen Tendenzen zwischen Parteimitgliedern und Nicht-Nationalsozialisten. Der Großteil der Sterilisierungen wurde während der Amtszeit des nicht-nationalsozialistischen Oberbürgermeisters Menge vorgenommen – es gibt keine Hinweise, dass Menge den eugenischen Maßnahmen kritisch gegenüberstand.

*Judenverfolgung:* In allen Phasen des Dritten Reichs spielte die Stadtverwaltung Hannover bei der Judenverfolgung eine aktive Rolle.<sup>21</sup> Die Diskriminierungen betrafen immer weitere Lebensbereiche der jüdischen Einwohner und reichten vom Verbot des Betretens der Markthalle bis hin zu separaten Öffnungszeiten für Juden in städtischen Ämtern. Bereits kurz nach der Machtübertragung stieß die Kommune Aktionen an, die durch keine zentralen Vorgaben gedeckt waren: Sie änderte Straßennamen, verbannte Bücher jüdischer Autoren aus der Stadtbibliothek und verlieh jüdischen Unternehmern keine öffentlichen Aufträge mehr. Um jüdische Händler von Märkten und jüdische Sportler aus den Vereinen auszuschließen, nahm die Kommune sogar Konflikte mit den Aufsichtsbehörden in Kauf, die eine Radikalisierung untersagten. Oft genühten einzelne Beschwerden aus der Bevölkerung, um eine neue Diskriminierungsmaßnahme anzustoßen. Zunehmend koordinierte der Deutsche Gemeindegag die Judenpolitik in allen Kommunen des Reiches.<sup>22</sup>

Nach dem Judenpogrom im November 1938 separierten die Kommunen die Juden in der Fürsorge und im Wohnbereich von der übrigen Bevölkerung. Außerdem wurden sie zur Abgabe sämtlicher Gold- und Silbergegenstände gezwungen. Wie überall im Reich war es auch in Hannover die Stadtverwaltung, die die Juden dazu ins städtische Leihamt bestellte. Doch sie beließ es nicht bei der Durchführung des staatlichen Raubes, sondern versuchte darüber hinaus, zu profitieren: Oberbürgermeister Henricus Haltenhoff, Menges Nachfolger, kaufte 1940 zu günstigen Preisen Gegenstände aus dem beschlagnahmten Gut an, um das Ratssilber um 142 Stücke zu ergänzen. Die Kommune betrieb eine eigenständige „Arisierungspolitik“: Sie erwarb zwischen 1933 und 1945 zu unlauteren Be-

<sup>18</sup> Stellv. Gauleiter an Hauptamt für Kommunalpolitik, 24. 11. 1941, Bundesarchiv Berlin, NS 25/798.

<sup>19</sup> Ernst Fraenkel, *The Dual State, A Contribution to the Theory of Dictatorship*, New York 1941.

<sup>20</sup> Vgl. R. Fleiter (Anm. 1), S. 57–121.

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 123–276.

<sup>22</sup> Vgl. W. Gruner, *Der Deutsche Gemeindegag* (Anm. 14), S. 261–291.

dingungen über hundert bebaute und unbebaute Grundstücke von Juden, wofür sie knapp drei Millionen RM ausgab. Sie nutzte die Notlage wohlhabender jüdischer Einwohner aus, um Kunstsammlungen in städtische Museen zu überführen und eine Privatbibliothek in das Magazin der Stadtbibliothek einzugliedern. Mit den freiwilligen Kaufgeschäften dokumentierte sie indirekt ihre zustimmende Haltung zur Verfolgungspolitik. Die spektakulärste Radikalisierung durch die Stadtverwaltung geschah im September 1941, als die Kommune auf Druck der NSDAP-Gauleitung die noch nicht zusammengefassten Juden gewaltsam aus ihren Häusern trieb und in „Judenhäusern“ einquartierte: Ohne rechtstechnische Grundlage „verwertete“ die Stadtverwaltung das beschlagnahmte Mobilier und wurde dafür von der zuständigen Oberfinanzdirektion gerügt.

*Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene:* Zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur während des Bombenkrieges nutzten die Stadtverwaltungen die Möglichkeit, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene einzusetzen. Allein die Stadtverwaltung Hannover betrieb zeitweise 22 Lager und beschäftigte zu Spitzenzeiten bis zu 9000 Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter.<sup>23</sup> Annette Schäfer kommt zu dem Ergebnis, dass die Kommunen bei der Zwangsarbeiterbeschäftigung „in der Regel nüchternem Interessenkalkül“ folgten, auch wenn Entscheidungen „im Einzelfall auf der Grundlage rassenideologischer Kriterien“ gefällt wurden.<sup>24</sup> Das gilt auch für Hannover: Der Wunsch nach Beschäftigung von Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern entsprang dem städtischen Interesse, die umfangreichen Arbeiten trotz Personalmangels zu bewältigen. Aus diesem Grund drang die Stadtverwaltung bei übergeordneten Stellen auf die Zuweisung neuer Arbeiter und verschärfte dadurch das System der Zwangsarbeit. Die Kommunen wirkten als dynamisierende Kraft bei der Zwangsarbeiterbeschäftigung und befürworteten von Anfang an den Arbeitseinsatz sowjetischer Kriegsgefangener, obwohl er innerhalb der NS-Führung aus ideologischen Erwägungen umstritten war.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> Vgl. R. Fleiter (Anm. 1), S. 301–339.

<sup>24</sup> Vgl. Annette Schäfer, Zwangsarbeit in den Kommunen. „Ausländereinsatz“ in Württemberg 1939–1945, in: VfZ, 49 (2001), S. 70.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 55.

Für das Funktionieren des lokalen Systems der Zwangsarbeit waren die Stadtverwaltungen unverzichtbar: Sie beschäftigten nicht nur eigene Zwangsarbeiter, sondern die kommunalen Wirtschafts- und Ernährungsämter und die Gesundheitsämter waren für *alle* Arbeiter und Gefangenen im Stadtgebiet zuständig, also auch für die in der Industrie eingesetzten Kräfte. Die städtischen Desinfektionsanstalten entlasteten in großer Zahl Gefangene, die sich „auf Transport“ befanden. Die Stadtbauräte waren als „Leiter der Sofortmaßnahmen“ nach Bombenangriffen zentrale Figuren beim Kriegsgefangeneneinsatz, ihre Kompetenzen reichten weit über den Bereich der Stadtverwaltungen hinaus. Solange ihre Interessen gewahrt blieben, übernahmen die Stadtverwaltungen diese Tätigkeiten ohne Protest. Allerdings zeigten sie kein Interesse an Maßnahmen, die sich für sie nicht auszahlten. So wehrte sich die Stadtverwaltung Hannover dagegen, tausende von Gefangenen aus den Durchgangslagern zu entlasten, die nicht im Stadtgebiet verblieben. Sie hatte auch kein Interesse daran, zur langfristigen Eindämmung „volksbiologischer Gefahren“ Bordelle für Ausländer einzurichten. Die Behandlung der Ausländer folgte einem rassenideologisch ausgerichteten Regelwerk, das von unterschiedlichen Verpflegungs- und Versorgungsätzen bis zur Separierung von Kranken nach Rassenzugehörigkeit reichte. Die städtischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter wurden zu gefährlichen Arbeiten, etwa zur Entschärfung von Bomben, eingeteilt. Stadtverwaltungen wie Köln kooperierten zu diesem Zweck sogar mit der SS, um KZ-Häftlinge dafür zu rekrutieren.<sup>26</sup>

## Bilanz und Forschungsdesiderate

Die Ergebnisse der Fallstudie bestätigen Gruners These von der „wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Ebene“. Dass sein Befund am Beispiel von Hannover verifiziert werden konnte, ist besonders aussagekräftig, weil die dortige Kommunalverwaltung im Vergleich mit anderen Städten weniger nazifiziert war. Doch selbst diese Verwaltung mit konservativem Selbstverständnis und mit Distanz zur NSDAP radikalisierte die Politik der NS-Regierung, auch wenn Städte wie Frankfurt am Main oder

<sup>26</sup> Vgl. Karola Fings, Messelager Köln. Ein KZ-Außenlager im Zentrum der Stadt, Köln 1996.

München etwa bei der „Arisierung“ noch schärfer vorgehen.<sup>127</sup>

Die NS-Verfolgungspolitik durch die Kommunen ist noch immer nur unzureichend erforscht. Für die Lokalgeschichtsschreibung tut sich hier ein weites Forschungsfeld auf, wie allein am Beispiel der Edelmetallabgabe für Juden gezeigt werden kann: Diese zentrale, organisatorisch aufwändige Verfolgungsmaßnahme wurde nicht von der Partei oder der Gestapo, sondern von den Kommunen ausgeführt. In rund 60 kommunalen Pfandleihanstalten im Reich wurden so genannte öffentliche Ankaufstellen eingerichtet, in denen Verwaltungsmitarbeiter die abgegebenen Gegenstände registrierten, ihren Wert abschätzten, den Juden eine geringe Entschädigung dafür auszahlten, die Gegenstände einschmelzen ließen, versteigerten oder an eine zentrale Stelle nach Berlin weiterleiteten. Die Leihämter schickten insgesamt 135 Tonnen Silber und 1,3 Tonnen Gold an die Schmelzanstalten.<sup>128</sup> Die Gesamteinnahmen der öffentlichen Ankaufstellen für Wertsachen von Juden beziffert Stefan Mehl reichsweit mit rund 54 Millionen RM.<sup>129</sup> Trotz dieser Dimensionen fehlt die Aktion in sämtlichen bisher vorliegenden Stadtgeschichten. Außer in Hannover ist sie lediglich in Frankfurt am Main näher untersucht.<sup>130</sup>

Auch andere Verfolgungsfelder fehlen in vielen lokalgeschichtlichen Darstellungen. Letztlich ließe sich über die erwähnten Beispiele hinaus anhand jedes beliebigen kommunalen Amtes die Mitwirkung der Städte an der NS-Verfolgungspolitik dokumentieren:

<sup>127</sup> Vgl. Doris Eizenhöfer, Die Stadtverwaltung Frankfurt am Main und die „Arisierung“ von Grundbesitz, in: S. Mecking/A. Wirsching (Anm. 2), S. 299–324; Ulrike Haerendel, Kommunale Wohnungspolitik im Dritten Reich. Siedlungsideologie, Kleinhausbau und „Wohnraumarisierung“ am Beispiel Münchens, München 1999.

<sup>128</sup> Vgl. Ralf Banken, Der Edelmetallsektor und die Verwertung konfiszierten jüdischen Vermögens im „Dritten Reich“. Ein Werkstattbericht über das Untersuchungsprojekt „Degussa AG“ aus dem Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität zu Köln, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, (1999) 1, S. 171, Fn. 246.

<sup>129</sup> Vgl. Stefan Mehl, Das Reichsfinanzministerium und die Verfolgung der deutschen Juden 1933–1943, Berlin 1990, S. 85.

<sup>130</sup> Vgl. Monica Kingreen, Raubzüge einer Stadtverwaltung. Frankfurt am Main und die Aneignung „jüdischen Besitzes“, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, 17 (2001), S. 17–50.

- Die Personalämter entließen nach dem Berufsbeamtengesetz Mitarbeiter aus politischen und rassischen Gründen.
- Die Sportämter beschlagnahmten die Sportanlagen von jüdischen Vereinen und der Arbeiterbewegung.
- Die Gartenverwaltungen vertrieben Juden aus den öffentlichen Grünanlagen.
- Die Statistischen Ämter ermittelten die Anzahl von Juden und „Mischlingen“ im Stadtgebiet in Zusammenarbeit mit der Geheimen Staatspolizei.
- Die Einwohnerämter führten Suchkarten des Gesundheitsamtes für Geschlechtskranke.
- Die Wohlfahrtsämter lieferten Informationen in Sterilisations- sowie Ehegesetzgebungsverfahren und waren an der Verfolgung von „Asozialen“ beteiligt.
- Die Standesämter arbeiteten bei der Umsetzung der Ehegesetzgebung mit den Gesundheitsämtern Hand in Hand.
- Die Stadtarchive lieferten Material zur „Sippenforschung“.
- Die Schulämter gaben Beurteilungen von Hilfsschülern zur Verwendung in Sterilisationsverfahren weiter und schlossen jüdische Kinder vom Unterricht aus.
- Die Wohnungsämter vertrieben Juden, Sinti und Roma aus ihren Wohnungen und bereiteten Deportationen vor.
- Die Fürsorgebehörden schlossen Juden von Sozialleistungen aus.
- Die Oberbürgermeister genehmigten in vielen Kommunen die „Arisierungen“ von Einzelhandelsgeschäften.
- Die Grundstücksämter kauften Immobilien von jüdischen Eigentümern, die auswandern mussten oder deportiert wurden.
- Die Kammereien verbuchten das „arisierte“ Vermögen in den städtischen Haushalten.
- Die Bauämter organisierten die städtischen Kriegsgefangeneneinsätze.
- Die Wirtschafts- und Ernährungsämter waren für die Lebensmittelrationierung für sämtliche Einwohner zuständig – inklusive der Juden sowie der Insassen in Gefängnissen, Gefangenen- und Konzentrationslagern. Kaum eine Behörde verfügte über einen solch umfassenden Überblick über das NS-Lagersystem.

Die Liste ließe sich fortsetzen. Den Kommunen bleibt viel Arbeit, wenn sie ihre Mitwirkung an der NS-Verfolgungspolitik aufarbeiten wollen.

Astrid Irrgang

# Feldpost eines Frontsoldaten

**F**eldpost ist eine Kategorie von Briefen, die in existenzieller Situation verfasst wurden. Auf unbestimmte Zeit getrennt von den Angehörigen und dem zivilen Leben, unter großen körperlichen und psychischen Entbehrungen und Strapazen, allzu häufig im Bewusstsein der Möglichkeit des eigenen gewaltsamen Tötens und Sterbens sprechen Menschen über sich und ihre Umgebung. Ihre Zwiesprache mit den Angehörigen interessiert die historische Forschung in besonderer Weise, hilft die Auswertung dieser Kommunikation doch, die Verwandlung von Zivilisten in auf Leben und Tod kämpfende Soldaten besser zu verstehen.

**Astrid Irrgang**

Dr. phil, geb. 1974; wissenschaftliche Referentin in der Studienstiftung des deutschen Volkes, Berliner Büro, Jägerstraße 22/23, 10117 Berlin. [irrgang@studienstiftung.de](mailto:irrgang@studienstiftung.de)

Die Fakten des Zweiten Weltkriegs sind hinlänglich be-

kannt, das Innenleben der am Kriegsgeschehen beteiligten Menschen aber entzieht sich in weiten Teilen noch immer unserem Verständnis. Eine Analyse dieses Innenlebens hängt ab von einer sich kontinuierlich über einen längeren Zeitraum erstreckenden Quellenbasis. Nur aus ihr können über die bloße Momentaufnahme einzelner Briefe hinaus Aussagen über die Mentalität der Verfasser gewonnen werden. Geschlossene Quellenkörper, die exemplarische Untersuchungen erlauben, haben Seltenheitswert. Allzu häufig haben die Briefe ebenso wie ihre Autoren den Krieg nicht überstanden oder liegen für die Forschung unzugänglich auf privaten Dachböden. Die hier skizzierte Einzelfallstudie, die Auswertung eines umfangreichen und geschlossenen Feldpostfundus, verdankt sich insofern einem Glücksfall.<sup>1</sup>

## Die Korrespondenz

Autor der Briefe ist der Frontsoldat Peter Stölten, einer von 20 Millionen Soldaten der Deutschen Wehrmacht. Er wurde im Laufe

des Krieges zum Leutnant befördert und schließlich zum nationalsozialistischen Führungsoffizier ernannt. Stölten kämpfte an zentralen Frontabschnitten: beim Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 bis zum Winter 1942/43; nach einer Ausbildungsphase im Reich bei der Landung der Alliierten in der Normandie im Sommer 1944; bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes 1944 und schließlich in den Abwehrkämpfen in Ostpreußen 1944/45, in deren Verlauf Stölten gefallen ist.

Peter Stölten wurde 1922 geboren und wuchs mit zwei jüngeren Schwestern behütet in einer protestantisch-bildungsbürgerlichen Familie in Berlin-Zehlendorf auf. Der Vater, Dr. Wilhelm Stölten, hatte im Ersten Weltkrieg gedient, beide Eltern waren in der bündischen Jugend engagiert gewesen. Die Schulaufsätze aus der Gymnasialzeit zeugen von einem temperamentvollen, reich begabten, neugierigen Jungen, der Maler werden wollte. Stölten zog als Notabiturient „in der Hoffnung auf manches Abenteuer und manches Erlebnis und manchen moralischen Nutzen“ ebenso wie alle anderen Jungen seiner Schulklasse freiwillig in den Krieg. Fünf Jahre später, wenige Wochen vor seinem Tod in Ostpreußen, waren ihm seine vorher so geliebten Zeichenutensilien „fremd geworden wie einem Eskimo das Fischbesteck“. Er spürte seine „Wesensschatten auf einer Skala tanzen mit Minus davor“, konnte vom Kriegsgeschehen nur noch „satirisch berichten und einer Frau schon gar nicht“ und formulierte zum Jahreswechsel 1944/45 „keine persönlichen Ziele mehr, nur noch Wünsche“. Das Glacis, auf dem Stölten sich operieren sah, verengte sich im Laufe seines Kriegseinsatzes immer mehr. Waren Phantasien zu Beginn des Kriegseinsatzes erwartungsvoll in die Zukunft gerichtet, wandten sich diese im Laufe der Jahre immer mehr zur eigenen Vergangenheit, von deren Glück und Anlauf sich Stölten abgeschnitten wusste.

<sup>1</sup> Dieser Beitrag beruht auf der Doktorarbeit der Autorin „Leutnant der Wehrmacht Peter Stölten in seinen Feldpostbriefen. Vom richtigen Leben im falschen“, die im Dezember 2005 von der Philosophischen Fakultät IV der Albert-Ludwigs-Universität, Freiburg im Breisgau, als Dissertation angenommen wurde. Die Arbeit erscheint unter gleichem Titel in der Reihe *Historiae* des Rombach-Verlages. Alle Zitate sind, sofern nicht anders kenntlich gemacht, Briefen von Peter Stölten entnommen.

Schon von der Geographie seiner Einsätze her handelt es sich bei Stölten um einen ungewöhnlichen Zeitzeugen, stellte ihn doch sein langes Überleben in den gefährlichen Erlebnisräumen weit außerhalb der Überlebensstatistik eines deutschen Frontsoldaten. Über seine Eindrücke hat er seiner Familie und seiner Braut ausführlich und gedankenreich berichtet. Er stand dabei unter einem auch international als typisch zu bezeichnenden Mitteilungsdruck des Soldaten im Felde gegenüber der Heimat. Das Schreiben von Briefen in der Extremsituation Krieg hatte entlastende und stabilisierende Funktion. Die Kommunikation mit der Heimat war Ersatz für dortiges Leben und ein Ausflug in den verbauten Teil der zivilen Biographie. Alle am Krieg beteiligten Nationen erkannten die Angewiesenheit ihrer Soldaten auf diese Kontakte und bemühten sich, Einfluss auf die Art der Gesprächsführung mit der Heimat zu nehmen.

Der Austausch mit der Heimat war nicht nur im „Dritten Reich“ das Herzstück geistiger Kriegsführung. Unmittelbar nach dem Überfall des Deutschen Reiches auf Polen begann die deutsche Feldpost ihren Dienst. Während der sechs Kriegsjahre versorgte sie, anders als ihre Vorgängerin im Ersten Weltkrieg, zuverlässig ein immer größeres Gebiet, das auf dem Höhepunkt der deutschen Expansion vom Nordkap bis zum Kaukasus, den Pyrenäen und Nordafrika reichte. Sie versah ihren Dienst auch noch, als die Wehrmachtsführung sich von Hitler auf seinem Weg in die Katastrophe hatte mitnehmen lassen und unter Aufgabe jeglicher militärischer Verantwortung einen aussichtslosen Kampf um die letzten Quadratkilometer des Reiches weiterführte. Es sollte nicht unerwartet kommen, überrascht aber doch, dass es für einen solch riesigen Apparat ein „Leben nach dem Tode“ gibt: Seine humanitäre Komponente hat die Katastrophe überdauert und arbeitet bis heute, jedes staatlichen Einflusses entkleidet, in Gestalt des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes weiter, nach wie vor portofrei und mit dem Frankierstempel „Kriegsgefangenenpost“.

Stöltens Wahrnehmung des Krieges, seiner Rolle in ihm und ihre Darstellung gegenüber verschiedenen Adressaten über fünf Jahre hinweg bilden den Kern des Erkenntnisinteresses. Es geht dabei um eine Antwort auf das

zuletzt von Martin Humburg und Klaus Latzel formulierte Desiderat von Einzelfallstudien. Insbesondere diese beiden Autoren haben mit ihren umfangreichen systematischen Arbeiten die Terra incognita vermessen,<sup>12</sup> innerhalb derer es die Koordinaten von Stölten auszumachen gilt.

Als Spiegelfigur dient der Gefreite Heinrich Böll und seine ebenfalls umfangreiche Kriegskorrespondenz, um die unterschiedliche Haltung zu illustrieren, aus der heraus einzelne Soldaten sich dem Kriegsgeschehen unterwarfen.<sup>13</sup> Böll tritt aus diesen Briefen, anders als Stölten, als am Soldatentum Leidender und um Abstand zum Kriegsgeschehen Bemühter hervor. Er fand keinen Anschluss unter seinen Kameraden und nutzte jede Gelegenheit, sich dem Dienst zu entziehen, etwa durch das Fälschen von Urlaubsscheinen oder das Simulieren von Krankheiten – eine Haltung, die Stölten nicht mit seinem Selbstverständnis hätte vereinbaren können. Man kann sagen, dass Böll der Typ des Landsers war, der, ohne Engagement für überwältigende Kriegsziele, wie Millionen anderer der Einberufung folgte, das unvermeidbare Minimum seiner soldatischen Pflichten erfüllte und im Übrigen eine Mitverantwortung für das große Ganze nicht sah. Das schließt nicht aus, dass er in seinem engeren Umfeld so gehandelt hat, wie es ihm seine christliche Grundhaltung nahe legte.

Wenn vor dieser Folie ein vergleichender Blick auf Stölten geworfen wird, so hat dieser vor allem eines mit dem Soldaten Böll gemein: die Vorstellung von der Begrenztheit des Verantwortungsbereiches durch einen vorgegebenen militärischen Rahmen. Böll hilft diese Begrenzung dabei, die Einsicht in das Verbrecherische des Krieges zu bewältigen. Stölten indes sieht eher das einzelne *crimen*, dem er im Rahmen seiner Möglichkeiten zu begegnen sucht, etwa durch Korrektheit beim „Requirieren“ oder durch Erste Hilfe gegenüber einem russischen Verwundeten. Den Schluss vom Einzelnen auf das All-

<sup>12</sup> Vgl. Martin Humburg, *Das Gesicht des Krieges. Feldpostbriefe von Wehrmachtssoldaten aus der Sowjetunion*, Opladen-Wiesbaden 1998; Klaus Latzel, *Deutsche Soldaten – nationalsozialistischer Krieg? Kriegserlebnis – Kriegserfahrung 1939–1945*, Paderborn 2000.

<sup>13</sup> Vgl. Jochen Schubert (Hrsg.), *Heinrich Böll. Briefe aus dem Krieg 1939–1945*, 2 Bde., Köln 2001.

gemeine scheint er sich kaum gestattet zu haben. Es ist auch diese Fokussierung auf sein Umfeld, die Stölten zum todesmutigen Kämpfer werden lässt. Aus dieser Nahsicht im vergleichenden Exkurs Böll-Stölten verliert die in der Forschung häufig so monolithisch erscheinende Wehrmacht einiges von ihrer Homogenität.<sup>14</sup>

In Stöltens Briefen kann ein Spannungsbogen von jugendlicher Kriegsbegeisterung über einen mehr und mehr zur Gewohnheit gewordenen Umgang mit tödlichen Gefahren bis zu seinem möglicherweise sogar gesuchten Tod gegen Ende des Krieges ausgemacht werden. Dabei wächst mit Stöltens Einsicht in den katastrophalen Kriegsverlauf seine Verzweiflung bei der Suche nach einem Sinn der brutalen Auseinandersetzung. Diese Verzweiflung begleitet ihn; möglicherweise führt sie ihn in sein letztes Gefecht um das ostpreussische Dorf Jadden im Januar 1945.

So sehr Stölten in Ratlosigkeit über den Sinn des Krieges geriet, so wenig gestattete er sich gleichzeitig, seine Rolle in diesem Krieg in Frage zu stellen und ein Abseits zu suchen. Stöltens Engagement war Folge der Bemühung um ein „richtiges Leben“ in einem von uns heute zweifelsfrei als „falsch“ einzuordnenden Kontext. Dieser Befund einer starken, unauflösbaren inneren Gebundenheit, ohne dass eine nationalsozialistische Grundgesinnung vorgelegen hat, ist von hoher Brisanz; sie ist der deutungsbedürftige Zug von Stöltens soldatischer Persönlichkeit. Der Schluss, dass Stölten kein Nationalsozialist war, liegt nahe, denn es fehlte ihm nicht nur „Führerglauben“, sondern auch jede Neigung zum Antisemitismus oder die Zuschreibung eines Untermenschentums seiner slawischen Gegner.

Stöltens Einzelschicksal wird vor der Kulisse der jeweiligen Kriegsschauplätze ausgeleuchtet. Durch Auswertung von Akten aus Militärarchiven kann nicht nur der historische Kontext, sondern auch und vor allem das engere Umfeld dargestellt werden, in dem sich Stölten bewegte. Dabei liegt auf der Hand, dass der Fokus nicht auf der Suche nach Überraschungen in der Kulisse liegt,

sondern darauf, wie Stölten sich an den Gegebenheiten der Wirklichkeit mehr und mehr gerieben und schließlich aufgerieben hat. Es geht um die Rekonstruktion seiner Wahrnehmung, seines inneren Erlebens und seiner Voraussetzungen, weniger um den äußeren historischen Geschehenszusammenhang. Aus militärhistorischer Sicht ist von den Briefen wenig Neues zu erwarten. Es ist gleichwohl die Deutung von Stöltens Fall, der Befund einer gewissen Typizität und ihrer sozialen Wirksamkeit, mit denen dieser äußere historische Geschehenszusammenhang besser verstanden werden kann.

## Frontabschnitte werden zu Lebensabschnitten

Autobiographische Texte sind ebenso wie andere Quellengattungen kein Abbild von Wirklichkeit, sondern ein vieldeutiges Konstrukt wirklicher Erfahrungen, dessen Beschaffenheit sich ebenso sehr individuellen wie kulturellen Vorgaben verdankt. Autobiographische Texte sind soziale Texte mit einem schwer quantifizierbaren Anteil an Vergesellschaftung. Als methodisches Problem stellt sich die Herausforderung, wie sich Denken, Fühlen und Handeln erfassen und darstellen lassen, damit der Anspruch auf wissenschaftliche Relevanz erhoben werden kann. Eine Antwort liegt im Bemühen um Schlüssigkeit der Rekonstruktion dieses Einzelfalles. Zur Schärfung der Einzelfallanalyse trägt auch die Auswertung umfangreicher Primär- und Sekundärquellen bei.

Feldpost ist von äußerer und innerer Zensur gekennzeichnet. Diese Zensur äußert sich in einer geradezu prismatischen Aufbrechung der Berichte in den unterschiedlichen Gegenständen und Formen, die Stölten und seine Briefpartner wählen: Mit der Familie wird ein bildungsbürgerlicher Dialog geführt, der in der Korrespondenz mit dem Vater wesentlich von dem Bemühen getragen ist, seinen Erwartungen zu entsprechen; die Freundin erfährt sehr viel mehr über seine jeweilige Gemütsverfassung, und dem Freund öffnet Stölten sich am meisten auch über Kriegsgräuel. Die hohe Schreibfrequenz Stöltens, der auch unter höchster Kampfanspannung nicht selten drei Briefe am Tag verfasste, gestattet es, sein adressatenorientiertes Schreiben in die Untersuchung einzubeziehen. Stölten und

<sup>14</sup> Vgl. dazu Andreas Kunz, *Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft 1944–1945*, München 2005.

seine Briefpartner führten ihre Korrespondenz auf einer hohen sprachlichen und reflektierenden Ebene, was ebenfalls zur Faszination der Lektüre beiträgt. Betrachtet man die Stölten'sche Feldpost mit diesem Vorwissen, so sind ihm, wie wahrscheinlich vielen Soldaten, Frontabschnitte zu Lebensabschnitten geworden. Leitmotiv ist Stöltens Pflicht- und Gehorsamsethos. Es führt den Soldaten Stölten vom kampfbegeisterten Abiturienten über den bei aller Ernüchterung verlässlichen Kämpfer und engagierten Offizier zum verzweifelten, todesbereiten Soldaten im Endkampf.

In Russland, der ersten Etappe, springt die Siegesgewissheit des der Schule durch Notabitur Entronnenen hervor, weniger der verbrecherische Charakter des Unternehmens „Barbarossa“, den Stölten allerdings durch humanes Verhalten zu relativieren sucht. Stölten verschließt die Augen nicht vor den Begleiterscheinungen des deutschen Vormarsches in der Sowjetunion,<sup>15</sup> sie erschüttern ihn aber nicht so tief, dass die Anpassung an die Welt des Krieges misslingen könnte. Die Kluft zwischen den zivilen, verinnerlichten Werten und der Barbarei des Krieges quält Stölten noch nicht, er vermag sie zu schließen. Schon in diesem ersten Einsatz finden sich jedoch in der Korrespondenz die typischen Sprachstrategien von Feldpost: Verschweigen, Verharmlosen, Poetisierung, Phraseologisierung und Imagepflege.<sup>16</sup> Belastungserlebnisse entziehen sich zu seinem eigenen Erstaunen der Versprachlichung und werden in der Korrespondenz weitgehend ausgespart. Die Menge des zu Verdrängenden wächst, ohne dem Vergessen anheim zu fallen.

Ein längerer Lazarettaufenthalt 1941/42 konfrontiert den an schwerer Furunkulose Erkrankten mit der Erfahrung, den bedrük-

<sup>15</sup> Zu den Motiven der Kriegführung der Wehrmachtsgeneralität der drei Heeresgruppen sowie sämtlicher Panzergruppen, die zwischen 1941 und 1942 an der Ostfront zum Einsatz kamen, vgl. Johannes Hürter, Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42, München 2006.

<sup>16</sup> Vgl. Isa Schikorsky, Kommunikation über das Unbeschreibbare. Beobachtungen zum Sprachstil von Kriegsbriefen, in: Wirkendes Wort. Deutsche Sprache und Literatur in Forschung und Lehre, 2 (1992), S. 295–315.

ckenden Erlebnissen ausgesetzt zu sein und nicht „an der Front und im Kampf Gesundheit und Vergessen finden“ zu können. So kommt es zu dem nur auf den ersten Blick paradoxen Wunsch, aus dem Lazarett wieder in den kameradschaftlichen Einsatz an die Ostfront zurückzufinden, „auch wenn diese Welt mit der meinen nur die Grenze gemein hat“. Spätestens hier, wo mit Fronteinsätzen Entlastung gesucht wird, obwohl jene doch die Schrecken des zu Verdrängenden nur anwachsen lassen, vollzieht sich auch im Innenleben Stöltens ungewollt und unbewusst die Indienstnahme des militärischen Anforderungskatalogs. Einer besonderen Nähe zum Nationalsozialismus bedarf es dazu nicht.

Seine mehrmonatige Spezialausbildung am neuen Panzertyp „Tiger“ im Reich absolviert er 1943 nur widerwillig, so sehr drängt es ihn, das Gelernte an der Front anzuwenden. In dieser Phase ist Stölten ganz von den Anforderungen seines soldatischen Lebens eingenommen. Männliche Bewährung in Gefahr, Führung in bedrohter Lage haben ihre Spuren hinterlassen. Dies fällt auch den Eltern auf: „Peter war am Sonntag auf Urlaub hier, laut, stürmisch, fast zu zackig, von seiner Führeraufgabe stärker geprägt, als wir das je für möglich gehalten hätten. Aber er wird auch da dank seiner starken inneren Kräfte das Gleichgewicht wieder finden. Im Geheimen arbeiten schon alle guten Geister wie Hölderlin und Rilke, denen er sehr zugetan ist, an dieser Aufgabe.“<sup>17</sup> In einem Brief an die Mutter erläutert Stölten seine Prägung: „Vom Kommiss will ich auch nicht wieder erzählen. Er ist aber nun einmal ein notwendiges Übel, und ich muss, um etwas zu leisten gerade bei uns innerlich daran beteiligt sein. Seid froh, dass Ihr Euch alle so aus dem Geist der Zeit heraushalten könnt – und sagt mir dies nicht zu oft. Ich muss doch weghören, weil ich mehr als hier nicht sagen kann, und mich leider nicht zu einem Bild des Offiziers ändern kann, der reitet, ins Kasino geht, mit ein paar Führungsaufgaben und Ehrbegriffen spielt und im Übrigen so hoch über dem Dienst steht, dass die Erziehung zum Soldaten allein die Uffz. leisten müssen.“

Hier sehen wir eine Motivkette, von der sich zu lösen Stölten nicht nur nicht gelingt – er unternimmt solche Versuche wohl auch gar

<sup>17</sup> Dr. Wilhelm Stölten an einen Freund, 11. 2. 1943.

nicht. Er sieht sich als Soldat, als Offizier, und er sieht hier auch seine gegenwärtige Berufung, selbst wenn für die Nachkriegszeit andere Wünsche existieren. Als Soldat führt er Befehle Vorgesetzter aus, ohne für sich das Recht einer sachlichen oder gar moralischen Beurteilung zu beanspruchen. Seiner Berufung nachkommend will er „Leistung“ bringen. Mangelhafte Leistungen würden ihn nicht nur um den beruflichen Erfolg bringen, sondern auch seine gefühlte Berufung verschütten. Der Offiziersberuf ist ihm daher nicht nur Arbeit, sondern, auch im Kleinen, Wirken im Kernbereich seiner Berufung.

Im Sommer 1944 durchlebt Stöltens in der Normandie seine erste tiefe Krise. Durch einen selbstverursachten Unfall kampfunfähig, überlebt er als einziger Offizier seiner Kompanie die Landung der Alliierten. Die bisherigen Mittel der Selbstdisziplinierung und -darstellung versagen. Stöltens Seelenleben erreicht, erneut im Lazarett sich selbst ausgeliefert, einen ungekannten Tiefpunkt. Es gelingt ihm, mittels eines an Hölderlins „Hyperion“ angelehnten, anspruchsvollen Essays, seiner Verzweiflung Herr zu werden. In einem fiktiven Dialog zwischen fünf jungen Menschen wird das Nichts, ein Abgrund der Sinnlosigkeit, der alles und jeden zu verschlingen droht, durch den Glauben an höheren Sinn und Bestimmung aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt an zeichnet Stöltens eine starke Opferbereitschaft aus, deren Unterströmung das als Schuld gefühlte Überleben im Blick auf seine gefallenen Kameraden ist. Der „Triumph des Überlebenden“ (Elias Canetti)<sup>18</sup> bleibt ihm fremd.

Auf der nächsten Station, dem Warschauer Aufstand, wird Stöltens Haltung auf eine fürchterliche neue Probe gestellt. Entsetzt schreibt er über den rücksichtslosen deutschen Einsatz gegen die unterlegenen polnischen Aufständischen: „Wie hätte Bosch seine Höllenphantasien gemalt, wenn er das gesehen hätte?“ In den nach einer Logik der Selbstaufopferung handelnden Polen erkennt er seine eigentlichen ideellen Verbündeten, gegen die er gleichwohl mit allen militärischen Mitteln vorzugehen hat. In diesem Widerspruch hilft ihm nur blanker Zynismus. Er

<sup>18</sup> Zit. bei Thomas Kühne, *Der Soldat*, in: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Der Mensch des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt/M. 1999, S. 361.

schreibt eine Satire des Grauens, Hieronymus Bosch in Prosa. Im Untergang Haltung zu bewahren, wie es die polnischen Aufständischen bis zur Kapitulation tun, und der Wert, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, werden für ihn zum Vorbild für den zu erwartenden Untergang Deutschlands und wohl auch seiner eigenen Person.

Stöltens benennt die deutsche Unterlegenheit gegenüber den übermächtigen Gegnern. Doch Zweifel an der Wünschbarkeit eines deutschen Sieges werden nicht benannt und sind auch nicht versteckt erkennbar. Obwohl er, wie die Quellen nahe legen, die Chance eines ehrenvollen Rückzugs hat, schlägt er sein Leben und das seiner Panzerbesatzung im Januar 1945 in die Schanze und verbrennt in seinem Kampfswagen.

## Vom richtigen Leben im falschen

Stöltens prismatische Berichterstattung deckt die fünf Jahre ab, in denen der deutsche Vormarsch funktionierte, langsamer wurde, sich in Rückzug und schließlich in eine Art letztes Gefecht verwandelte. Diese äußere Entwicklung findet ihre Entsprechung in Stöltens innerer Welt. Bewegend und exemplarisch an dieser deutschen Vita ist, wie sich der hoch begabte, differenziert denkende junge Mann kraft seiner Vaterlandsliebe und Erziehung durch das auch für ihn spätestens ab Warschau 1944 erkennbar verbrecherische Regime hat in Dienst nehmen lassen. Stöltens durchlief zwar alle nationalsozialistischen Sozialisierungsstationen wie Hitlerjugend, Reichsarbeitsdienst und Wehrmacht, aber es waren offenbar die bildungsbürgerlichen Tugenden aus seinem Elternhaus, die er für seine Rolle im Krieg mobilisierte. Die Führerpropaganda spielte dabei keine Rolle.

Stöltens Milieu war das eines anspruchsvollen Bildungskanons, tätigem Christentum verpflichtet, großstädtisch, protestantisch-national gesinnt und schichtspezifisch staats tragend. Es entsprach seinem Selbstverständnis, dem Staat, wie auch immer dieser sich präsentieren mochte, auch bei Zweifeln zu dienen. Wirkmächtig war hier sicherlich das Obrigkeitsverständnis des Paulinischen Römerbriefes. Einer besonderen Staatsnähe, etwa durch Parteimitgliedschaft, bedurfte es nicht: „Gehorsam, mehr haben wir nicht zu verantwor-

ten!“, schreibt Stölten, und meint damit, dass er auch nicht weniger zu verantworten habe. Seine Gewissensnöte bleiben stets erkennbar. Typischerweise ergeht sich Stölten in seinen Briefen häufig nur in Andeutungen, was offenbar weniger der Furcht vor der äußeren Zensur denn der „Schere im Kopf“ und dem Bemühen um Selbsterhaltung geschuldet war. Das so geschaffene Bild von einer Kriegswirklichkeit, in dem Gräuel sehr selten und die Judenvernichtung gar nicht benannt werden, bestimmte auch das Nachkriegsweltbild, zumindest in der Bundesrepublik. Stölten hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit im Falle seines Überlebens wie das Gros seiner Kameraden und anders als Böll nach dem Krieg über das Erlebte geschwiegen und sich um Verdrängung bemüht, wie er selbst in einem wichtigen Briefzitat an einen Freund voraussagt. Hier prophezeit er klug, was zur Lebenswirklichkeit der Kriegsteilnehmer werden sollte, dass nämlich jene Verdrängung gleichwohl nicht zur Erlösung von den bedrückenden Kriegseindrücken führen würde.<sup>9</sup>

Die Auswertung der Quellen gestattet es, die Loyalität eines nicht nationalsozialistisch ideologisierten jungen Mannes zu verstehen und zugleich das Verdrängungsmoment zu erfassen, das jedem seiner Briefe eingeschrieben ist. Die stark protestantisch und bildungsbürgerlich geprägte Erziehung des Studienratssohnes bildete den Humus für eine Mentalität, die sich bei völlig unterschiedlicher Motivlage mit der Vernichtungs- und Selbstvernichtungspolitik der nationalsozialistischen Führung treffen konnte. Es ist bezeichnend, dass Stölten die Vorbildfunktion der Warschauer Aufständischen für den Endkampf in seiner Feldpost thematisiert, noch ehe Heinrich Himmler sie nur wenig später, im November 1944, vor Vertretern von Partei, Wehrmacht und Wirtschaft als offizielle Losung vorgeben sollte.<sup>10</sup> Stölten ist geradezu idealtypisch für jene jungen Offiziere, die Hermann Göring in seiner berüchtigten Thermopylen-Rede zur Kapitulation Stalin-

<sup>9</sup> Stölten wünschte sich „jene Dinge in seine Freundeshände zu legen, die bis zum furchtbaren Ausdruck die Seele immer wieder beschäftigen (. . .), indem ich sachlich und genau berichte, was ich weiß (und es ist nur ein Teil, was ich weiß, was man mir sagte) und was ich sicher in meinem Leben nicht mehr über die Lippen bekomme. Ob es ganz helfe?“

<sup>10</sup> Vgl. Bundesarchiv, Berlin, Abt. Reich, NS 19/4017.

grads 1943 erreichen wollte<sup>11</sup> – zur Opferbereitschaft musste Stölten nicht überzeugt werden, sie war ihm natürliche Bedingung ehrenhaften Soldatentums. Aus dieser Fessel haben sich nur sehr starke Persönlichkeiten lösen können. Selbst ein Offizier wie Wilm Hosenfeld, der seine Freiräume in Warschau 1944 zur Rettung von Juden und Polen einsetzte, kämpfte anschließend als Hauptmann in der Uniform der Wehrmacht weiter und ließ alle Chancen auf Rettung der eigenen Person ungenutzt.<sup>12</sup>

Wie Stölten uns aus seinen Briefen entgegentritt, kann man ihn sich schlecht als jemanden vorstellen, der sich mit strategischen Optionen beschäftigt oder gar politische Alternativen abwägt. Es ist auch keinerlei Interesse an einer solchen Tätigkeit erkennbar. Er erscheint eher als Mann des Hier und Jetzt, als ein tatkräftiger Arbeiter am Nächstliegenden. Ganz im Sinne des Paulinischen Römerbriefs war er ohne Wenn und Aber der Obrigkeit untertan und dürfte kaum auf die Idee gekommen sein, sie in Frage zu stellen. Stöltens Ausbeutung seitens dieser Obrigkeit wurde durch eine tief empfundene Liebe zum Vaterland erleichtert; personifiziert gewiss nicht im „Führer“, sondern in den Seinen zu Hause. Er setzte sein Leben dafür ein, zu ihrem Schutz auch in aussichtsloser Lage beizutragen.

Die Umstände seines Todes zeigen, dass ihm nicht die Courage zur Alleinstellung fehlte, sondern allenfalls das Vermögen, seinen Standpunkt auf der höheren Ebene des politischen Großen und Ganzen zur Geltung zu bringen. Diese Haltung, am Fall Stölten ausgeleuchtet, musste konsequenterweise in der totalen Niederlage gegenüber einer Welt selbstgeschaffener Feinde enden.

<sup>11</sup> Vgl. Hans-Joachim Gehrke, Die Thermopylenrede Hermann Görings zur Kapitulation Stalingrads. Antike Geschichtsbilder im Wandel von Heroenkult zum Europadiskurs, in: Bernd Martin (Hrsg.), Der Zweite Weltkrieg in historischen Reflexionen, Freiburg i. Br. 2006, S. 13–29. Ein Mitschnitt der Originalrede befindet sich im Deutschen Rundfunkarchiv, Frankfurt/M., Nr. 52/8920.

<sup>12</sup> Vgl. Wilm Hosenfeld, „Ich versuche jeden zu retten.“ Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, hrsg. im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes von Thomas Vogel, München 2004.

# APuZ

Nächste Ausgabe 16–17/2007 · 16. April 2007

## Kriege und Konflikte

*Herfried Münkler*

Neues vom Chamäleon Krieg

*Dieter Ruloff · Livia Schubiger*

Kriegerische Konflikte: eine Übersicht

*Mathias John*

Rüstungstransfers – Globaler Handel mit Tod und Gewalt

*Martin Löffelholz*

Kriegsberichterstattung in der Mediengesellschaft

*Michael Brzoska*

Erfolge und Grenzen von Friedensmissionen

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn.



### Redaktion

Dr. Katharina Belwe  
Dr. Hans-Georg Golz  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Dr. Ludwig Watzal  
Sabine Klingelhöfer  
Telefon: (0 18 88) 5 15-0  
oder (02 28) 36 91-0

### Internet

[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

### Druck

Frankfurter Societäts-  
Druckerei GmbH,  
60268 Frankfurt am Main.

### Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift  
*Aus Politik und Zeitgeschichte*
- Abonnementsbestellungen der  
Wochenzeitung einschließlich  
*APuZ* zum Preis von Euro 19,15  
halbjährlich, Jahresvorzugspreis  
Euro 34,90 einschließlich  
Mehrwertsteuer; Kündigung  
drei Wochen vor Ablauf  
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der  
Wochenzeitung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81,  
60327 Frankfurt am Main.  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
[parlament@fsd.de](mailto:parlament@fsd.de)

Die Veröffentlichungen  
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen  
Kopien in Klassensatzstärke herge-  
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

*Peter Longerich*

## 3–7 Tendenzen und Perspektiven der Täterforschung

Komplexität und Kontextualisierung heißen die Herausforderungen der Holocaustforschung. Die systematische Ermordung der europäischen Juden muss als komplexer Vorgang in der Gesamtgeschichte des Regimes gesehen werden.

*Saul Friedländer*

## 7–14 Eine integrierte Geschichte des Holocaust

Eine integrierte Geschichte des Holocaust ist notwendig, weil sie sich nicht auf deutsche Maßnahmen beschränken darf und weil jüdische Wahrnehmungen und eine gleichzeitige Darstellung der Komplexität dieser Geschichte entsprechen.

*Hans Mommsen*

## 14–21 Forschungskontroversen zum Nationalsozialismus

In den jüngsten Forschungen zum Nationalsozialismus rückt die Frage nach dem Verhältnis von weltanschaulichen und strukturellen Faktoren und nach der Stellung Hitlers im Herrschaftssystem in den Vordergrund.

*Harald Welzer*

## 21–28 Die Deutschen und ihr „Drittes Reich“

Die verbrecherische Behandlung der Juden war weithin bekannt. Manches deutet darauf hin, dass sie die Zustimmungsbereitschaft der nichtjüdischen Deutschen zum Nationalsozialismus nicht behinderte, sondern förderte.

*Beate Kosmala*

## 29–34 Stille Helden

Die Geschichten von Helfern zeigen, dass es Handlungsalternativen gab, die zwar riskant waren, aber nicht von vornherein todesbereiten Widerstand abverlangten.

*Rüdiger Fleiter*

## 35–40 Kommunen und NS-Verfolgungspolitik

Die Kommunen wirkten an der NS-Verfolgungspolitik stärker mit als bisher angenommen. Dabei führten die Rathäuser nicht nur Weisungen aus, sondern gingen immer wieder über zentrale Vorgaben hinaus.

*Astrid Irrgang*

## 41–46 Feldpost eines Frontsoldaten

Die Einzelfallstudie zeichnet die Verwandlung eines Abiturienten vom Zivilisten zum opferbereiten Wehrmachtsleutnant nach und untersucht die mentale Indienstnahme durch das Militär auf ihre breitere Gültigkeit.